

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hose zum Badengehen

Von Peter Gillies

Das Regierungslager ist weiter vom Charme des Nebensächlichen fasziniert. Es rangelt um die Frage, ob und wie man sogenannte Gut-, aber auch Besserverdienende mit einer Strafsteuer belegt, nachdem sich die bisherige Abgabe als verfassungswidrig erwies. FDP und CSU sind dagegen, die CDU ist vielleicht dafür, vielleicht aber auch nicht.

Nachdem die Debatte mangels Disziplin und mitunter auch mangels Sachkenntnis im sogenannten Grundsätzlichen landete, ist an einige Erkenntnisse zu erinnern, die auch die Union hatte, als sie noch nicht regierte. Hauptproblem bleibt doch wohl die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese wiederum wird nur über eine Belebung der Konjunktur und insbesondere der Investitionen gelingen. Das bedingt einsatzbereite, riskofreudige und leistungsmotivierte Unternehmer, Ingenieure, Kaufleute und Facharbeiter – alles „Besserverdienende“.

Denen eine Zusatzsteuer aufzuerlegen, obgleich sie bereits die höchste Steuerlast tragen, ermuntert schwerlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Oder einfacher: Glaubt ein Arbeitsloser alles Ernstes, er würde schneller wieder eingestellt, wenn sein Abteilungsleiter, Werkmeister oder Prinzipal fünf Prozent mehr Steuern zahlen?

Sollte das die Logik sein, müßte der Spitzensteuersatz nicht bei 56 oder 61 Prozent liegen, sondern bei hundert Prozent. Es ist schon fatal genug, daß die Steuerreform, bevor sie überhaupt in Sicht kommt, zerredet ist. Jetzt gar dient sie manchen als Vehikel, die Steuern vor allem für jene wieder zu erhöhen, die man eigentlich entlasten wollte. Dabei kann es nicht sozial sein, den Leistungswilligen noch mehr zu schwächen und die Schattenwirtschaft weiter zu fördern.

Sozial ist es vielmehr, die Staatsausgaben dort zu kürzen, wo sie aus dem Ruder gelaufen sind. Wer darin Unausgewogenheit vermutet, sollte bedenken, daß die Sozialleistungen aus nichts anderem als aus der Leistung kommen.

Daß uns dieses die Öffentlichkeit langweilende Thema auf Dauer erhalten bleibt, läßt auf Führungsschwäche schließen. Daß es gar bis zur Koalitionskrise hochstilisiert wird, gerät in die Nähe der Komik. Da hat Hans Apel schon eher den Nagel aufs Auge getroffen, wenn er sagt, Genscher „wird irgendwas schlucken müssen, was die soziale Badehose ist“.

Königlicher Rat

Von Peter M. Ranke

Alle Ratschläge, die König Hussein in seinen Mauern tagenden „Befreiungsfront“ des entmachteten Yassir Arafat gegeben hat, hätte er längst verwirklichen können. Er warnte vor dem „Alles oder Nichts“, mahnte zu einer flexiblen Haltung und Anpassung an die Realitäten und sprach von der Formel „Frieden gegen Land“, die eine Grundlage des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages ist.

Hätte der König selber danach gehandelt, sähe es besser aus um den Frieden in Nahost. Aber Hussein wartete siebzehn Jahre seit 1967, ehe er gegenüber Arafats Desperados nun von der „letzten Chance“ sprach. Er bekam die zu erwartende Antwort. Der „bewaffnete Kampf“ gegen Israel müsse verstärkt werden, tönte der Killer von München, Abu Iyad. Und als „gemeinsame Friedensinitiative“ will der Arafat-Rest der PLO nur den Fes-Plan von 1981 gelten lassen, der den Palästinensern eine Staatlichkeit verspricht, sie aber den Israelis ebenso verweigert wie Verhandlungen und Friedensvertrag.

Wie vor dem „Schwarzen September“ 1970 dürfen nun Arafats Leute sich wieder in Jordanien aufhalten. Ihre Hoffnung auf Aussonderung mit dem noch radikaleren Flügel in Damaskus haben sie keineswegs begraben. Daher werden sie Hussein keine Zugeständnisse machen. Der König kann nur seinen Beduinentruppen, der Polizei und den Geheimdiensten befehlen, auf der Hut zu sein und die PLO-Palästinenser ebenso kurz am Zügel zu halten, wie Syrien das macht.

Mit einem PLO-Ableger in Amman schränkt König Hussein seine politische Handlungsfähigkeit ein und riskiert israelische Gegenschläge, falls er den Guerillas freie Hand zu Terroroperationen läßt. Oder betrachtet er sie als Bundesgenossen gegen Syrien? Oder hat der König resigniert?

Hussein hat sich vielen Illusionen über die Palästinenser hingegeben, jedenfalls bis zum blutigen Krieg um Amman 1970. Sechzig Prozent der Bevölkerung seines Königreiches sind heute Palästinenser. Ob mit oder ohne Arafat: Eines Tages werden sie in Jordanien herrschen, in einem Teil Palästinas. Dann ist eine Verständigung mit Israel eher möglich als heute.

Platz-Angst

Von Enno v. Loewenstern

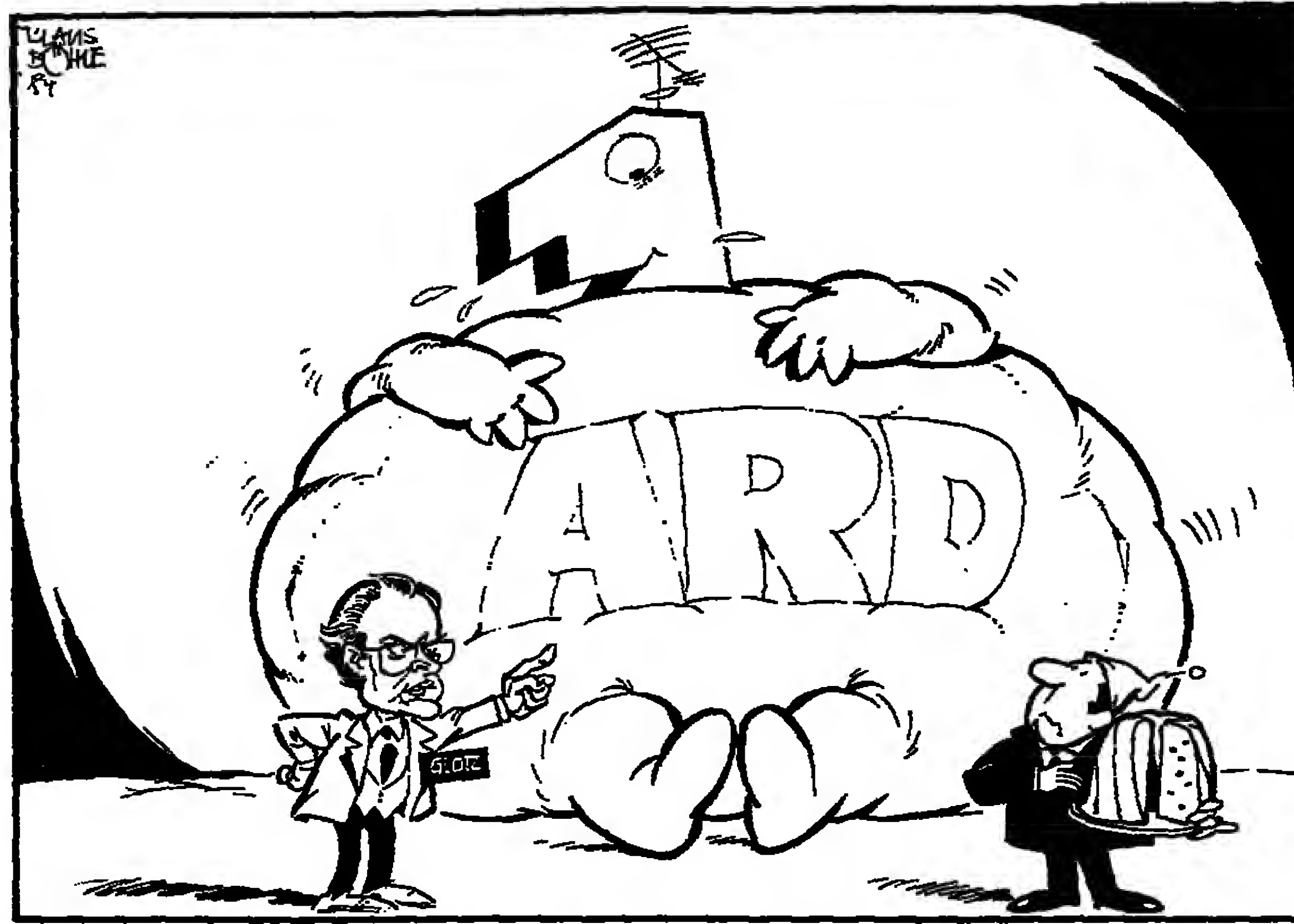
Die Angst des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und seiner Nutznießer vor der Zukunft nimmt psychopathische Züge an. Man ruft nach einer noch beständigeren Bestands- und Entwicklungsgarantie, die praktisch auf einen Blankoscheck für alle Zukunft hinauslaufen soll: was ihr verlangt, kriegt ihr.

Wo nicht, droht SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, könnte die ARD platzen. (Und das ZDF, fügt ARD-Kreise hinzu). Da aber das pp. Publikum dazu neigt, darauf mit Applaus statt mit Tränen zu antworten, ruft Glotz: wehe, wehe – dann würden die Funkhäuser in den SPD-regierten Ländern „auf Deubel komm raus“ Anzeigen akquirieren, ohne Rücksicht auf bisherige Beschränkungen.

Da sollen wohl die Union und die Verleger in die Knie gehen und dem Monopol alles versprechen, einschließlich der immerwährenden Subventionserhöhung. Verfassungsrechtler mögen sich darüber amüsieren, wie man hier Landtage (deren Abgeordnete ihrem Gewissen verpflichtet sind) für ewig verpflichten will, Geld zu bewilligen. Unternehmer werden sich darüber amüsieren, wie man sie hier ganz selbstverständlich als nützliche Idioten vereinnahmt, ein notorisch unternehmerfeindliches Fernsehsystem am Leben zu erhalten.

Doch selbst wenn sie so instinktiv wären – es wäre nicht genug. Nicht einmal der WDR wäre so durchzufuttern. Aber da steht noch in Hamburg der NDR (was macht der, wenn die beiden CDU-regierten Länder aus seiner Finanzierung aussteigen?), in Bremen steht eine Mini-Anstalt und, falls Lafontaine gewönne, gäbe es für seine Partei noch was Kleines mit großen Geldnoten. Nein, wenn ARD und ZDF platzen, dann kommt die Freiheit des Fernsehens tatsächlich über Nacht.

Vielleicht empfindet die Union das als Unglück. Einen vernünftigen Grund gäbe es allerdings nicht dafür. Der CDU-Politiker Remmers sagte soeben, die Union wolle die heilige Kuh des öffentlich-rechtlichen Fernsehens nicht antasten, sie wolle nur ein kleines Kälbchen (freies Fernsehen) daneben stellen. Ihre Wähler werden aufmerksam beobachten, ob für die Union die Freiheit wirklich nichts als ein kleines Kälbchen ist.



„Gib ihr gebührend ab - sonst platzt sie!“

KLAUS BÖHLE

Pflicht zur Bundestreue

Von Rupert Scholz

Die grün-roten Manöver in Hessen und ihr – vorübergehendes? – Scheitern im Zusammenhang mit dem Streit um die Atomwerke Nukem und Alkem werfen Schlaglichter auf eine der bedeutsamsten Pflichten von Bund und Ländern im Bundesstaat bzw. auf deren Problematik: nämlich die Pflicht zur verfassungsmäßigen Zusammenarbeit, zur Achtung der gegenseitigen Zuständigkeiten und zur Wahrung eines Mindestmaßes an innerstaatlicher Homogenität. Der Bundesstaat lebt aus der Balance zwischen Einheit und Vielfalt, gesamtstaatlicher Uniformität und regionaler Verschiedenheit so wie aus der hierauf gegründeten, differenzierten Abschiebung von zentralen Bundeskompetenzen einerseits und dezentralen Länderkompetenzen andererseits.

Das tatsächliche Kompetenzschwergewicht liegt in der Gesetzgebung heute beim Bund, in der Ausführung der Gesetze dagegen bei den Ländern. Gerade im Zusammenspiel von Bundesgesetzgebung und Länderexekutiven muß sich dieses besondere Balanceverhältnis bewähren, gerade hier müssen Bund und Länder ihre Bereitschaft zur gegenseitigen Rücksichtnahme – kurz auch „Bundestreue“ genannt – beweisen, und hier müssen die Länder im übrigen dafür sorgen, daß zwischen ihnen insgesamt keine allzu großen Unterschiede in der Gestaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse erwachsen. Insofern hat nicht nur der Bund über seine Gesetzgebung, sondern haben auch die Länder über ihre Zuständigkeiten für das gesamte Maß an innerstaatlicher Homogenität zu sorgen.

Hierin liegt keine zentralistische Bevormundung der Länder; denn die Länder haben ihrerseits – über den Bundesrat – das unmittelbare Recht der Teilnahme an der Bundesgesetzgebung und verfügen damit über das geeignete Forum zur Einbringung länderspezifischer und gegebenenfalls auch oppositioneller Interessen. Soweit jedoch bestimmte Bundesgesetze gelten, müssen diese von den Ländern einwandfrei ausgeführt werden. Hier besteht kein politischer Spielraum, namentlich nicht für partei- oder koalitionspolitische Oppositionsmanöver gegenüber Bonn.

Hieran hat man sich in Hessen nicht gehalten. Das Atomrecht steht in der ausschließlichen Zuständigkeit des Bundes. Über Nukem und

Alkem dürfte in Hessen nicht politisch gehandelt oder gar entschieden werden. Das gleiche gilt etwa in den Bereichen der Verteidigungspolitik, des Luftverkehrs und des öffentlichen Dienstes. Kein Bundesland und keine Gemeinde ist berechtigt, gegen die Verteidigungspolitik des Bundes, etwa durch die Reklamation sogenannter „atomwaffenfreier Zonen“, zu opponieren; kein Bundesland darf den bundeseinheitlich funktionierenden Luftverkehr durch die Verhinderung bestimmter Baumaßnahmen (Startbahn West) oder durch die einseitige Verfüllung von Nachtflugverbieten oder ähnliches inhibieren; kein Bundesland darf schließlich die grundsätzliche Einheit in der Gestaltung des öffentlichen Dienstes durch etwa durch systemwidrige Veränderungen des Personalvertretungsrechts oder durch einseitiges Vortreten im Besoldungsrecht ausprägen.

In allen drei Fällen ist das Land Hessen „vorn“ gewesen. Das gleiche gilt im Ausländerrecht, wo die hessische Regierung einseitig erweiterte Nachzugsmöglichkeiten geschaffen hat, die von den Regelungen des Bundes abweichen und – in der Konsequenz – alle Bundesländer in Mitleidenschaft ziehen; denn wer hindert Ausländer, die gegen das bundeseinheitlich geltende Recht nach Hessen einreisen dürfen, ihren künftigen Aufenthalt in anderen Bundeslän-

dern zu nehmen? Es mutet fast grotesk an, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann die hessische Landesregierung zum bundestreuen Verhalten aufruft und der hessische Innenminister von ihm „Landestreue“ fordert.

Der Bund verfügt für den Fall, daß ein Land die ihm zur Ausführung aufgegebenen Bundesgesetze nicht einwandfrei vollzieht, vor allem über die Mittel der Bundesaufsicht. Darüber hinaus gibt es die schwere Waffe des Bundeszwanges. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es das Einsatz dieser Waffe glücklicherweise noch nicht bedurft. Bisher blieb der prinzipielle Konsens über die gemeinsame bundesstaatliche Grundverantwortung und die wechselseitige Pflicht zur Rücksichtnahme und Bundestreue unangestastet, gleichgültig welche parteipolitischen Konstellationen hier und dort jeweils regierten. Selbstverständlich darf sich auch der Bund nicht in Fragen der politischen Regierungsverantwortung und Koalitionsbildung in einem Bundesland einmischen; andererseits darf jedoch auch kein Land seine innenpolitischen Probleme zu Lasten des Bundes austragen.

Im übrigen geht es nicht nur um das Verhältnis von Bund und Ländern. Es geht auch um das Verhältnis der Länder untereinander. So kann kein Bundesland eine Wirtschaft- oder Energiepolitik betreiben, die die eigene Wirtschafts- und Finanzkraft zu Lasten der anderen, dann zum Finanzausgleich verpflichteten Länder unverhältnismäßig schwächt oder die energiepolitisch Maßnahmen trifft, die durch erhöhte Luft- oder Wasserverschmutzung Umweltschäden in anderen Bundesländern befürchten lassen.

Die bundesstaatliche Ordnung des Grundgesetzes hat sich bisher nicht nur bewährt, sondern sie hat auch alle Optionen für eine gerechte und leistungsfähige Zukunftsgestaltung offengehalten. Sie wird jedoch nur dann dauerhaften Bestand haben, wenn alle Beteiligten ihrer Pflicht zum bundestreuen Verhalten durch Rücksichtnahme auf den jeweils anderen, durch Wahrung des nötigen Maßes an innerstaatlicher Homogenität und durch Achtung der sensiblen Kompetenzbalancen zwischen Bund und Ländern genügen. Das hessische Gegenbeispiel muß rechtzeitige Warnung für alle sein.

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtslehrer Professor Dr. Rupert Scholz ist Berliner Senator für Bundesangelegenheiten. FOTO: H.W. HOFF

Zwei Generale und eine Grundsatzfrage im Gericht

Der Einfluß der amerikanischen Medien auf die Politik / Von Günter Friedländer

Mehr als hundert Journalisten aus aller Welt finden sich täglich in den beiden Gerichtssälen in New York ein, in denen zwei Generale „bahnbrechend“ genannte Prozesse gegen zwei Giganten unter den nordamerikanischen Massenmedien führen. Beide verlangen Ersatz für Schäden, die eine ihrer Ansicht nach unwahre Berichterstattung ihrem Namen zufügte: General William Westmoreland, US-Kommandant im Vietnamkrieg, fordert 120 Millionen Dollar vom Fernsehnetz CBS; General Ariel Scharon, Israels Verteidigungsminister im Libanonkrieg, 50 Millionen Dollar von der Zeitschrift „Time“.

Die US-Medien sehen die Prozesse in einem größeren Zusammenhang. Ein Kommentar des Washington Post Service sagt mit Recht, es gehe um mehr als Geld: Aus den Prozessen könnten sich in Zukunft „erhebliche Konsequenzen für das Verhalten der amerikanischen Presse“ ergeben. Dabei geht es nicht nur um die verwickelte Rechtsfrage, wann wegen

„Leichtfertigkeit“ (recklessness) bei Falschberichterstattung wieviel zu zahlen ist und wie weit die Untersuchung der Recklessness in die inneren Bereiche des Zeitungs- und Fernsehmanagements hineingreift. Viel schwerer wiegt, daß die Kritik der Öffentlichkeit an den Medien wächst, besonders an dem, was oft „Arroganz“ genannt wird, wie sie etwa in der Propaganda eines Nachrichtenprogramms sichtbar wird: „Wenn wir es nicht berichten, ist es nicht geschehen.“ Die Öffentlichkeit ist längst nicht mehr bereit, jede Entscheidung gegen die Medien als „Angriff auf die Freiheit“ zu verstehen; vielmehr sehen viele bei den Medien die Gefahr der Selbstherrlichkeit.

Als das Fernsehen um Erlaubnis bat, Verfahren des Obersten Gerichtes der USA zu filmen, sagte der Oberste Richter Warren Burger: „So lange ich hier sitze, wird es hier kein Fernsehen geben“, weil es dem Fernsehen in erster Linie um „Shows“ gehe. Und in der oft kritisierten „New York Times“ konnte man auf der Meinungsseite lesen: Jeder weiß: Die

Angriffe der Medien gegen Personen des öffentlichen Lebens sind manchmal unfair, unehrlich, unsorgsam, niedrig und eigenen Interessen dienend.“

So wird im Zusammenhang mit den beiden Prozessen offen gefragt: Wie weit beeinflusst verzerrte oder falsche Berichterstattung das Bild, das sich das Publikum von Ereignissen in der Welt macht, und wie werden durch den dadurch geschaffenen Druck der öffentlichen Meinung Regierungsentscheidungen beeinflusst?

Dies untersuchen akademische Studien, die langfristig eine tiefgreifende Wirkung haben dürften als die beiden Sensationsprozesse. Die „Kubanisch-amerikanische Stiftung“ hielt in Washington ein Seminar ab, in dem man fragte: Wer stürzte Kubas Diktator Batista? Die Geschichte scheint das bereits mit dem Namen Fidel Castro beantwortet zu haben. „Falsch“, sagt Professor Carlos Ripoll von der Universität der Stadt New York. „Nicht Castro, sondern die Journalisten, die Batista übergriffe be-

IM GESPRÄCH Julio Sanguinetti

Der Sieger in Uruguay

Von Werner Thomas

Fast alle Kontrahenten hatten sich auf ihn eingeschossen. Er wurde immer wieder zum Wunsch Kandidaten der diskreditierten Militärs gestempelt. Daß Julio Maria Sanguinetti dennoch gewinnen konnte, demonstrierte die Reife der Wähler. Sie ließen sich weniger von der Denunziationskampagne als von den Argumenten und Qualitäten des attackierten Mannes beeinflussen.

Der nächste Präsident Uruguays ist einer der erfahrensten Politiker des Landes, obgleich er gerade erst 48 wurde. Seine politische Laufbahn umfaßt 30 Jahre. Mit 28 saß er bereits im Parlament. Mit 36 erhielt er den Posten des Industrie- und Handelsministers im Kabinett des damaligen Präsidenten Jorge Pacheco Areco.

Abrupt endete dann 1973 die steile Karriere mit der Machtübernahme der Militärs. Sanguinetti verlor seine politischen Rechte bis 1981. Fast alle Parteipolitiker teilten dies Schicksal. Der in der Hauptstadt Montevideo geborene Jurist und Journalist ließ sich ungern ideologisch einordnen. Seine Colorado-Partei, die fast alle Präsidenten des Landes stellte, pendelt trotz ihres Namens (Rot) in der politischen Mitte. Sanguinetti hört es jedoch gern, wenn er als Pragmatiker und Realist bezeichnet wird.

Er zählt zu den Architekten eines Abkommens mit den Streitkräften, das Südamerikas kleinste Nation (drei Millionen Einwohner) nun die Rückkehr zur Demokratie ermöglichte. Im August dieses Jahres garantierten die Colorados und zwei andere Parteien, die linke „Breite Front“ und die konservative Bürgerunion, den Uniformträgern einige Konzessionen für die Zukunft: So sollen Menschenrechtsvergehen der Vergangenheit lediglich von Militärgerichten geahndet werden und die Kommandeure der drei Waffengattungen im nationalen Sicherheitsrat vertreten sein.

Die Partido Nacional, die andere Traditions Partei, beteiligte sich nicht an diesen Verhandlungen, weil ihr Führer Wilson Ferreira wegen angeblicher Kontakte zu den marxistischen Tupamaros-Rebellen Anfang der 70er



Realist und Pragmatiker: Sanguinetti. FOTO: UPI

Jahre im Gefängnis sitzt. Alberto Zumarán, 44, kandidierte für Ferreira. Sanguinetti, bisher Generalsekretär der Colorados, kontaktierte alle Angriffe mit dem Hinweis, die Militärs seien nur so zum Machtverzicht zu bewegen gewesen. „Das ist keine ideale Situation“, gestand er, jedoch: „Besser Wahlen unter diesen Umständen als überhaupt keine Wahlen.“

Der Sproß italienischer Einwanderer, gebildet und musisch begabt, ist kein Volkstribun. Er war kein feuriger Wahlkämpfer. Seine Reden reflektierten jedoch Sachkenntnis und sie konzentrierten sich auf ein Problem, das die Uruguayer am meisten beschäftigt: die desolate Wirtschaftssituation. Das Realeinkommen des Durchschnittsbürgers sank seit 1972 um fast 45 Prozent. Die Militärs mußten schwere Kritik einstecken. Sie hätten die Industrie zerstört und das Land ruiniert, schimpfte der Politiker. Der Wiederaufbau sei nur möglich, wenn alle Opfer brächten.

Die meisten politischen Beobachter stimmten darin überein, daß Julio Maria Sanguinetti vor allem deshalb gewann, weil er das bessere Wirtschaftsprogramm präsentierte und als Fachmann überzeugen konnte. Ideologische Gesichtspunkte hätten keine große Rolle gespielt. Der Pragmatismus siegte über die Ideologie.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE PRESSE

Die Frankfurter Zeitung kommentiert die FDP.

Drei Monate vor dem Führungswechsel an der Parteispitze gebärden sich die Freien Demokraten sprunghafter, als selbstverständlicher als beim Streit um Sinn und Unsinn der Bonner Wende. Wenn gar, wie nun in Berlin geschehen, ein Drittel der Delegierten aus Gründen der „Selbstachtung“ mit dem Antrag überkommt, sich im Frühjahr nicht an den Wahlen zu beteiligen, ist die Grenze politischer Nützlichkeit erreicht. Derlei Ränkespiele einer Partei könnten dem Wähler normalerweise egal sein. Doch wenn nach den notorisch unberechenbaren Grünen noch eine zweite parlamentarisch wichtige Gruppe gleichsam auslupft, trifft das die Funktionsfähigkeit dieser Demokratie.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Die Dortmunder Zeitung meißelt nur Jungen Wälder.

Der Bundeskanzler, der Selbstkritik nur beschränkt fähig, fand einen Schuldigen für das miserable Ansehen seiner Regierung: Da 70 Prozent der Journalisten gegen ihn eingestellt seien, sei es auch mit der Selbstdarstellung der Koalition nicht so, wie es eigentlich sein müßte. Die Junge Union, als Nachwuchsorganisation von CDU und CSU immerhin ein namhafter Teil der Partei, sieht das offensichtlich anders. Von

„Schwachstellen“ war beim JU, Deutschland die Rede, von „Skandalen und Pannen“, von „Fettäpfchen“, in die das Kabinett Kohl stapfe. So einhellige Kritik an den Spitzenleuten war von den Partei-Junioren seit Jahren nicht zu hören.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt sieht einen drohenden Verfassungsverstoß für die Regierung.

Mit ihren Forderungen pro und contra Ergänzungsabgabe haben Koalitionspolitiker an diesem Wochenende einmal mehr die Kalkulierbarkeit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik in Frage gestellt. Und so mancher Leistungsträger der Gesellschaft, der sich an das Wort des Kanzlers erinnert, Leistung und Risikobereitschaft müßten sich wieder lohnen, mag sich geärgert fühlen. Wieder droht ein Stück von dem verlorenzugehen, was diese Koalition so dringend braucht: Vertrauen. Dies gilt auch für den Fall, daß sich der Vorschlag durchsetzen sollte, die Vergünstigungen der Steuerreform für die Besserverdienenden um zwei oder drei Jahre zu verschieben.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf die Kommerzialisierung des Sports ein.

Die Leichtathleten haben der Verlockung des Dollars widerstanden. Ihr Nein zu einer zeitlichen Verlegung der Wettbewerbe bei den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul und damit zu einer Live-Übertragung in den USA ist eine erfreuliche Absage des Sports an die bald übermächtige Kommerzialisierung.

Amerikas Medien sehen sich plötzlich auf der Anklagebank, weit jenseits der Personenfrage Westmoreland oder Sharon. Der Prozeß der Bewertung ihrer Rolle in der Vergangenheit, wie etwa im Vietnamkrieg, hat begonnen. Er zwingt sie zu Nachdenken darüber, wie sie künftig ihrer selbstgestellten Aufgabe als Berichterstatter gerecht werden.

Wenig Land, wenig Wasser – aber eine Menge Ideen

Die geplante Erweiterung der EG mit Spanien und Portugal könnte die israelische Landwirtschaft um ihre Exportchancen bringen. Doch hat man hier am Rande der Wüste schon so viel Ideenreichtum gezeigt, daß sich auch für deutsche Bauern ein Blick nach Israel lohnt.

Von H. J. MAHNKE

Abdul Razek, einem Araber in Israel, geht es seit Jahren in Israel besser. In Tira, im Bezirk Hader, rund 50 Kilometer nördlich von Tel Aviv, baut er seit 17 Jahren Erdbeeren an. Direkt neben seinem Haus, das er im vergangenen Jahr gebaut hat und es nicht nur von der Größe, sondern auch vom Aussehen her mit einer deutschen Pariser-Villa aufnimmt, liegt das Feld.

Auf den ersten Blick sieht es hier wie beim Spargelanbau aus. Allerdings sind die Beete nicht so hoch, sondern abgeflacht, halbrund. Vor allem: Der Boden ist mit einer direkt aufliegenden Plastikfolie überspannt, aus der nur die Erdbeerpflanzen herausragen. Unkraut, das dem Boden Nährstoffe entzieht, gibt es daher nicht. In Abständen von einigen Zentimetern sind in die Folie kleine Löcher gestanzt. So kann das Wasser im Boden versickern.

Über dem Beet wölben sich im Abstand von einem Meter leicht gebogene Eisenstangen. Wenn es kalt wird, kann darüber eine zweite Plastikfolie gezogen werden, die tagsüber, wenn die Sonne scheint, zur Seite geschoben wird. Die Erträge sind so gut, daß sich Abdul Razek leisten kann, nur die Hälfte seiner 1,2 Hektar zu bewirtschaften.

Der größte Teil der Erdbeeren wird exportiert, vor allem nach Europa. Und zwar konzentrieren sich die Lieferungen in die Bundesrepublik auf die Monate Januar bis März, also auf

die Zeit, wenn Angebote aus Spanien noch nicht in größeren Mengen zur Verfügung stehen. Auf solche Nischen haben sich die Israelis spezialisiert, sie haben sie bei Avocadofrüchten, bei Speisewurzeln, aber auch bei Blumen gefunden.

Doch nicht nur diese Chance haben sie genutzt. Im Interesse der Verbraucher können wir auf das Angebot aus Israel nicht verzichten, vor allem in Hinblick auf die Qualität der Früchte, betont Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, der in der vergangenen Woche das Land besucht hat. Er findet das, was Israel aus seiner Landwirtschaft gemacht hat, beeindruckend.

Stolz berichtet Professor Gad Loebenstein, der Direktor des ältesten landwirtschaftlichen Forschungsinstituts ARO, über die Zucht von Blumen, die nicht nur wunderschön aussehen, sondern auch wieder duften, über Früchte, die nicht nur stets die gleiche Form haben, sondern auch wieder ihren ursprünglichen typischen Geschmack. Es wird an Pflanzen gearbeitet, die gegen Salzwasser resistent sind. Auf einigen Flächen wird bereits Baumwolle, die es vor dreißig Jahren im Land noch gar nicht gab, inzwischen zum wichtigsten Agrarprodukt geworden ist, mit salzhaltigem Wasser bewässert. In den nächsten Jahren sollen die Abwässer der Großstadt Tel Aviv aufgearbeitet werden, um so Teile der Negev-Wüste zum Blühen zu bringen.

Immerhin: Die Quantität des Wassers, die in Israel zur Verfügung steht, konnte in den vergangenen zwölf Jahren nicht mehr gesteigert werden, trotzdem kletterte die Produktion auf das Doppelte. Und Gad Loebenstein meint, daß in den nächsten zehn Jahren nochmals 40 bis 50 Prozent möglich seien, wenn die Forschungsergebnisse genutzt werden.

Obwohl nur rund 15 Prozent des Bodens landwirtschaftlich genutzt werden können, der größte Teil ist



Süßfrüchte für die Europäer: Israels Landwirte haben für ihre Produkte Marktnischen entdeckt

Foto: LOCHOWSTUDIO X

Wüste, kann die Landwirtschaft das Geld im Export verdienen, das sie für den Import solcher Produkte – vor allem von Futtermitteln und Getreide – ausgeben muß, die selbst nicht rational produziert werden können. Bei Milch ist die Erzeugung so hoch, daß, wie in der Bundesrepublik, Produktionsquoten eingeführt wurden.

Obwohl nur noch rund fünf Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft leben, spielt sie für den Zionismus eine weit über das Wirtschaftliche hinausgehende Rolle. Daher waren Besiedlung und Wiederbarmung des Landes von Anfang an eine nationale und gesellschaftliche Aufgabe. Es entstanden neue genossenschaftliche Siedlungsformen, wie die Kibbuzim und Moshavim. Während im Kibbuz nicht nur der Ein- und Verkauf und die Produktion, sondern auch der Konsum gemeinschaftlich organisiert und nur das Wohnen privat gestaltet wird, produziert und lebt im Moshav jeder auf seinem Land, das für 49 Jahre zur Verfügung steht.

In den vergangenen Jahren gab es Probleme, die nur zum Teil hausgemacht waren. So trieb die galoppierende Inflation die Zinsen nach oben,

starke Kürzungen und Erhöhungen der Subventionen wechselten sich ab. Aber auch die Konkurrenz wurde stärker, häufig weil sie die israelischen Entwicklungen übernahm, was sich gerade auf den Absatz von Zitrusfrüchten auswirkte, dem bisherigen Hauptprodukt des Landes. Der Kursanstieg des Dollar führte dazu, daß Israel für die Importe immer mehr bezahlen muß, während es bei Exporten, die nach Europa gehen, weniger erhält.

Die Schwierigkeiten konnten zum Teil dadurch gemildert werden, daß in den Dörkkooperationen Industriebetriebe entstanden. Heute stammen bereits 55 Prozent der Einkommen der Kibbuzim aus der gewerblichen Produktion: als da wären Auto-Zubehör, leichte Kräne, Computerteile, Werkzeuge oder chemische Produkte. Diese Möglichkeit sollte auch in der Bundesrepublik, so Kiechle, verstärkt geprüft werden.

Jetzt grassiert eine neue Furcht, die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal. Gegenwärtig deckt die EG rund die Hälfte ihres Verbrauchs an Orangen aus eigener Produktion; wenn Spanien mit von der Partie ist, steigt die Quote auf 90

Prozent. Auch in anderen Bereichen rechnen die Israelis mit Einbußen, wenn sie nicht zu den gleichen Bedingungen wie die Spanier anbieten können, auch wenn es eine mehrjährige Übergangsfrist geben sollte.

Ignaz Kiechle konnte keine Zusagen machen. Er hat jedoch noch einmal bekräftigt, daß sich die Bundesregierung bei den Verhandlungen für die Belange des Landes einsetzen werde. Wie eine Lösung aussehen könnte, läßt sich gegenwärtig schwer abschätzen, da auch die Beitrittsverhandlungen mit Spanien noch laufen. Zumindest müßte es, so Ignaz Kiechle, doch wohl möglich sein, daß Israel den bisherigen Umfang der Lieferungen in die Gemeinschaft halten kann. In den Zeiten, in denen es das Angebot bereichert, sollte es nicht vom Markt ferngehalten werden.

Abdul Razek könnte mit seinen Erdbeeren damit leben, auch wenn es nicht mehr so still wie in den vergangenen Jahren bergan gehen wird. Aber die findigen Außenhandelsorganisationen suchen bereits nach neuen Produkten und Märkten. Wenn die Tomaten nicht mehr gehen, versuchen sie es mit Samen, keimt bei Gad Loebenstein neue Hoffnung.

Ein Wall gegen die Lawine aus Müll

In den letzten dreißig Jahren hat sich der Hausmüll vervielfacht: Zwanzig Millionen Tonnen sind es jetzt jedes Jahr. Ein Ausweg heißt für Bonn Mehrweg statt Einweg.

Von EBERHARD NITSCHKE

Im September dieses Jahres hoffte Bonn noch auf „Freiwilligkeit“, jetzt ist die Bundesregierung zu schließlichen Zwangsmaßnahmen entschlossen. Entgegen der Absprache hat eine große Discount-Kette nicht das Versprechen eingelöst, Einwegverpackungen mit Rücksicht auf den Umweltschutz ausreichend durch Mehrwegverpackungen zu ersetzen. Eine „Lex Aldi“, benannt nach dem Ubeltäter, dem das Bundesinnenministerium „gesellschaftspolitisch unverantwortliches Handeln“ vorwirft, soll bis Mitte 1985 Abhilfe schaffen.

Nach Darstellung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), hat die Filialgruppe „Aldi“ der Gebrüder Albrecht die Umstellung auf umweltfreundliche Verpackungen „systematisch unterlaufen“. Schon im Oktober 1983 habe die Verpackungsindustrie zugestimmt, daß sich der Anteil an Einwegverpackungen, die für die nicht mehr zu bewältigenden Müllberge der Städte sorgen, nicht erhöhe. Damals wurden kohlenstoffhaltige Getränke in der Bundesrepublik Deutschland zu 75 Prozent in Mehrwegverpackungen auf den Markt gebracht, seither hat sich dieser Anteil aber immer mehr zugunsten der Ex-und-Hopp-Beihälter für flüssige und feste Lebensmittel verlagert.

In einem Referenten-Entwurf für eine vierte Novelle des Abfallbeseitigungsgesetzes war vorgesehen gewesen, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann durch Rechtsverordnung vorschreiben könne, welche Mengen bestimmter Erzeugnisse in bestimmten Verpackungen in Ladengeschäften vorrätig gehalten und an-

geboten werden müssen. Gegen diesen Plan war im Sommer dieses Jahres das Bundeswirtschaftsministerium aufgestanden. Aus diesem Hause machte man geltend, daß mit einer derartigen Maßnahme „tief in die Sortimentspolitik und in die Vertriebsstrukturen eingegriffen“ werde. Der Passus erschien dann in einem abgeänderten Entwurf zum Abfallbeseitigungsgesetz nicht mehr, weil man in Bonn auf die Freiwilligkeit hoffte.

Damit war freilich schon Friedrich Zimmermanns Amtsvorgänger Gerhard Baum 1977 gescheitert. Bereits 1980 zeigte sich, daß sein Appell an die Vernunft genauso im Eimer war wie die jährlich sechsstellige Tonnenmenge von Weißblechdosen und die wesentlich kostspieligeren Millionen Aluminiumdosen in der deutschen Müllmenge.

Aluminiumdosen sind Sparsamkeitsaposteln schon deswegen suspekt, weil ihre Herstellung einen 22mal größeren Energieaufwand beansprucht als die normale Blechdose und weil man Aluminium nicht wie anderes Blech mit Magneten aus dem Abfall herausfischen kann – im Jahre 1983 immerhin auf diese Weise 240 000 Tonnen.

In Berlin wurde, um Abhilfe zu schaffen, daher im Sommer dieses Jahres ein Experiment gestartet. „Retourdosens-Automaten“ in Handelsketten-Filialen, jeder für rund 4500 Mark angeschafft, nehmen alte Dosen auf und spenden dafür pro Stück drei Pfennig als Gutschein, der an der Kasse eingelöst werden kann. In den ersten 14 Tagen des Versuchs trugen die Berliner, in deren Stadt anders als im Bundesgebiet schon ein Viertel aller Getränke in Aluminium und Weißblech verkauft wird, 100 000 Dosen zurück. Bis Jahresende werden es etwa zwei Millionen sein. Ein großer Schwachpunkt dabei: Gerade das Aluminium, für das die Schmelzen das größte Interesse haben, fiel in zu geringen Mengen an.

Nach 50 000 Toten kommt El Salvador langsam zur Ruhe

Die Sabotageakte der Regierungsgegner in El Salvador nehmen zu. Und dennoch: Das politische Klima hat sich seit der Wahl Napoleón Duarte zum Präsidenten spürbar entspannt. Nur scheinbar ein Widerspruch.

Von WERNER THOMAS

Der Flug von Nicaragua nach El Salvador dauert nur 25 Minuten. Doch es ist eine Reise zwischen zwei Welten.

In Managua grassiert die Kriegsfeber. An strategischen Straßen stehen sowjetische Panzer. Schüler heben Schützengraben aus. Hausfrauen tätigen Hamsterkäufe. Auf dem Sandino-Flughafen läuft ein Fernsehgerät, der Nachrichtensprecher nennt Reagan Wahltag eine „Gefahr für die Menschheit“. Man muß sieben Kontrollen passieren, um endlich die Gangway der Boeing 737 der panamaischen Gesellschaft „Copa“ zu erreichen.

Der internationale Flughafen El Salvadors, am Pazifik gelegen, wirkt dagegen ruhig. Leichte Musik rieselt

aus den Lautsprechern. Die Beamten stampeln schnell den Paß, das Gepäck wird nur flüchtig kontrolliert. Der Taxifahrer schildert während der nächtlichen Fahrt in die 40 Kilometer entfernte Hauptstadt die Situation aus seiner Sicht: „Es geht langsam aufwärts. Wir haben Vertrauen, wir haben Hoffnung.“

El Salvador im November 1984 – eine veränderte Nation. Ein Hauch von Frieden liegt in der Luft. Zum ersten Mal seit dem Beginn des blutigen Guerilla-Konfliktes, der mehr als 50 000 Todesopfer in fünf Jahren forderte, äußern die Gesprächspartner Optimismus. Viele Menschen glauben, endlich das Licht am Ende des Tunnels zu sehen.

Die Hauptstadt pulsiert. Der Autostrom rollt bis in die späten Abendstunden. Die neuen japanischen Fahrzeuge fallen auf. Die Vertreter des gehobenen Mittelstandes gehen wieder aus. Die Restaurants entlang des Escalon-Boulevards sind gut besucht. Die salvadorianische Fluglinie „Taca“ muß ständig ihre Büros erweitern. Viele Flüge sind für Wochen ausgebucht. Die Grundstückspreise sind innerhalb der letzten zwölf Mo-

nate um 100 Prozent gestiegen. Zahlungskraftige Emigranten wollen wieder aus Miami, Mexiko oder Guatemala zurückkehren.

Die veränderte politische Atmosphäre frappt. Ein Rundfunksender läßt den kubanischen Revolutionsbarden Silvio Rodríguez singen, unpolitische Lieder freilich, aber immerhin. Die Nachmittagszeitung „El Mundo“ druckt Schlagzeilen, die einen antiamerikanischen Trend signalisieren. Das rechte Lager verhält sich auffallend unauffällig.

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat Robert d'Aubuisson tritt kaum noch in Erscheinung. Die Duarte-Regierung ergriff energische Maßnahmen gegen die Todesschwadronen. Die Zahl der Opfer paramilitärischer Gruppen ging erheblich zurück. Die Zeitungen veröffentlichen keine Fotos vermisster Personen mehr. Oberst Nicolas Caranza, der frühere Direktor der berüchtigten Finanzpolizei („Policia hacienda“), die oft mit Killer-Kommandos in Verbindung gebracht wurde, ist heute Militärtatarche in Madrid.

Ein Besuch bei seinem Nachfolger, Rinaldo Golcher, gehört für den poli-

tischen Beobachter zu den eindrucksvollsten Salvador-Erlebnissen. Der 44jährige Oberst hat die düstere Geheimdienstorganisation seiner Behörde aufgelöst. Er ließ belastete oder verdächtige Beamte festnehmen oder in Kampfgebiete schicken. Zum ersten Mal bemüht sich die „Policia hacienda“ um gute Beziehungen zur Bevölkerung. Geleitet von Kämpfern, verteilt Geschenke an Stummelwunden und empfängt Schulklassen. „Wir wollen Vertrauen schaffen. Mit Präsident Duarte begann eine neue Ära“, sagt er.

Der christdemokratische Politiker, der seit dem 1. Juni dieses Jahres als gewählter Präsident regiert, bewegte diese Wende. Selbst erklärte Anhänger der Guerilla-Organisation Farabundo Martí (FMLN) und d'Aubuisson-Wähler bestätigen ihm den Willen, dem leidgeprüften Land den langsehnten Frieden zu bringen.

Der erste direkte Dialog zwischen der Duarte-Regierung und den Rebellen am 15. Oktober in der kleinen Kirche von La Palma (Provinz Chalatenango) war ein Ereignis von großer psychologischer Tragweite, das noch immer die Gespräche beherrscht. Ge-

rüchte kursieren, daß sich die Feinde beim Abschied umarmten, daß Tränen flossen. General Carlos Eugenio Vides Casanova, der Verteidigungsminister, soll sich gar in eine attraktive Guerilla-Dame verliebt haben – seine Umgebung dementiert. Ein älterer Anwalt urteilt: „La Palma demonstrierte die Kriegsmüdigkeit beider Seiten. Der Krieg geht zu Ende, auch wenn die Kämpfe vorerst noch anhalten.“

Die Kämpfe wüten sogar heftiger als zuvor. Die Sabotage-Aktionen der Guerilla gegen Leitungsmasten, Busse und Eisenstränge verschärften sich. Viele neutrale Beobachter vermuten jedoch, daß sich die FMLN lediglich eine stärkere Position vor der nächsten Verhandlungsrunde sichern möchte. Diese soll noch im November stattfinden, um einen Waffenstillstand für die Weihnachtstage zu erreichen, den ersten in diesem Krieg.

„Ich weiß nicht, ob diesem Land schon bald ein Ende des Blutvergießens beschied sein wird“, sagt Duarte. „Manchmal zweifle ich daran. Aber ich weiß eines: Ich möchte als Präsident des Friedens in die Geschichte El Salvadors eingehen.“ (SAD)



Unterwegs zur Versöhnung: Napoleón Duarte in La Palma

Foto: DPA

Ihre Zukunftsvorsorge können Sie selbst gestalten. Unsere neue Mittelstandsbroschüre zeigt Ihnen wie.

Was Sie heute für Ihre Zukunft tun, zahlt sich morgen für Sie aus. Welche Möglichkeiten es gibt, steht in unserer neuen Mittelstandsbroschüre 8, mit der wir Ihnen Orientierungshilfen und Anstöße für Ihre Zukunftsvorsorge geben.

Neben vielen Hinweisen zum Thema „Betrieb/Praxis sichern“ finden Sie in der Broschüre auch Informationen zu zahlreichen anderen Fragen. Wie zum Beispiel: Versorgung im Alter, Vermögensaufbau, Steuerstrategien und Nachfolgeregelung.

Und sie zeigt Ihnen umfassend, übersichtlich und praxisbezogen, was Sie für morgen tun können.

Ob Sie die Broschüre als Checkliste oder als Nachschlagewerk nutzen – sie ist immer eine wertvolle Arbeitsgrundlage.

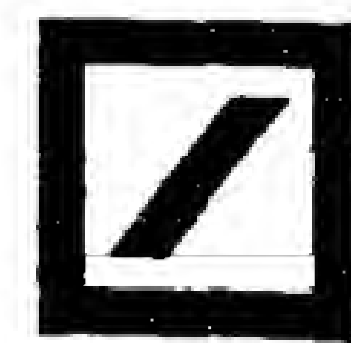
Sie erhalten sie von unserem Kundenberater – auch wenn Sie noch nicht unser Kunde sind.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.

Planen Sie heute für morgen. Zukunftsvorsorge für Selbständige.

Deutsche Bank

Deutsche Bank



Transitstrecke nach Süden nicht mehr sicher

Berliner Senat schlägt Alarm / „Ein Flickenteppich“

Der Berliner Senat hält die nach der Helmsdorf-Route am stärksten befahrene Transitstrecke in Richtung Süden auf ihrem „DDR“-Abschnitt im Bereich Thüringer Wald/Vogtland nicht mehr für verkehrssicher. Bundesminister Professor Rupert Scholz schlug jetzt Alarm: „Denn diese schlagüberlastete Strecke ist kilometerweit nur mit Tempo 30 zu befahren.“

Die Route zwischen Berlin und dem „DDR“-Übergang Hirschberg auf der Fahrt in Richtung München wird im Monat von rund 500 000 Transitsenden oder etwa 150 000 West-Autos passiert. Hinzu kommt der Binnenvorkehr. Mit knapp einer Million Reisenden pro Monat hält die erst vor wenigen Jahren von Grund auf erneuerte Strecke nach Helmsdorf den Transit-Spitzenplatz.

Scholz forderte Bonn und Ost-Berlin auf, unverzüglich zu handeln: „Noch vor dem Winteranbruch muß mit den ersten notwendigen Reparaturarbeiten im Südbereich der Autobahn zwischen Triptis und Hirschberg begonnen werden.“ Dieses Teilstück ist knapp 50 Kilometer lang. Scholz sagte, der Zustand der Fahrbahn werde den Erfordernissen des Transitverkehrs „in keiner Weise mehr gerecht“. Die Autobahn befände sich an diesen fraglichen Stellen „im Vorkriegszustand“.

Schon seit Jahren drängt auch der Berliner ADAC mit seinen rund 270 000 Mitgliedern unter Präsident Wolf Wegener auf zügige Verhandlungen über die Reparatur. In der Fahrbahn befinden sich regelrechte, querlaufende Spalten und Aufbrüche. Die frühere Betondecke besteht

an vielen Punkten aus einem „Flickenteppich“ kleinerer Ausbesserungen mit Teer. Wegen der Höhenlage treten in diesem Bereich im Winter häufig Schneeverwehungen und Glatteis auf, die die Fahrt lebensgefährlich machen können.

Ost-Berlin rechnet offenbar nach dem Modell der Helmsdorf-Streckenrenovierung - Bonn zahlte dort mehr als 250 Millionen Mark - mit einer 50-Prozent-Beteiligung des Westens an einer Generalüberholung. Dabei sind in der jährlichen Transitspauschale von knapp 600 Millionen D-Mark, die Ost-Berlins Finanzminister gegen die beiden Milliarden-Kredite verpfändete, auch sogenannte „Straßenbenutzungsgebühren“ enthalten. Aus diesem Aufkommen müßte die „DDR“, hält man sich den Sinn der Gebühr vor Augen, auch für einen ordentlichen Straßenunterhalt sorgen.

Beim Besuch von Ost-Berlins Verkehrsminister Otto Arndt im Sommer machte sein Bonner Kollege Werner Dollinger ihm diesen Vorhalt. Arndt machte die schweren Lastwagen im Berlin-Transit für die Schäden verantwortlich: „Sie machen die Straßendecke kaputt“, klagte der Gast.

Bei den offenbar möglichen Gesprächen Bonns mit Ost-Berlin über die dringend notwendigen Reparaturarbeiten schlägt zu Buche, daß die andere Seite - wie beim Bau der Hamburg-Route - ihre Leistungen ausschließlich nach dem Preisstandard westlicher Straßenbauunternehmen bemißt. Zum Thema „Transit“ äußerte Scholz jetzt auch die Hoffnung, daß die „DDR“ alsbald an einigen Transit-Tankstellen ebenfalls bleifreies Benzin be-reithält.

„Berlin braucht neue geistige Orientierung“

Feier zum 25. Jahrestag des Jüdischen Gemeindezentrums

hik. Berlin
„Berlin braucht, um attraktiv zu sein, eine neue geistige Orientierung.“ Diese Forderung erhob der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin - der drittgrößten in der Bundesrepublik - Heinz Galinski. Er sprach gestern auf einer Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der Einweihung des jüdischen Gemeindezentrums. Es bildet einen der Kristallisationspunkte im geistigen und gesellschaftlichen Leben der Stadt.

Auf die Bewusstseinslage der Stadt eingehend, meinte Galinski, Bemühungen, die Attraktivität Berlins zu erhöhen, können nicht allein im materiellen Bereich ihre Antriebe finden, wenngleich dieser einen sehr hohen Stellenwert aufweist. Die freiheitlich-kämpferische Orientierung der fünfziger Jahre sei ein „unabdingbares Stimulans für die Weichenstellung zum Wiederaufbau“ gewesen.

Der Lauf der Zeit habe es mit sich gebracht, daß die damaligen Leitbilder „allein nicht mehr ausreichen, um die Attraktivität und damit die innere Lebenskraft Berlins zuverlässig gegen Erosionsprozesse abzusichern“. Galinski stellte gewisse Identitätsschwierigkeiten Berlins in den achtziger Jahren fest, die darin begründet seien, „daß die Komponenten noch nicht gefunden sind, die die vor rund 35 Jahren entstandene geistige Orientierung des freien Berlin ergänzen und aktualisieren“.

Die Lebenskraft der Stadt hänge in hohem Maße davon ab, daß Berlin „sein wirtschaftliches Potential, seine Möglichkeiten auf dem Gebiet der industriellen Produktion, des Handels und der Dienstleistungen in vollem Umfang nutzen kann“.

Es sei ein Beweis für die volle Integration der 6300 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde in das Leben der Stadt, wenn auch die jüdischen Mitbürger „so intensiv über die Probleme Berlins nachdenken“. Galinski wertete es auch als ein Verdienst der jüdischen Berliner und ihres Engagements, „wenn das Ansehen Berlins in manchen Teilen der Welt heute so groß ist“.

Im Vorfeld der Wahl am 10. März 1985 wies Galinski die Politiker aller Parteien darauf hin, daß es eine „Gesamtverantwortung aller Demokraten für die Demokratie gibt“. Alle Auseinandersetzungen, die die „Grenzen von Fairness und Anstand“ überschreiten, schaden der Sache der Demokratie insgesamt.

Bezogen auf die deutsch-israelischen Beziehungen drückte Galinski die Erwartung aus, „daß deutsche Politiker dieses Verhältnis vor allem unter dem Gesichtspunkt der historisch bedingten Mitverantwortung für das Schicksal der gesamten jüdischen Gemeinschaft sehen“.

Galinski hob die Sympathien hervor, die viele Berliner für Israel an den Tag legen: „So, wie viele Berliner mit uns solidarisch sind, wenn es um die jüdischen Schicksalsfragen unserer Zeit geht, so sind wir mit ihnen solidarisch, wenn es sich darum handelt, für die friedliche Zukunft dieser Stadt einzustehen“.

Galinski erinnerte daran, daß heute zwar 28 000 Juden in der Bundesrepublik, aber lediglich 450 in anderen Teilen Deutschlands wohnen. „Zur Jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin unterhalten wir freundschaftliche Kontakte. Wir sind bereit, diese Verbindungen auszubauen.“

SPD mangelt es an „einheitlicher sicherheitspolitischer Sprache“

Offene Kontroverse um den Kurs der Partei / Pawelczyk kritisiert von Bülow

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die Auseinandersetzung innerhalb der SPD über die Sicherheitspolitik gewinnt immer mehr an Schärfe. Kurz bevor in Bonn wieder die Bundestagsfraktion zusammentritt und dabei eine interne Debatte zu erwarten ist, hat einer der SPD-Abgeordneten seiner Partei die Frage gestellt, ob sie sich aus Mangel an „einheitlicher sicherheitspolitischer Sprache“ und angesichts der bislang unerfüllten Forderung nach „Führung“ auf diesem Gebiet um die künftige Regierungsfähigkeit bringen wolle. Derart deutliche Worte benutzte der Würzburger SPD-Abgeordnete Walter Kolbow, der im Verteidigungsausschuß des Bundestages stellvertretender Vorsitzender ist, in einem Interview mit dem „Frankfurter Volksblatt“.

Wesentlichen Anteil am Aufbrechen dieser offenen Kontroverse um den SPD-Kurs zu Fragen der militärischen Landesverteidigung und zum Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur NATO hat Andreas von Bülow, ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, und seit einigen Monaten Vorsitzender der Kommission Sicherheitspolitik beim Parteivorstand in Bonn. Bülow zog sich den Unmut seiner Parteifreunde zu, weil er ohne Absprache mit den Mitgliedern der Kommission und zum Teil für sie auch überraschend in Pressekonferenzen eine teilweise später von Fachleuten als unwissenschaftlich qualifizierte „Bedrohungsanalyse“ vorlegte und wenig später seine Vorstellungen über eine künftige Bundeswehr-Struktur präsentierte. Dabei erklärte er es für möglich, die Perso-

nalstärke der Truppe im Frieden allmählich bis auf 300 000 Mann zu senken.

Nicht nur aus der Fraktion ist Bülow deswegen nun zum zweiten Mal durch Kolbow kritisiert worden, auch in der Kommission beim Parteivorstand regt sich gegen ihn Widerstand. Der Hamburger Zweite Bürgermeister Alfons Pawelczyk, der neben Erwin Horn der andere Stellvertreter Bülows in der Kommission ist, mahnte den Parteifreund in einem vom 15. November datierten Schreiben („PS. Willy Brandt erhält eine Kopie“), durch sein Vorgehen habe er die „Leitungsaufgabe in der Kommission erschwert“. Mit seinen Pressekonferenzen habe er, von Bülow, sich nach Konstituierung der Kommission persönlich „zum zweiten Mal öffentlich sehr weitgehend festgelegt“.

Pawelczyk erklärte, dies widerspreche dem Selbstverständnis der Kommission. Sie habe in vorbereiteten Gesprächen der drei Vorsitzenden, also von Bülow, Horn und Pawelczyk, den organisatorischen Ablauf der Arbeit abgeklärt. Danach sollte in einer ersten externen Phase „unter Beteiligung externer Fachleute für begriffliche Klarheit“ gesorgt werden und dafür, „die Konzeption wichtiger Experten zu verstehen“. Pawelczyk fügte in seinem Brief an Bülow über das Ergebnis der Kommissionsarbeit hinzu: „Für mich war immer klar, daß wir möglichst ein Konzept vorlegen.“ Diese Absicht sieht er nun durch Bülows „Alleingang“ durchkreuzt.

Auch gegen die politischen Aussagen von Bülows macht der Hamburger SPD-Politiker Front. Dessen Be-

reiterschaft, die Bundeswehr im Friedensumfang drastisch zu reduzieren, findet Pawelczyk falsch. Dies wird aus folgendem Satz seines Schreibens klar: „Damit die Öffentlichkeit Gelegenheit bekommt, die unterschiedlichen Grundpositionen zur Kenntnis zu nehmen, werde ich mich zu gegebener Zeit äußern und Dir jeweils vorher meine Absicht mitteilen.“ Noch grundsätzlicher wird Pawelczyk dann im folgenden: „Für das Ansehen und die Regierungsfähigkeit unserer Partei ist es sehr wichtig, im Bereich der Sicherheitspolitik den Bürgern wieder ein Konzept vorzulegen, das sie nachvollziehen können. Sie haben Anspruch darauf, die Konzeption der SPD zu kennen und in ihre Wahlentscheidung einzubeziehen.“

Wie Pawelczyk vertritt auch Kolbow die Ansicht, daß die SPD durch Bülows Auftreten und das anderer Parteifreunde deren internationale Glaubwürdigkeit nicht gefördert habe. Zu diesen ist auch der saarländische SPD-Vorsitzende Lafontaine zu rechnen, der den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO verlangt hatte.

Kolbow sprach von „Irritationen in der Öffentlichkeit“ über den unklaren sicherheitspolitischen Kurs seiner Partei. Sie seien ausgelöst worden vom nachträglichen Nein der SPD zum NATO-Doppelbeschluss auf dem Essener Parteitag im vergangenen Mai und dem daraus sich entwickelnden parteiinternen Debatte über ein Zusammenwirken mit der „Friedensbewegung“ einerseits und andererseits durch ihr fortwährendes Belitteln zur Bundeswehr.

Bevölkerung kann sich fürs Geld nichts kaufen

Symposium von „DDR“-Wirtschaftsforschern in Berlin

H.-RÜDIGER KARUTZ, Berlin
Die SED will keine „polnischen Reaktionen“ provozieren, vernachlässigt jedoch den privaten Verbrauch der Mitteldeutschen weiterhin. Nicht Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung auf höheren Lebensstandard, sondern übergeordnete politische, militärische und wirtschaftliche Interessen bestimmen das Vorgehen der SED. Den von Ulbricht geforderten Wettbewerb mit der Bundesrepublik habe der Westen längst gewonnen. Die zunehmende, bis ins Jahr 2000 fest verabredete, Verflechtung mit der UdSSR zwingt die „DDR“, zur Modernisierung ihrer Technologie neue Westkredite aufzunehmen.

Diese Thesen, Erkenntnisse und Zusammenhänge wurden jetzt von führenden „DDR“-Forschern und -Wirtschaftsexperten beim „10. Symposium der Forschungsstelle für gesellschaftswirtschaftliche und soziale Fragen“ im Reichstagsgebäude vorgetragen. Dabei kam mit Dr. habil. Gernot Schneider vom Osteuropa-Institut der Freien Universität auch ein „DDR“-Insider zu Wort, der erst in diesem Frühjahr aus Ost-Berlin in den Westen kam. Er hatte wegen umfangreicher Untersuchungen über die auch in der SED umstrittene Politik, privaten Verbrauch als zweit-rangig zu betrachten, Vorlesungs- und Publikationsverbot erhalten.

Seine Kernaussage lautete: Zwischen der Ankündigung Erich Honeckers von 1971, die Hebung des privaten Lebensstandards als Beweis für die Überlegenheit des sozialistischen Systems zur Hauptaufgabe zu machen, und der „DDR“-Wirklichkeit klappt eine breite Lücke. „Der Staat kommt dem Dienst am Kinde nur äußerst hektisch und an der unteren Grenze des Zumutbaren nach.“

Um keine „polnischen Reaktionen“ zu provozieren, würden Versorgungslücken immer wieder nur durch Provisoren überbrückt. Schneider nannte eine Reihe konkreter, aufschlußreicher Beispiele für den „DDR“-Rückstand - insbesondere bei hochwertigen Ausstattungsgegenständen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland: ● Drüben sind 200 000 Autos älter als 25 Jahre; vor 1984 sind 570 000 oder insgesamt jedes fünfte in der „DDR“ zugelassene Auto vom Band gerollt.

Die „Ulmer Leitern 1984“ sind eine breite Nutzfahrzeugpalette von 2,8-38 t Gesamtgewicht und selbstverständlich nach wie vor komplette Brand-schutzfahrzeuge. Die Iveco Magirus AG, ein Bestandteil im Verbund der Iveco, Europas zweitgrößtem Anbieter von Nutzfahrzeugen.

Elektrogeräte sind veraltet.

● Die mitteldeutschen Autofabriken hätten dagegen 1983 nur 121 000 Neuwagen und 1982 sogar lediglich 117 000 neue „Trabant“ oder „Wartburg“ ausgeliefert. Noch 1980 und 1981 lagen diese Zahlen über 130 000. ● Jeder fünfte Kühlschrank, 18 Prozent aller Waschmaschinen und sechs Prozent aller Fernsehgeräte in „DDR“-Haushalten sind älter als 15 Jahre. ● Bestimmte neue Technologien wie Heimcomputer, die gesamte Video-Bandbreite, Mikrowellenherde, Geschirrspülmaschinen, Heizkörper, elektrische Durchlauferhitzer, die gesamte HIFI-Technik und elektrische Wäschetrockner gelangen überhaupt nicht ins Angebot. ● Erhebliche Engpässe, verbunden mit hohen Preisen, gibt es laut Schneider bei Musikinstrumenten, Tiefkühltruhen, Waschautomaten, Dunstabzugshauben, Teppichen und hochwertigen Farbfernsehgeräten.

Der Wissenschaftler stellte fest, die Bevölkerung werde trotz immer höherer Arbeitsleistungen um die Früchte ihres Einsatzes gebracht. Obwohl die Einwohnerzahl in den vergangenen zehn Jahren um 250 000 zurückging, stieg die Zahl der Werktätigen um knapp 700 000. Nahezu jeder dritte Berufstätige drüben sei bereits im Drei-Schicht-System tätig.

Trotz immer anspruchsvollerer Arbeitsleistungen könne sich der „DDR“-Verbraucher dennoch immer weniger kaufen. So belief sich die Pro-Kopf-Spareinlage 1983 beispielsweise auf knapp 6800 Mark. Dieser Wert lag um 500 Mark über dem Pro-Kopf-Einzelhandelsumsatz. Allein der Kaufkraftzuwachs aus Zinsen, die 1983 rund 3,5 Milliarden Mark ausmachte, übertraf den Zuwachs des Einzelhandelsumsatzes von 755 Millionen Mark um beinahe das Fünffache“, wies Schneider nach.

108 Milliarden auf Sparkonten

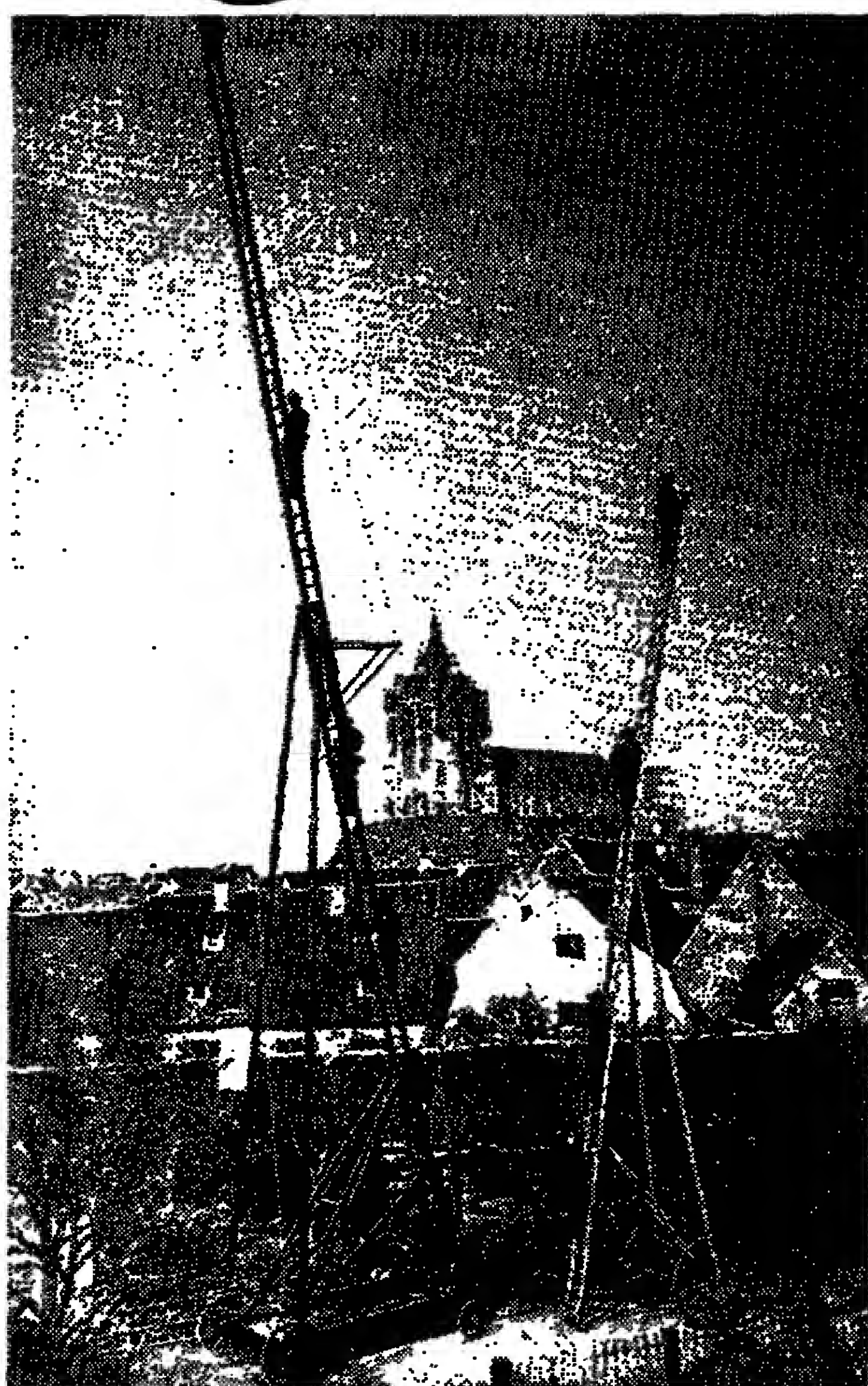
Auf den „DDR“-Sparkonten seien inzwischen 108 Milliarden Ost-Mark gehortet. Es sei ein „blanker Hohn“, wenn Honecker dies als Beweis dafür ausbeute, daß die Bürger sich für ihre Arbeit auch etwas leisten könnten. Der enorme Kaufkraftüberhang beweise das Gegenteil.

Der Wirtschaftswissenschaftler führte als einen der Gründe für die geringe Leistungsbeziehung die hohen Ausgaben für die von der SED betriebene forcierte innere Sicherheit auf. Schon heute seien etwa vier Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in den verschiedenen Spielarten dieser volkswirtschaftlich belastenden Bereiche tätig. Die beträchtliche finanzielle Belastung der „DDR“ auf diesem Apparat lasse sich auch auf einem Betrag von rund 48 Milliarden Mark ablesen, der im Etat 1983 nicht näher ausgewiesen sei und offenbar derartigen Zwecken diene.

Auf die schwerwiegenden Folgen der wachsenden Verflechtung der „DDR“-Wirtschaft mit der UdSSR machte die Wissenschaftlerin Mari Kom-Haendcke-Hoppe (Berlin) aufmerksam. Die Anforderungen Moskaus an die „DDR“ würden aus mehreren Gründen in den kommenden Jahren außerordentlich steigen.

Die UdSSR habe durch niedrigere Rohstoffpreise, die Ost-Berlin eingestrichelt worden seien, in der Vergangenheit erhebliche Erlöseinbußen hinnehmen müssen; die „DDR“-Wirtschaft sei nicht nur in der Menge sondern vor allem auch in der Qualität nicht ausreichend gewesen, die bis 1985 geplante Rückzahlung aller der dem forcierten Abbau der Westverschuldung zum Opfer gefallenen West-„DDR“-alle ihre bis zum Jahr 2000 übernommenen und Anfang Oktober 1984 von Andrej Gromyko und Honecker unterschriebenen Verpflichtungen tatsächlich erfüllen wolle, sei dies „in bei erneuter Verschuldung im Westen“ denkbar.

Iveco Magirus ist: Die Ulmer Leiter anno 1984.

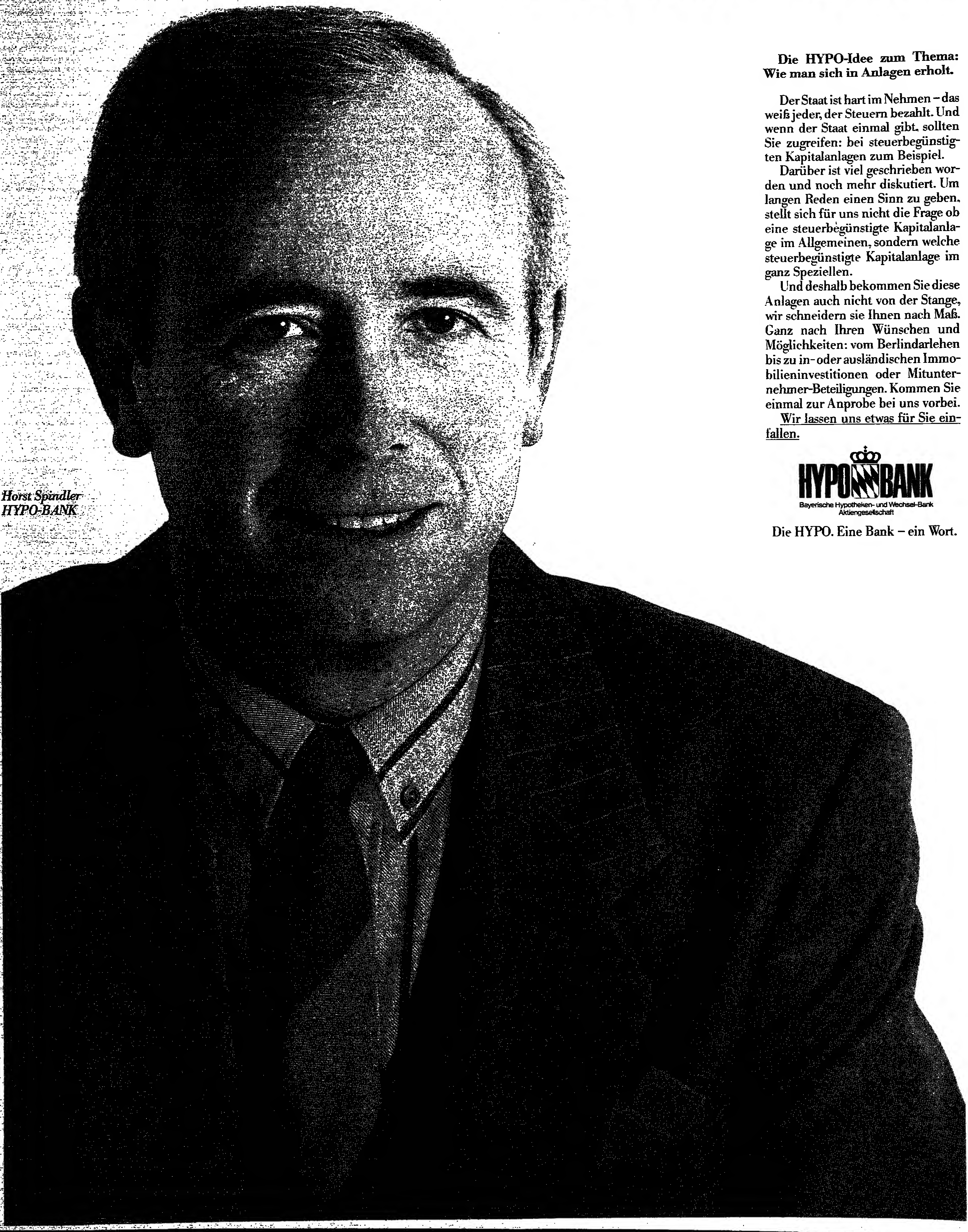


1872 präsentierte Conrad Dietrich Magirus sein erstes Brandschutz-System: Die „Ulmer Leiter“. Ein Meilenstein in der Brandbekämpfung und das erste einer Reihe von Systemen, für deren Einsätze es keinen zweiten Versuch gibt. Ein Beispiel für ingenieurmäßige Problemlösungen, wie sie im Hause Magirus zur Tradition wurden und die das Unternehmen zu einem der bedeutendsten Hersteller von Brandschutz-Systemen in der Welt machten.

**IVECO
MAGIRUS**
Iveco Magirus AG, Ulm

tag, 27. November
eitliche
ache
von Bülow
die Bundeswehr
ng drastisch zu
welczyk falsch
dem Satz: „Dann
„Dann die Öffent
bekommt, die
Grundpostulat
zu nehmen, wenn
einer Zeit außer
rber meine Absicht
h grundsätzlich
dann im folgenden
und die Begriffe
er Partei ist es
in der Sicherheit
rieder ein Konzept
die nachvollzieh
Anspruch darauf
er SPD zu haben
entscheidung
welczyk vertritt
Ansicht, daß die
auftreten und die
nde deren Inten
rdigkeit nicht ge
esen ist auch die
O-Vorsitzenden
a, der den Austrit
ik aus der NATO
sprach von „Inter
lichkeit“ über der
heitspolitischen
Sie seien aus
nträglichen Ne
O-Doppelbesche
Parteitag im
der daraus sich
parteilichen Debat
umenwirken mit
gung“ einerseits
urch ihr fortwäh
zur Bundeswehr
mn sich
s kaufe
forschern in Be
n Preisen, gibt
bei Musikinstru
rben. Waschma
igstaben, Teppic
gen Farbfernseher
sensschalter selbst
ng werde trotz der
benleistungen in
res Einsatzes glück
pielsweise die K
n vergangenen Jah
zurückging, stieg
tätigen um knapp
der dritte Bundes
erets im Dreier
unter anpruchsw
ngen könne z
erbraucher dem
kaufen. So belief
Spareinlage 180
knapp 6000 Mark
um 500 Mark die
Einzelhandelsprei
kaufkraftwacht
83 rund 3,5 Milliar
übertrifft das b
thandelsumstums
Mark um beinahe
es Schneller und
illiarden
erkonten
„DDR-Spartan
in 108 Milliarden
Es sei ein „Mist
ecker, das die B
daß die Bürger
ch etwas fest
ne Kaufkraft
Gegenteil
Wirtschaftswun
einen der Gr
eistungsbek
aben für die v
forzierte mass
neute seien o
beitsfähigen
rchiedenen Sp
wirtschaftlich
tätig. Die bes
Belastung der
pparat habe g
trag von rund
esen, der in
gewissen, es
Zwecken die
schwerwiegend
sende Verh
irtschaft mit
ie Wissenschaft
Hoppe (B
Anforderungen
r“ würden
in den komm
entlich steigen
SSR habe d
reise, die O
rden seien, d
urhebliche
n müssen die
nicht nur in
or allem auch
ausreichend
ausländische
Ost-Berlin
erben: Ab
tune, die g
alle ihre
nenen und
ei: Gr
neten Ver
rößen w
ter F
sthat.

Mit einer kreativen Bank kann Ihr Geld schon bald Staat machen.



Horst Spindler
HYPO-BANK

**Die HYPO-Idee zum Thema:
Wie man sich in Anlagen erholt.**

Der Staat ist hart im Nehmen – das weiß jeder, der Steuern bezahlt. Und wenn der Staat einmal gibt, sollten Sie zugreifen: bei steuerbegünstigten Kapitalanlagen zum Beispiel.

Darüber ist viel geschrieben worden und noch mehr diskutiert. Um langen Reden einen Sinn zu geben, stellt sich für uns nicht die Frage ob eine steuerbegünstigte Kapitalanlage im Allgemeinen, sondern welche steuerbegünstigte Kapitalanlage im ganz Speziellen.

Und deshalb bekommen Sie diese Anlagen auch nicht von der Stange, wir schneiden sie Ihnen nach Maß. Ganz nach Ihren Wünschen und Möglichkeiten: vom Berлиндarlehen bis zu in- oder ausländischen Immobilieninvestitionen oder Mitunternehmer-Beteiligungen. Kommen Sie einmal zur Anprobe bei uns vorbei.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

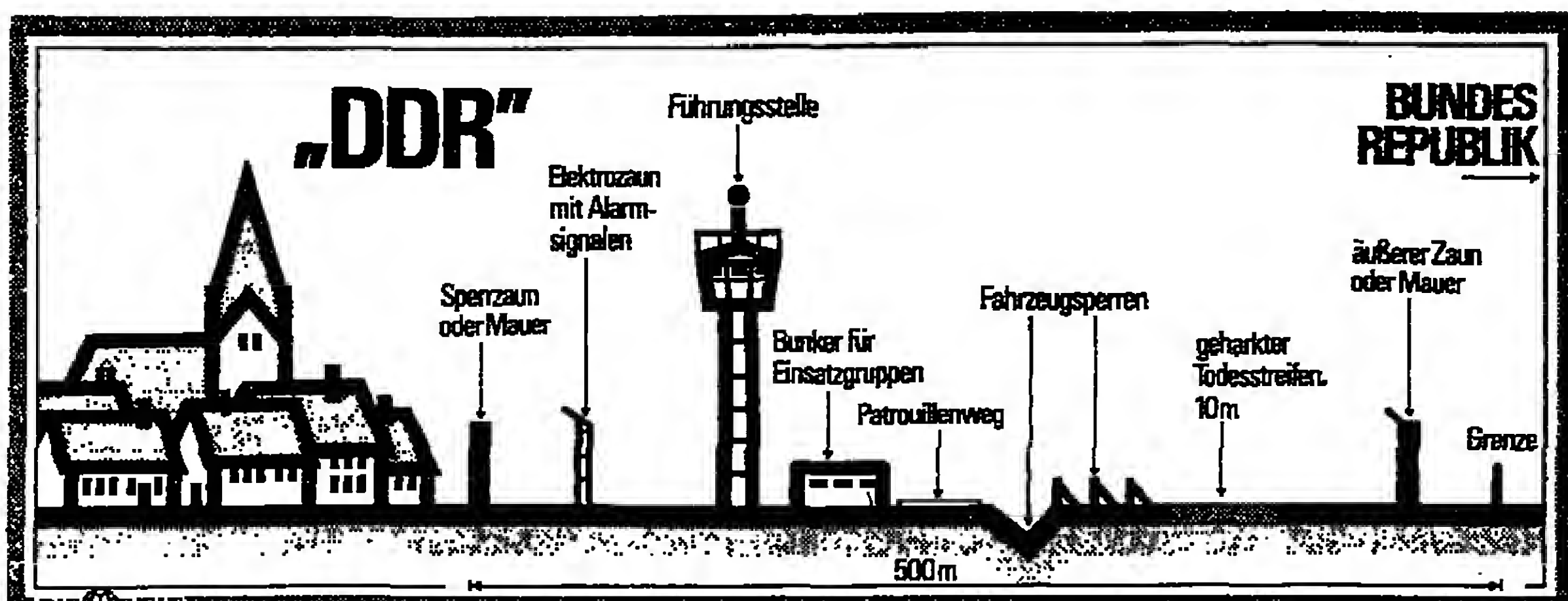
Bischof erinnert Theologen an „Hausaufgaben“

DW/Idea, Stuttgart

Der württembergische Landesbischof Hans von Keler hat seiner Kirche empfohlen, in Einzelfragen des Umweltschutzes „nicht höhere Weisheit als andere“ zu beanspruchen. Vor der Synode der Landeskirche warnte von Keler gestern auch davor, über dem Engagement für die Umwelt die eigene Sache der Kirche zu vergessen. Der Bischof: „Wer seine Seele verliert, verliert auch den Wald. Allerdings: Wer den Wald gewinnt, hat nicht auch schon seine Seele gewonnen.“ Die Kirche dürfe nie vergessen, daß sie allein dafür zu sein, „den Namen Jesu Christi groß zu machen“. Deshalb gelte es für sie auch, in allen Problemen der Gegenwart nicht nur irgendeinen Beitrag zu leisten, sondern den besonderen Beitrag des Evangeliums.

Von Keler rief die Theologen auf, über Maßstäbe für die Gentechnik und die Experimente mit menschlichem Leben nachzudenken. Die ethischen Fragen der Biogenetik müßten unbedingt zu den Hausaufgaben der Theologie zählen. Es dürfe nicht erst so weit kommen wie bei der Atomphysik, wo die Theologen erst ans Werk gegangen seien, als die „katastrophalen Auswirkungen“ weltweit deutlich wurden. Die Gentechnik beinhalte einerseits positive Möglichkeiten, die es zu nutzen gelte. Andererseits verwies von Keler darauf, daß es auch einer Strafe Gottes gleichkommen könne, wenn die Menschen „in den Folgen einer bindungslos gewordenen, wertfreien, seelenlosen Technik wie in einem Vorspiel der Hölle leben müssen“. Die Theologen hätten die Verantwortung vor Gott auch in diesem neuen Feld deutlich zu machen, denn „der Mensch ohne Gott wird zur größten Gefahr für die Schöpfung“. Wie der Landesbischof weiter berichtete, kann in Württemberg nicht von einer andernorts festgestellten Abkühlung des Klimas zwischen beiden Großkirchen die Rede sein.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Zonengrenze wird noch undurchlässiger

An die Stelle der Tötungsautomaten SM 70 tritt eine raffiniert ausgeklügelte Sperranlage mit „Jagdkommandos“

WERNER KAHL, Bonn
Im Marschschritt bewegt sich ein Mensch nach den Berechnungen für die neuen Jagdkommandos auf Flüchtlinge an der innerdeutschen „modernen Grenze“ ungefähr 1,5 Meter in der Sekunde; im Laufschrift legt er etwa 3 bis 4 m/s zurück. Entdeckt ein Posten einen Flüchtling, der durch das Sperrgebiet Richtung Westen läuft, hilft eine mathematische Formel, das Ziel maßgerecht auf's Korn zu nehmen. Die Maschinengewehrpistole wird nach der Faustregel „Vorhaltemaß gleich Zielgeschwindigkeit mal Flugzeit des Geschosses“ auf den Flüchtenden angelegt.

Im „Handbuch für den Grenzsoldaten“, das der Ostberliner Militärverlag herausgibt, wird die Berechnung an einem Beispiel illustriert: „Ein Ziel bewegt sich mit einer Geschwindigkeit von 3 m/s flankierend (90 Grad) zur Schusslinie, Entfernung 200 Meter. Die Flugzeit beträgt bei der MPi (Maschinengewehrpistole, d. Red.) 0,33 s“, heißt es im Kapitel „Schießen auf sich bewegende Ziele“.

Die „besondere“ Grenze

Die Lösung laut Instruktion: „MPi: 3 mal 0,33 gleich 0,99 Meter.“ Der Schütze müsse also den „Haltepunkt um 0,99 Meter“ verlegen. Da die Breite einer Person mit 0,5 Metern angenommen werde, ergebe das für die Maschinengewehrpistole ebenso wie für ein leichtes Maschinengewehr „ungefähr zwei Figuren als Vorhaltemaß“.

Nach wie vor wird nach amtlicher Bonner Darstellung die Grenzlage von drei Faktoren geprägt, die nur für eine Grenze wie die mitten in Deutschland bestimmend sind:

● Die innerdeutsche Grenze ist zugleich die Trennungslinie zwischen

westlichen Staaten und den kommunistisch regierten Staaten Osteuropas sowie zwischen den Militärbündnissen der NATO und des Warschauer Paktes;

● die innerdeutsche Grenze trennt Deutsche von Deutschen;

● die „DDR“ hat auf ihrer Seite entlang der Grenze ein unmenschliches und perfektioniertes Grenzsperr- und Sicherungssystem errichtet, das verhindern soll, daß Bewohner Mitteldeutschlands in die Bundesrepublik flüchten.

Die östlichen Grenzsperranlagen haben sich in Staffeln, Aufbau und Funktion durch den Abbau der international als „Tötungsautomaten“ bekanntgewordenen Selbstschußapparate verändert. Diese Veränderung setzte mit der Demontage der Tötungsautomaten im Spätsommer vergangenen Jahres ein. Zu diesem Zeitpunkt waren 439,5 Kilometer des einreihigen Metallgitterzaunes mit Selbstschußanlagen, SM-70-Apparaten, ausgerüstet. Im September 1983 begannen Arbeitskommandos der „DDR“-Grenztruppen zunächst in sechs Bereichen mit der Demontage dieser Apparate. Dies geschah überwiegend an Stellen, an denen auf westlicher Seite Aussichtsplattformen für Besucher der innerdeutschen Grenze standen. Nach vorläufiger Berechnung wurden bis November dieses Jahres circa 141 Kilometer, das sind rund 30 Prozent, der mit Tötungsautomaten gesicherten Grenzschnitte abgeräumt.

Etwa sechs Monate vor der Demontage hatte die Ostberliner Führung bereits Weisung gegeben, eine „moderne Grenzsicherung“ als Alternative zu den Apparaturen, die einen

Flüchtling „zersiebert“, aufzubauen. Seitdem wird etappenweise der bereits vorhandene Schutzstreifenzaun (SSZ), der parallel zur vorderen Zaunanlage beziehungsweise Mauer verläuft und den etwa 500 Meter breiten Sperrstreifen zum Hinterland begrenzt, in seiner Bauart modifiziert.

Der alte Zaun ist circa zwei Meter hoch. In der unteren Hälfte hat er teilweise in den Boden eingelassene Metallgittermatten und darüber 13 an Isolatoren geführte Signallampen. Die Höhe des neuen modifizierten Zaunes beträgt nunmehr circa drei Meter; das Kriechen unter dem Zaun wird durch in den Boden eingelassene Betonplatten verhindert.

„Die Menschenjäger“

In Teilschnitten wurde wenige Meter westlich des neuen elektronischen Gitterzaunes mit verbesserten Signallampen und Raketenalarmanlagen zusätzlich ein einfacher Metallzaun errichtet; zwischen beiden Zäunen sind Hunde eingesetzt, die sich in der Gasse frei bewegen können. Sie wurden auf Flüchtlinge abgerichtet.

Mit Stölpelrähnen, Signallampen und Alarmanlagen zu Führungsstellen bestückt, soll jeder Fluchtversuch schon einen halben Kilometer vor der eigentlichen Grenzlinie zur Bundesrepublik signalisiert und von Bereitschaftseinheiten, Jagdkommandos, vereitelt werden. Für die Menschenjäger werden eigene Bunker im Sperrgebiet angelegt. Die Kommandos sind mit Motorrädern und Jeeps ausgerüstet. In Alarmbereitschaft gehaltene Jagdhubschrauber können jederzeit eingesetzt werden, und wasserstarke Scheinwerfer von den Postentürmen und aus Erdstellungen sollen Flüchtlinge blenden, bevor sie den

So präsentiert sich das Modell der neuen, modifizierten „DDR“-Grenzsperranlage, nachdem die Tötungsautomaten SM 70 fast vollständig demontiert sind. Die Sperranlagen wurden dichter und undurchlässiger gemacht. Der erste Zaun auf der Ostseite markiert den Anfang des 500-Meter-Grenzstreifens, der für Zivilisten gesperrt ist. In Ortschaften verläuft dort eine Mauer. Daran schließt sich der neue, mit dem modernsten elektronischen Alarminstrumentarium bestückte Zaun – circa drei Meter hoch – an. Die Signale werden in der Führungsstelle registriert. Letztes Hindernis unmittelbar an der Grenzlinie ist ein weiterer hoher Metallgitterzaun.

Todesstreifen erreichen. Die sowjetischen Streitkräfte haben nahe am Sperrgebiet den schweren Kampfhubschrauber Mi 24 – von der NATO „Hirschkuh“ genannt – eingesetzt, der mit Raketen bestückt werden kann. Mi 24-Helikopter haben wiederholt Flüge über dem Grenzgebiet unternommen, um die neuen Sicherungsanlagen der „DDR“-Armee zu inspizieren.

Die Selbstschußanlagen sind bis November 1984 nach Angaben eines Sprechers des Bundesinnenministeriums in Bonn fast entfernt worden. Der Bereich Süd (Bayern) sei bereits längere Zeit von Tötungsautomaten geräumt; im Bereich des Bundesgrenzschutzkommandos Mitte (Hessen) würden die letzten SM-70-Apparate in diesen Tagen abgebaut, sagte der Sprecher. Es werde erwartet, daß die noch bestückten restlichen fünf bis zehn Kilometer bis Jahresende ebenfalls demontiert würden. Dann könne die Ostberliner Führung die gesamte mit Selbstschußanlagen armierte Grenzlinie von 439,5 Kilometern der insgesamt 1381,1 Kilometer innerdeutschen Grenze als SM-70-frei präsentieren.

Bundesminister Heinrich Windelen, Ressortchef für innerdeutsche Beziehungen, zeigte sich erleichtert darüber, daß Ost-Berlin die Demontage der „Mordinstrumente“ zu Ende bringt. Der Ersatz der Tötungsautomaten durch ein elektronisches und darauf abgestimmtes Postenüberwachungssystem habe die Grenze laut Windelen zwar noch „dichter und undurchlässiger“ gemacht, Flüchtlinge würden jedoch jetzt wenigstens nicht mehr „gleich zu Hackfleisch verarbeitet“.

Der Kompromiß ist ein Punktsieg für Blüm

Reform der Krankenhausfinanzierung / Eine Analyse

PETER JENTSCH, Bonn
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist der erste Schritt auf dem steinigsten Weg zu einer Strukturverbesserung des Medizinbetriebs, die die Krankenversicherung bezahlbar erhalten soll, gelungen: die Reform der Krankenhausfinanzierung (siehe WELT vom 26. November). Gestern haben auch die Präsidenten von CDU und FDP dem zwischen Blüm und dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß ausgehandelten Kompromiß zugestimmt. Das Gesetzgebungsverfahren kann damit fristgerecht über die Bühne gehen: am 7. Dezember wird die Reform im Bundestag und am 20. Dezember im Bundesrat beraten, zum 1. Januar wird sie wirksam.

Kompromisse beinhalten die Aufgabe von Positionen. Im Widerstreit der Interessen des Arbeitsministers und der Krankenkassen, die auch die Kliniken endlich in die Kostendämpfung einbeziehen wollten (Ziel: Beitragstabilität), und der Länder andererseits, die um ihre Planungshoheit fürchteten, drohte die Reform ein Schlag ins Wasser zu werden. Ist sie durch den Kompromiß verwässert? Nur auf den ersten Blick, nämlich gemessen an den Forderungen der von Blüm berufenen Reform-Kommission und dem daraus resultierenden ersten Gesetzentwurf, scheint das so. Blüm selbst interpretiert das Ergebnis als „klassisches Unentschieden“. Richtiger wäre: ein Punktsieg für den Minister.

Planungshoheit der Länder

Entscheidend für das Ziel des Gesetzes, für die Kostendämpfung, ist der Einfluß der Krankenkassen auf die Krankenhaus- und Investitionsplanung der Länder sowie auf die Gestaltung der Pflegesätze.

Nach geltendem Recht sind die Länder nur verpflichtet, in der Krankenhausplanung mit den Kassen eng zusammenzuarbeiten. Blüm forderte ursprünglich für die Kassen das Recht, durch freie Vertragsgestaltung „unwirtschaftlich“ arbeitende Spitäler von der Aufnahme in die Krankenhaus- oder Investitionsplanung auszuschließen. Ziel: Die Kassen hätten nicht mehr für die Folgekosten von „Landratsdenkmälern“ aufkommen müssen. Diese Forderung hat Blüm

fallen lassen. Der Kompromiß erhält den Ländern die Planungshoheit und verschleift den Kassen die freie Vertragsgestaltung. Freilich unter der Prämisse, daß Planungs- und Investitionsentscheidungen nicht mehr nur wie bisher in „enger Zusammenarbeit“ zwischen Kassen, Ländern und Kliniken erfolgen, sondern daß eine „einvernehmliche Regelung anzustreben“ ist. Damit sind die Länder an den Verhandlungstisch gezwungen.

Schon das ist eine Verbesserung gegenüber dem geltenden Recht und damit ein Punkt für Blüm. Im Gegenzug für die Aufgabe seiner Forderung nach einer gleichberechtigten Mitwirkung der Kassen auf diesem Gebiet setzte er sich aber im für die Kostensituation der Kassen viel entscheidenderen Pflegesatzrecht durch.

Mehr Eigenverantwortung

Zunächst werden die Pflegesätze künftig „voraus kalkuliert“. Damit wird das bisherige Selbstkostendeckungsprinzip aufgelockert. Jetzt müssen die öffentlichen Investitionszuschüsse und die Pflegesätze zusammen die „voraus kalkulierten“ Selbstkosten eines Krankenhauses decken. Eine nachträgliche Kostenrechnung ist damit nicht mehr möglich. Das bedeutet, daß die Kassen durch die zukunftsprojizierte Kostenrechnung zum Beispiel die Anschaffung neuer medizinischer Geräte im Krankenhaus torpedieren können, wenn sie die Folgekosten nicht in die Vorauskalkulation aufnehmen.

Dieses Recht ergibt sich aus den künftigen Pflegesatzverhandlungen zwischen Kassen und Kliniken in eigener Verantwortung im Gegensatz zur heutigen Preisfestsetzung durch die Länder. Ein weiterer Punkt für Blüm. Einigen sich die Vertragspartner nicht, entscheidet eine paritätisch besetzte Schiedsstelle mit einem unabhängigen Vorsitzenden. Gelingt das nicht, wird der Vorsitzende vom Land bestellt. Er ist aber – im Gegensatz zur Forderung Bayerns – nicht an Weisungen der Landesregierung gebunden. Auch das ein Punkt für Blüm.

Die Reform stärkt also den Einfluß der Kassen auf die Kostendämpfung im Krankenhaus. Es liegt jetzt an ihnen, das Instrument zu nutzen.

Quo vadis, Abiturient '85?



Abitur '85. Ein Sonderheft der 'Wirtschaftswoche'.

Informiert über Berufsbilder, Studiengänge, Perspektiven.

Berät von Start an der Hochschule bis Einstieg ins Berufsleben.

Über 130 Seiten qualifizierte Entscheidungshilfe bei der Wahl des

richtigen Ausbildungsweges. Jetzt im Zeitschriftenhandel. DM 7,50.

Wir arbeiten an den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt
für den Frieden zwischen den Menschen
für den Frieden zwischen den Völkern

VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE
WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTScheckkonto FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060



Multiple Sklerose 100.000 brauchen Ihre Hilfe

Über 100.000 junge Erwachsene haben diese Diagnose schon hören müssen: „Multiple Sklerose“. Die Multiple Sklerose ist eine heimtückische Erkrankung des Zentralnervensystems, die von leichten bis zu schwersten Lähmungen, Seh- und Sprachstörungen, sogar zu völliger Hilflosigkeit führen kann. Sie drängt den MS-Kranken in die Isolation.

Jeder kann an MS erkranken, besonders im Alter von 19 bis 45 Jahren. Bis heute ist noch keine Heilung möglich.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Sie braucht Geld, um durch medizinische Forschung, Beratung und soziale Betreuung das Leben mit der Krankheit zu erleichtern.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V.,
Rosental 5/4, 8000 München 2.
Zentrales Spendenkonto: 31 31 31-Stadtparkasse
München (BLZ 700 500 00)

ag, 27. November
ist ein
lüm
g / Eine Analyse
n. Der Komplex
den Kassen die
ung. Freilich un
eiden nicht we
in enger Zusam
folgen, sondern
liche Regelung
Damit sind die
rhandlungsweg
st eine Verbes
dem geltenden
für Blum. In
aufgabe seiner
gleichberechtigt
Kassen auf dem
er sich aber in
tion der Kassen
Polizeistunde
genverantwort
werden die Pla
restrukturieren
aufgewiesen
Öffentlichen Lan
die die Pflege
eines Kranken
nachrichtliche
damit nicht we
deutet, daß die
Anschaffungsk
Beispiel die St
medizinische Gr
torpedieren. Es
Folgekosten nicht
diesem ausbauen
ht ergibt sich
Gesetzesverstoß
sen und Kliniken
Anweisung im
Presseerklärung
Ein weiterer P
sien die Verfa
schende eine p
schichte mit dem
Vorzeichen. G
des Vorzeichen
Er ist aber m
Bayer-Ver
Landesregierung
des von P
sicht auf die
die Bundesre
das die Kasse
sicht auf die

Raketenstreit in der Regierung Belgiens

BODORADKE, Brüssel

Wie in den Niederlanden entwickelt sich im NATO-Mitgliedsstaat Belgien die seit fast fünf Jahren immer wieder verschobene Entscheidung über eine Beteiligung am NATO-Nachrüstungsprogramm (Stationierung von 48 Cruise Missiles) zu einer Belastung der Koalitionsregierung.

In Gegensatz zu Holland aber, wo sich die Vorbereitung für die eventuelle Stationierung von ebenfalls 48 Cruise Missiles auf rein "papierner" Planungen beschränken, sind in Flandern bei Namur bereits rund 400 US-Soldaten eingetroffen.

Die politische Entscheidung jedoch steht noch aus. Und der gerade aus Moskau in Brüssel eingetroffene Hinweis auf die Wiederaufnahme der Genfer sowjetisch-amerikanischen Gespräche über Maßnahmen zur Rüstungskontrolle hat natürlich das Ziel, eine solche Entscheidung weiter hinauszuzögern.

Der zur Zeit lebhaft diskutierte Konflikt wurde durch die Ankündigung des liberal-konservativen Vizepremiers und Justizministers Jean Gol ausgelöst, seine Partei werde eine weitere Verzögerung des längst fälligen formellen Regierungsbeschlusses über die Stationierung über den kommenden März hinaus nicht hinnehmen. Die für Januar vorgesehene Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche dürfte darauf keinen Einfluß haben.

Der Vorsitzende der flämischen Christdemokraten-Partei CVP, Frank Swaelen, kritisierte, daß Gol die sich aus der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen ergebenden Chancen einfach nicht zugeben wolle.

Für politische Beobachter in Brüssel gibt es keine Zweifel, daß die Kontroverse in Zusammenhang gebracht werden sollte mit dem Ende 1985 bevorstehenden Parlamentswahlen.

Es ist kaum anzunehmen, daß sich die durch energische Sparmaßnahmen erzielte Stabilisierungserfolge der Staatsfinanzen beim Wählervolk in Form von Stimmengewinnen niederschlagen. Christlich-demokratische Wahlstrategen bedrängen deshalb auch ihre Spitzenpolitiker, beim Raketen-Thema am bisherigen unbedingten Kurs festzuhalten. (SAD)

US-Kriegsschiffe dürfen erstmals in Chinas Häfen

Parteichef Hu spricht von „Freundschaftsbesuchen“

Die Volksrepublik China will erstmals in ihrer 35jährigen Geschichte amerikanische Kriegsschiffe in ihre Häfen lassen. Das werde allerdings nur für Freundschaftsbesuche gelten, sagte KP-Chef Hu Yaobang vor japanischen Geschäftsleuten in Peking. Huis Äußerungen wurden gestern von der amtlichen Tageszeitung „China Daily“ veröffentlicht. Aus Kreisen westlicher Diplomaten verlautete, es gehe um den Besuch amerikanischer Zerstörer, die im nächsten Jahr den Hafen Qingdao an der Ostküste Chinas (600 Kilometer südlich von Peking) anlaufen sollen. Mit gegenseitigen Flottenbesuchen solle das gemeinsame chinesisch-amerikanische Interesse unterstrichen werden, der wachsenden sowjetischen Militärpräsenz im Pazifik und im Indischen Ozean entgegenzuwirken.

Aus dem US-Verteidigungsministerium war Ende August verlautet, daß die USA mit der Volksrepublik China ein Abkommen über gegenseitige Flottenbesuche erörtert haben. Pentagon-Sprecher Michael Burch erklärte seinerzeit, darüber sei bei einem China-Besuch des Marine-Staatssekretärs John Lehmann gesprochen worden. Das Bemühen um das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung demonstrierte „eine engere Zusammenarbeit zwischen China und den USA“. Gegenseitige Flottenbesuche seien bereits während des China-Besuchs von Verteidigungsminister Caspar Weinberger im Herbst 1983 zur Sprache gekommen und beim USA-Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Zhang Aiping im Juni 1984 erörtert worden.

Admiral Chen bereist USA

In den USA hält sich derzeit eine Delegation der chinesischen Flotte unter Führung vom Admiral Chen Youming auf. Sie interessiert sich für die Gasturbinen, mit denen die US-Zerstörer angetrieben werden. Flottenchef Liu Huaqing hat soeben in Großbritannien Marineanlagen und Rüstungsbetriebe besichtigt. Die chinesische Flotte mit ihren 360 000 Mann verfügt über 35 große Überwasserschiffe, etwa hundert dieselgetriebene und zwei atomgetriebene U-Boote. Doch gelten die meisten Schiffe als veraltet.

In diesem Jahr haben die Streit-

kräfte der Volksrepublik China und der USA ihren zwei Jahre lang unterbrochenen Militäraustausch wieder aufgenommen. Durch Besuche von Militärdelegationen wolle man die militärische, logistische und medizinische Ausbildung in den Streitkräften der jeweils anderen Seite kennenlernen, verlautete aus Washington. Wegen der Auseinandersetzung um die Lieferung amerikanischer Waffen an Taiwan war der Militäraustausch unterbrochen worden. Im Frühjahr 1984 reiste eine vierköpfige chinesische Regierungsdelegation unter Führung von Zhang Pin, dem Sohn des Verteidigungsministers, durch die USA, um den Kauf von Waffen vorzubereiten. Die Delegation interessierte sich vor allem für Panzer- und Flugabwehrsysteme.

Waffenkäufe nicht en gros

Die US-Regierung hatte im Juni 1983 beim Export militärischer Güter die Volksrepublik China mit den NATO-Staaten und Japan gleichgestellt. Bestimmte Rüstungsgüter und Technologien von sicherheitspolitischer Bedeutung unterliegen jedoch weiterhin Exportbeschränkungen.

Verteidigungsminister Zhang Aiping betonte kurz vor seinem eigenen USA-Besuch im Juni, daß China nicht am Großverkauf von Rüstungsgütern interessiert sei. Bei den Lieferungen aus den USA könne es sich, so Pekinger Funktionäre, nur um ausgewählte Spitzentechnologie handeln.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Peking und Washington, die sich auch in dem bevorstehenden Flottenbesuch äußert, hat durch die China-Reise des US-Präsidenten Ronald Reagan im Frühjahr 1984 einen bedeutenden Auftrieb erhalten. An einem regulären Bündnis mit den USA ist China aber offensichtlich nicht interessiert. So begnügt sich Washington mit einer Stärkung der pazifischen Bastion China, die vom Osten her die Sowjetunion in Schach halten soll, wie die NATO das im Westen tut.

Der Hafen von Qingdao gehört zu den fünf größten der Volksrepublik. Die „Grüne Insel“ (Qingdao) war von 1897 bis zum Ersten Weltkrieg deutsche Kolonie. Die alte deutsche Marinekommandantur dient jetzt den chinesischen Seestreitkräften als Kaserne.

Mit brutalen Mitteln führt Lagos „Krieg gegen Disziplinlosigkeit“

Todesstrafe auch für kleinere Vergehen / Erste Erfolge in der Wirtschaftspolitik

Von MONIKA GERMANT

Ein Monat nach dem unblutigen Militärputsch des General Mohammed Buhari in Nigeria hat sich das Land, das nach seiner Unabhängigkeit vor 24 Jahren als eines der unsichersten für europäische Besucher galt, weil Überfälle ebenso wie Korruption an der Tagesordnung waren, wesentlich gewandelt. Weder die 13 Jahre der früheren Militärdiktatur noch die vier Jahre einer darauffolgenden demokratischen Regierung konnten bisher die sich immer weiter ausbreitende Gesetzlosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Bestechlichkeit nigerianischer Beamter und Geschäftsleute einschränken. Gewöhnlich waren kleine Geldgeschenke bereits auf dem Flughafen für Zoll- und Passbeamte fällig - andernfalls konnte man oft stundenlang in der glühenden Sonne warten. Weiter ging es in den Hotels, bei denen die Zimmervergabe beim Etagechef extra bezahlt werden mußte.

Doch Nigeria, das 1960 nach dem Ende der englischen Kolonialzeit zu den wirtschaftlich reichsten Ländern des Kontinents zählte, hat einen bitteren Preis für die einseitige Ausrichtung der Wirtschaft auf die Erdölproduktion zahlen müssen. Der Traum von finanzieller Sicherheit ist seit Beginn der Regierung Buhari, die mit strikten Maßnahmen das Land wieder wirtschaftlich und politisch in sicherere Bahnen lenken will, einer realistischen Einschätzung der Lage gewichen.

Der „Krieg gegen die Disziplinlosigkeit“ - war gegen indisciplin, kurz WAI genannt, begann mit einer großen Propagandakampagne der neuen Regierung. Eine rigorose Erziehung soll die Nigerianer anhalten, sich im täglichen Leben in der Stadt einzuordnen, unter anderem diszipliniert zu fahren. Eine weitere Kampagne soll eine neue Arbeitsmoral schaffen. So werden im Radio mit Aufrufen und Slogans in Lagos unter anderem solche Devisen ausgegeben: „Die besten Sachen im Leben gibt es nicht umsonst“ und „Haben Sie Ihr Gehalt heute schon verdient?“

Doch in einem Interview mit „Africa Now“ gestand Präsident Buhari, daß es eine schwierige Aufgabe sei, der Korruption, für die er freilich die Regierung der letzten vier Jahre ver-

antwortlich macht, ein Ende zu bereiten. Nigerias Arbeitslosigkeit ist eines seiner Hauptprobleme. Afrikas volkreichstes Land mit fast 100 Millionen Einwohnern hat ein gewaltiges Heer von unbeschäftigten Menschen. Nach den letzten Erhebungen noch unter der Regierung Shagari betrug die Ar-

Nigeria

beitslosigkeit 1983 etwa acht Prozent im Gegensatz zu 1976, als sie sich auf nur 4,3 Prozent belief. Wie weltweit, sind auch hier die Jugendlichen der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren am



Mohammed Buhari, starker Mann Nigerias

FOTO: JOHN CHASSON/STUDIO X

stärksten betroffen. Buhari führt als Begründung die weltweite Wirtschaftsrezession an. Rohstoffmangel und Beschränkung der erforderlichen Ersatzteile auf ein Minimum sowie das Sinken des Erdölpreises führten zur Schließung von Industrie und Entlassung der Arbeiter.

So will der Präsident denn auch die Reaktivierung der Industrie fördern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, legt aber auch Wert darauf, die Landwirtschaft Nigerias wieder zu beleben. Obwohl es von der OPEC eine erhöhte Förderquote von 1,3 Millionen Barrel auf 1,45 Millionen Barrel pro Tag erhalten hat, ist, so der nigerianische Journalist Ray Ekpu, „Nige-

ria noch längst nicht aus dem Schnei-

der“. Ekpu prangt die Versäumnisse der Vergangenheit an und nennt als Beispiel unter anderem, daß Nigeria in den Jahren von 1970 bis 1983 rund 35 Milliarden Naira durch die Abfakelung des Erdgases auf den Erdölfeldern verloren hat und bisher keine Möglichkeiten vorhanden waren, um die Erdgasvorkommen auszuwerten. Das geplante Werk zur Gasverflüssigung, das nun mit einem Kostenaufwand von 5,6 Milliarden Naira gebaut wird, komme zehn Jahre zu spät.

Doch das tägliche Stadtbild zeigt, daß sich die Kampagne der Regierung gegen Korruption und Schlamerei langsam auszahlt - so ist es Berichten europäischer Besucher zu entnehmen. Die Straßen und Wohnviertel seien wieder sicherer, nicht nur durch die Einführung der Todesstrafe für bewaffnete Überfälle, sondern auch durch Polizeipatrouillen in den Wohnvierteln und zum Teil durch die Selbsthilfe, zu der manche Einwohner griffen und die von der Polizei „übersehen“ werde. Das wirke durchaus als abschreckendes Beispiel. Todesstrafe steht auf Fälschung von Banknoten, auf illegale Ölgeschäfte und auf die beliebte „Manipulierung“ an Gas- und Telefonkabeln, um die Rechnung herabzudrücken.

Hatten viele Nigerianer noch zu Beginn des Jahres die Regierungskampagne begrüßt, so werden inzwischen die ersten Stimmen laut, denen die Verurteilung von Journalisten wegen angeblich falscher Berichterstattung als zu drakonisch erscheint und die um Nigerias lange Tradition einer angesehenen afrikanischen Berichterstattung fürchten.

Buhari wird vorgeworfen, mit seiner Anti-Korruptionskampagne an dem eigentlichen Übel seines Landes, dem wirtschaftlichen Chaos, vorbeizuparieren. Ein Universitätsprofessor behauptet, WAI sei ein Luxus, den sich ein hungerndes Volk kaum leisten könne.

Allerdings wird sich vorerst kaum etwas an der neuen Ordnung ändern. Hinter Buhari stehen Premierminister Brigadier Tunde Idiagbon und fünf Mitglieder aus dem 19köpfigen obersten Militärat, die zusammen die 120 000 Mann starke Armee befehligen.

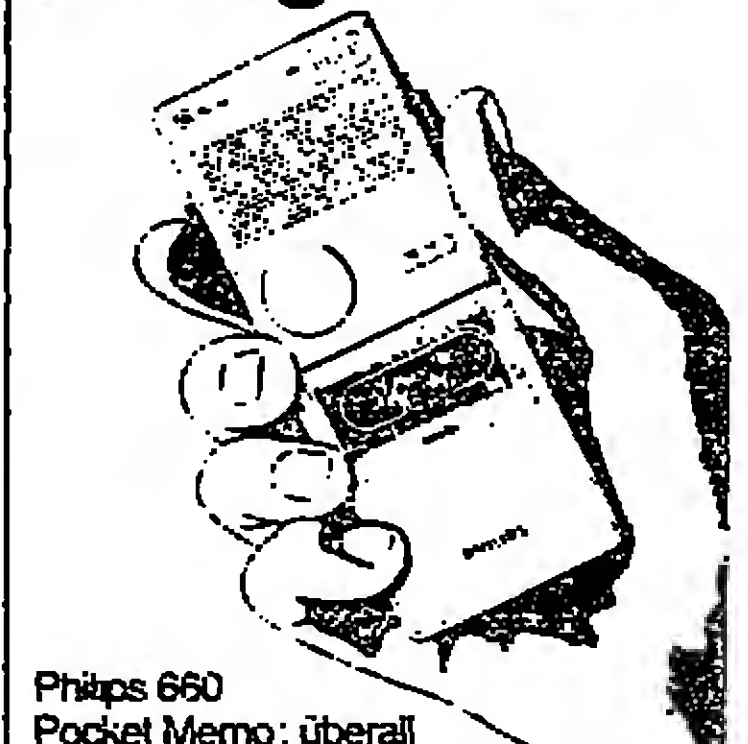
USA/Nicaragua: Haager Gericht bleibt zuständig

AP, Den Haag

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat sich gestern in dem vor Nicaragua gegen die USA angestrengten Verfahren für zuständig erklärt und seine im Mai gegen Washington erlassene einstweilige Verfügung bekräftigt. Das Urteil wurde mit 15 Stimmen bei einer Gegenstimme (des amerikanischen Richters Stephen Schwebel) gefällt. Nicaragua hatte im April die USA angeklagt, mit bewaffneten Angriffen den Sturz der Regierung in Managua zu betreiben. Washington hatte die Zuständigkeit des Gerichtshofes bestritten und

anzog

PHILIPS Schenken Sie doch mal was Intelligentes



Philips 660 Pocket Memo: überall reden, wie einem der Schnabel gewachsen ist. Informationen beim Bürofachhandel oder bei Philips Data Systems, W 6 GB Bürotechnik, Postfach 105323 2000 Hamburg 1

vorsorglich angekündigt, es werte sich zwei Jahre lang nicht an Entscheidungen des Gerichts über militärische Streitfragen gebunden fühlen. In der Urteilsbegründung hieß es, Nicaragua habe die Rechtsprechung des Gerichtshofes durch Unterzeichnung und Ratifizierung der UN-Charta uneingeschränkt anerkannt. Die Richter betonten ferner, daß sich die USA mit der Unterzeichnung einer UNO-Erklärung 1946 verpflichtet hätten, sich der Rechtsprechung des Gerichtshofes zu unterwerfen, falls sie dies nicht sechs Monate vorher widerriefen.

Arzneimittel: Wie viele brauchen wir, wie viele verbrauchen wir?

Zur Sache:

Die Bundesbürger verbrauchen von Jahr zu Jahr weniger Arzneimittel: 1983 wurden weniger Tabletten eingenommen als 1979.

Auch im internationalen Vergleich ist der Arzneimittelverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland relativ niedrig.

Unabhängig davon: Die Zahl der von der deutschen pharmazeutischen Industrie hergestellten deutschen Arzneimittel ist erheblich kleiner, als allgemein angenommen wird.

Ohnedies besteht zwischen der Zahl der Arzneimittel und dem Arzneimittelverbrauch kein Zusammenhang, wie die Weltgesundheits-Organisation feststellt hat.

Bundesbürger verbrauchen weniger Medikamente

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger nimmt selten oder nie Arzneimittel. Nur ein Viertel - überwiegend ältere Menschen - nimmt sie häufiger. Das hat eine repräsentative Bevölkerungsumfrage eines unabhängigen Institutes ergeben.

Aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung stammt die Analyse der Gesamtkosten der Krankenversicherungen: Sie zeigt, daß der Anteil der Arzneimittel an den Gesamtkosten der Krankenkassen seit 1970 von 16,5 auf 14,3 Prozent 1984 gesunken ist.

Im Pro-Kopf-Verbrauch unter „ferner liefen“

Der internationale Vergleich der Statistiken über den Pro-Kopf-Verbrauch von Arzneimitteln beweist: Die Franzosen verbrauchen am meisten Arzneimittel; mit Abstand folgen die Belgier und Briten. Mit Italien und Österreich gehört die Bundesrepublik Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa.

Hohe Zahl der Arzneimittel - ein statistischer Irrtum

Auch bei der Anzahl der Arzneimittel nimmt die Bundesrepublik keine Sonderstellung ein.

Allerdings zählt die amtliche Statistik in der Bundesrepublik als einzigem Land der Welt sämtliche Gesundheitsmittel, vom Mineralwasser bis zum Badzusatz, als Arzneimittel. Nur deshalb kommt sie auf eine sehr hohe Zahl.

Nur jedes zweite Arzneimittel gibt es überall

Das Bundesgesundheitsamt hat rund 145.000 Mittel erfaßt. 70.000 davon stammen nicht aus der Industrie. Es sind Präparate aus Eigenherstellung, die es nur beim jeweiligen örtlichen Hersteller gibt.

Beispielsweise die Abführpille aus einer speziellen Apotheke, der Kräutertee aus einer Drogerie, die Spezialdiät aus einem Reformhaus, Infusionslösungen eines Krankenhauses oder Mittel, welche die Bundeswehr für die Betreuung der Soldaten herstellt.

Die Gruppe der überall erhältlichen 75.000 industriell gefertigten Arzneimittel gliedert sich in drei Bereiche: Tierarzneimittel, Natur-Arzneimittel und naturwissenschaftliche Arzneimittel.

Arzneimittel für Tiere

So gibt es 10.000 Arzneimittel für die verschiedenen Tierarten - zum Beispiel für Schafe, Kühe, Schweine, Hühner in der Landwirtschaft und für Haustiere - vom Wellensittich bis zum Bernhardiner.

Natur-Arzneimittel

Ein wachsender Anteil, nämlich rund 35.000 Präparate, entfällt auf die Natur-Arzneimittel - pflanzliche, homöopathische, anthroposophische Arzneien, Stärkungsmittel, Mineralwässer, medizinische Weine und Heilbäder.

Naturwissenschaftliche Arzneimittel

Die verbleibende Zahl von 30.000 naturwissenschaftlichen Arzneimitteln kommt nicht zuletzt deshalb zustande, weil aufgrund der gesetzlichen Definition des Begriffes „Arzneimittel“ beispielsweise auch Dentalpräparate, medizinische Pflaster, Desinfektionsmittel und Diagnostika dazugezählt werden. Nicht nur dies, die unterschiedlichen Darreichungsformen wie z. B. Tropfen oder

Tabletten und die verschiedenen Stärken ein und desselben Medikaments werden einzeln gezählt.

Nur 300 bis 500 Präparate pro Facharzt

Knapp 9.000 Medikamente sind in der „Roten Liste“ aufgeführt. Die „Rote Liste“ ist ein Verzeichnis von industriell hergestellten Präparaten für die rund 15 verschiedenen ärztlichen Fachrichtungen.

Jeder Arzt verwendet 300 bis 500 Medikamente, jedoch ganz unterschiedliche. Ein Frauenarzt verschreibt z. B. andere Medikamente als ein Kinderarzt; ein Orthopäde andere als ein Hautarzt usw.

Die eigentlichen 2.000

Entscheidend für die medizinische Versorgung sind 2.000 Präparate: Auf diese entfallen rund 93 Prozent des Arzneimittelumsatzes der Apotheken.

Das besagt jedoch nicht, daß die übrigen 7.000 überflüssig sind. Es sind vielmehr selten benötigte Mittel oder neuentwickelte Arzneimittel, die gerade erst auf den Markt gekommen sind.

20.000 unbehandelbare Krankheiten sind eine Herausforderung

Von den rund 30.000 bekannten Krankheiten können heute erst etwa 10.000 mit Arzneimitteln gelindert oder geheilt werden. Und es wird nicht eine Krankheit behandelt, sondern der kranke Mensch, der sich in seiner Reaktion auf ein Arzneimittel stark von anderen Kranken unterscheidet.

Ein Arzneistoff wird nicht von jedem Menschen in gleicher Weise vertragen. Solange es Krankheiten gibt, gegen die wir machtlos sind, haben wir nicht zu viele Arzneimittel, sondern noch zu wenige.

Viele Millionen Menschen verdanken Arzneimitteln Leben und Gesundheit. Grund genug, um wichtige Tatsachen ernst zu nehmen.

COUPON 4/84

Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationen über die Forschung, Entwicklung und Herstellung von Arzneimitteln.

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.

Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Mc



Die deutschen Arzneimittel-Hersteller.

Jugoslawiens Jugend fordert ein demokratisches Militärwesen

Selbstverwaltungsmodell als Maßstab / Die Armee spricht von „gefährlichen Ideen“

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Pazifistische und partikularistische Tendenzen in Teilen der kommunistischen Jugendorganisation Sloweniens haben die Parteiführung und das Armeekommando der nordwestlichen Teilrepublik Jugoslawiens in Alarmstimmung versetzt.

Besonders in Kreisen der Jugoslawischen Volksarmee wird von „gefährlichen Ideen“ gesprochen, die in der Jugend grassieren und die, falls man ihnen Raum lassen sollte, zum Zusammenbruch der jugoslawischen Verteidigungs- und Militärpolitik führen könnten.

Im Kreuzfeuer der Kritik steht Jazna Jansa (26), der sowohl Mitglied des Präsidiums des kommunistischen Jugendverbandes in Slowenien als auch Vorsitzender der Kommission dieses Verbandes für „allgemeine Volksverteidigung“ ist. Jansa, von dem es heißt, daß er in Kreisen der slowenischen Jugendlichen und Studenten Popularität genießt, hat gemeinsam mit einigen anderen Jugendfunktionären öffentlich gefordert, das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell auch auf die Verteidigung auszuweiten.

Nun sind aber in Jugoslawien die Armee gemeinsam mit der Polizei und natürlich der kommunistischen Partei die einzigen Körperschaften, auf welche die Selbstverwaltung mit ihren endlosen Debatten und Abstimmungen keine Anwendung findet. Die jungen Leute haben aber auf ihrem jüngsten Kongreß die „Vergesellschaftung der Sicherheit und der Verteidigung“ – also praktisch eine Demokratisierung des Militärwesens – gefordert.

Dienst in der Nähe des Heimatortes ableisten

Jansa und seine Anhänger verlangen die Übertragung der Funktionen der Verteidigungspolitik von der zentralistisch gesteuerten regulären Armee auf die territoriale Verteidigung, die in Jugoslawien der Kompetenz der Teilrepubliken untersteht. Dahinter steckt der gerade bei slowenischen Jugendlichen weitverbreitete Wunsch, den Militärdienst nicht im fernen Mazedonien oder im Kosovo,

sondern in der eigenen engeren Heimat Sloweniens ableisten zu können. Dabei spielt auch die Sprachenfrage eine Rolle: Kommandosprache in der jugoslawischen Armee ist Serbokroatisch – also für die Wehrpflichtigen aus Slowenien eine Fremdsprache, die sich von ihrer slowenischen Muttersprache etwa so unterscheidet wie das Deutsche vom Niederländischen.

Ausbildung in der Armee kritisiert

Darüber hinaus machte sich Jansa auch zum Sprecher weitverbreiteter Stimmungen in der jungen Generation seiner engeren Heimat, als er eine Verkürzung der bisher 15 Monate dauernden Wehrpflicht forderte. In verschiedenen Dokumenten des slowenischen Jugendverbandes, die zum Teil in der Laibacher Jugendzeitschrift „Mladina“ abgedruckt wurden, gab es heftige Kritik an der „mechanischen Ausbildung“ in der jugoslawischen Armee.

Die Wehrpflichtigen würden, so heißt es, während ihrer Dienstzeit zu Erdarbeiten und zum Viehhüten eingesetzt. Die Vorgesetzten suchten sich unter den Wehrpflichtigen Ordonanzen aus, welche die meiste Zeit damit beschäftigt seien, Kleidung und Schuhe der Offiziere zu putzen sowie andere private Arbeiten zu verrichten.

Auf einer Sitzung des Jugendverbandes sprach einer der Funktionäre, Mile Setinc, sogar von einer „primitiven Indoktrinierung der Jugendlichen“ durch die jugoslawische Armee. Der Funktionär erwähnte dann die Tatsache, daß viele junge Slowenen nicht in der Armee dienen wollen und daß viele, die sich bereits zum Dienst und zu einer Offizierslaufbahn entschlossen hätten, die Offiziersschulen vorzeitig wieder verließen.

Außerdem kam in der Diskussion des Jugendverbandes ein für Jugoslawien völlig neues Moment an Tageslicht: Einige der jungen Leute bezweifelten überhaupt die Notwendigkeit eines starken stehenden Heeres und an dem von offizieller Seite gemalten Bedrohungsbild durch äußere Feinde.

Von der Parteiführung wird dem Jugendfunktionär Jansa, dem inzwischen der Ausschluss aus der KP angedroht wurde, vorgeworfen, er „spiele mit dem Feuer“ und sei ein „Utopist“. Seine Forderung nach einer „Liberalisierung“ der Verhältnisse in den jugoslawischen Streitkräften und vor allem sein Vorschlag, die slowenischen Jugendlichen nur noch in der Nähe ihres Heimatortes, also in Slowenien, Dienst tun zu lassen, schädige die Verteidigungskraft Jugoslawiens.

Der slowenische KP-Spitzenfunktionär Franc Setinc erhob gegen Jansa die Anschuldigung, dieser stelle sich gegen die Politik der Partei. Er habe sich in den Reihen des Jugendverbandes herabwürdigend über die Rolle der KP und auch negativ über den „Volksbefreiungskampf“ 1941 bis 1945 geäußert. Eine parteitreue Jugendzeitschrift erklärte sogar, sollten die Ideen Jansas verwirklicht werden, drohe dem Lande eine militärische Intervention von außen.

Wünsche der jungen Generation ignoriert

Der Angegriffene setzte sich aber zur Wehr: Die Wünsche der Jugendlichen würden ignoriert, es gebe Opportunismus und „abgeschlossene Strukturen“. Man sei darauf gefaßt, daß demnächst von oben auch noch der Vorwurf erhoben werde, die slowenischen Jugendlichen wollten eine eigene „Jugend-Partei“ gründen. Auf die Forderung der KP-Spitze, er möge auf seine Kandidatur verzichten, reagierte Jansa mit einer eindeutigen Weigerung.

Der gesamte Vorfall signalisiert zweierlei: einmal den wachsenden Generationenkonflikt in Jugoslawien, aber auch ein Zunehmen pazifistischer Stimmungen unter den jungen Generationen Sloweniens, die in Lebensziel und Lebenshaltung unter allen jugoslawischen Nationen dem Westen am nächsten steht. Hinzu kommt, daß bei den Slowenen, die über eine relativ gesunde wirtschaftliche Struktur verfügen, der Unmut darüber wächst, in der wirtschaftlichen Malaise der südlichen Teilrepubliken mit hineingerissen zu werden.

Jetzt offiziell: ZK-Plenum ausgefallen

AFP, Moskau

Von offizieller sowjetischer Seite ist gestern bestätigt worden, daß zum erstenmal seit mehr als 15 Jahren in diesem Jahr die Plenar-Sitzung des Zentralkomitees der sowjetischen KP, die üblicherweise der Herbsttagung des Obersten Sowjet vorausgeht, ausgefallen ist. Das „Plenum“ der UdSSR ist für heute einberufen worden, um über Haushalts- und Wirtschaftsplan des kommenden Jahres zu beraten. Die Vorbereitungen darauf sind in diesem Jahr nicht auf ZK-Ebene, sondern lediglich im Rahmen des Politbüros geführt worden. Daraus schließen westliche Beobachter, daß es gravierende Meinungsunterschiede in der Führungsspitze der Partei gibt, die in erster Linie personell und nicht sachlich bedingt sind.

Noch am 9. Oktober hatte ein Sprecher des Kreml eine Sitzung des Zentralkomitees in Aussicht gestellt. Von sowjetischer Seite ist inzwischen die Absage mit einer Vereinfachung der Arbeit der Parteiführung begründet worden.

Bürgerrechtler brutal verfolgt

DW, Moskau

Die Welle der Verfolgungen von Bürgerrechtlern in der Sowjetunion reißt nicht ab. Wie die Menschenrechtsorganisation Kontinent mitteilte, ist in Tschernowzy in der Ukraine der 36 Jahre alte Ingenieur Jossif Sissels verhaftet worden, nachdem in seiner Wohnung zahlreiche Bücher beschlagnahmt worden waren. Die Anlage gegen ihn lautet vermutlich auf „Verleumdung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung“. Unter dieser Anlage hatte Sissels bereits von 1978 bis 1981 eine Lagerhaftstrafe verbüßen müssen. Nach den Angaben der Gesellschaft ist außerdem Mitte Oktober in Odessa der 32 Jahre alte Jude Jakow Mesch verhaftet worden, der die Ausreise aus der UdSSR beantragt hatte. Schließlich wurde in Wilna der 63jährige Chemiker Ljudas Dambrauskas zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt. Er hatte schon in der Stalin-Ära 25 Jahre in Lagern verbracht. In seinem jetzigen Verfahren wurden ihm seine unveröffentlichten Lagererinnerungen zur Last gelegt.

Uruguay setzt auf Sanguinettis Kurs des „friedlichen Wandels“

Kandidat der Colorado-Partei zum Präsidenten gewählt / Linke schnitt schlecht ab

WERNER THOMAS, Miami

Das Wetter entsprach der Stimmung: An einem sonnigen Tag des südamerikanischen Frühsommers kehrte Uruguay nach einer elfjährigen Militärdiktatur zurück. Julio Maria Sanguinetti (48), der Kandidat der traditionsreichen Colorado-Partei, gewann die Präsidentschaftswahlen. Ein erwartungsgemäßes Ergebnis. Sanguinetti lag bei den Meinungsumfragen in Führung.

Die kleinste Nation Südamerikas wird keine radikale politische Kurskorrektur erleben. Sanguinetti gilt als Mann der Mitte. Die Colorados stehen heute etwas rechts von der Partido Nacional, der anderen großen Partei des Landes, die sozialdemokratische Ziele verfolgt. Früher war das umgekehrt.

Möglicherweise hätte die Nationalpartei diese Wahlen gewonnen, wenn ihr Führer Wilson Ferreira Berberio gewesen wäre. Der charismatische Politiker ist der prominenteste Häuflein des Landes. Er wird beschuldigt, in den siebziger Jahren die marxistischen Tupamaro-Rebellen unterstützt zu haben. Anfang dieser Woche entschied das Oberste Gericht über seinen Fall.

Alberto Zumarán (44), wie Sanguinetti ein Jurist und Journalist, der für Ferreira kandidierte, war vor wenigen Monaten noch weithin unbekannt. Sein Wahlkampf lief nur langsam an. Er konnte keine mitreißenden Reden halten und degradierte sich selbst mit dem Versprechen, daß er nur ein Übergangspräsident sein wolle. Wenn er gewinnen würde, werde er Neuwahlen ausschreiben, bei denen

dann Wilson Ferreira Kandidat sein könne. Dennoch lieferte Zumarán seinem Kontrahenten Sanguinetti schließlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Am Samstag bereiteten ihm 120 000 Anhänger einen begeisterten Empfang im Zentrum Montevideos, als er von seinen letzten Kundgebungen in der Provinz zurückkehrte.

Zumarán scheint nicht nur über seine Stellvertreter-Rolle gestolpert zu sein. Da er auch das Abkommen von drei Parteien – unter ihnen die Colorados – mit den Streitkräften wollte, das den Streitkräften gewisse Mitspracherechte für die Zukunft garantierte, grassierte die Angst vor einem neuen Militärputsch. Sanguinetti gelobte dagegen immer wieder einen „friedlichen Wandel“.

Als größte Überraschung wurde das schwache Abschneiden der dritten politischen Kraft des Landes gewertet, der linksgerichteten breiten Front des Generals Liber Seregni. Die Bewegung erhielt zwei Prozent weniger Stimmen als bei den letzten Wahlen vor 13 Jahren, 16 Prozent gegenüber 18 Prozent. Allerdings durfte Seregni nicht kandidieren, weil ihm die Militärs seine aberkannten politischen Rechte nicht zurückgegeben wollten. Neben Wilson Ferreira fehlte ein zweiter prominenter Politiker im Kandidatenkreis. Für die Breite Front bewarb sich ein alter Herr um die Präsidentschaft, Juan José Crotogini (76), ein ehemaliger Universitätsrektor.

Es war allgemein angenommen worden, daß die Seregni-Partei die Stimmen der meisten Jungwähler erhält, bei denen die Ressentiments ge-

gen die repressive Herrschaft der Streitkräfte am stärksten verbreitet sind. 631 000 uruguayische Bürger konnten am Sonntag zum ersten Mal wählen. Ein riesiges Wahlerpotential, um das die Linkskoalition eifrig warb. Offenbar haben aber viele junge Leute auch Sanguinetti und Zumarán gewählt.

Die Wahlen versetzten die Nation in eine Stimmung der Euphorie. Ein Aufbruch ging durch die Bevölkerung, daß die Militärs endlich abtreten. Es herrschte Feststimmung in Montevideo. Autofahrer veranstalteten ohrenbetäubende Hupkonzerte. Die Anhänger aller Parteien zogen mit Fahnen und Plakaten durch die Hauptstraße „18. Juli“. Es wurde gesungen und getanzt. Von der Freiheitsstatue wehte die rote Flagge der Kommunisten. Die Polizei, die vor wenigen Monaten noch jede politische Demonstration auflöste – unter Gewaltanwendung, falls notwendig – blieb passiv.

Der Wahlsieg verlief dagegen ruhig. Die meisten Menschen wählten bereits am Morgen und verbrachten den Nachmittag an den Stränden. Sanguinettis Triumph zeichnete sich bereits am späten Abend ab, als der Kandidat auf dem Balkon der Parteizentrale erschien und strahlend die Ovationen einer schnell wachsenden Menschenmenge entgegennahm.

Zumarán und seine Parteifreunde hoffen, daß Sanguinettis Kurs des „friedlichen Wandels“ auch eine Amnestie politischer Häftlinge – 500 Personen – einschließt. Sie denken besonders an Wilson Ferreira. (SAD) Seite 2: Der Sieger in Uruguay

Streit um Nordeuropas Sicherheit

Die kernwaffenfreie Zone bleibt für viele Skandinavier ein „naiver Traum“

R. GATERMANN, Kopenhagen

Der frühere dänische Ministerpräsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Anker Jørgensen fand mit seinem Vorschlag, eine nordeuropäische Parlamentarierkonferenz einzuberufen, die sich eingehend mit der Bildung eines kernwaffenfreien Nordeuropas befassen soll, weitgehend Zustimmung unter den ungefähr 200 Teilnehmern aus politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen sowie aus den Friedensbewegungen in Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Island. Sie waren in Kopenhagen zusammengekommen, um über das Thema „Kernwaffenfreies Nordeuropa“ zu diskutieren. Der Konferenz gelang es jedoch nicht, sich auf einen gemeinsamen bereits vorbereiteten Appell zu einigen.

An den zwei Konferenztagen wurde wieder einmal deutlich, wie sehr die Frage eines kernwaffenfreien Nordeuropas die politische Meinung in den fünf Ländern spaltet. Was Dänemarks konservativer Ministerpräsident Poul Schlüter als „oberflächliche und naive Träume von einer falschen Sicherheit“ bezeichnet, nannte der frühere Vorsitzende der norwegischen Sozialdemokraten Reulf Steen „den wichtigsten Beitrag, den die nordischen Länder zur Verhinderung einer Katastrophe leisten können“.

Die beiden prominentesten dänischen Redner, Poul Schlüter und

Anker Jørgensen, sorgten für eine kleine Überraschung. Der Regierungschef sah zwar keine realistische Möglichkeit für die isolierte Bildung einer solchen Zone, da sie derzeit nicht im Interesse der Supermächte liege. Glaubwürdige Garantien seien die wichtigste Voraussetzung für ein kernwaffenfreies Nordeuropa. Statt dessen plädierte Schlüter für ein „umfassendes europäisches Arrangement“ im Bereich der atomaren Abrüstung und nannte hier den Vorschlag der Palme-Kommission und der schwedischen Regierung für einen zentralen europäischen Korridor frei von nuklearen Schlachtfeldwaffen als Grundlage.

Anker Jørgensen betonte nachdrücklich, daß es für die dänischen Sozialdemokraten keine Alternative zur NATO-Mitgliedschaft gebe. Zwar wiederholte er den Parteitagebeschluss, sich für ein kernwaffenfreies Dänemark auch in Krisen- und Kriegzeiten einzusetzen; man denke allerdings nicht an einseitige Schritte. Dänemarks Kernwaffenfreiheit werde am besten in einem gesamtanordischen Rahmen oder noch besser in einem größeren europäischen Zusammenhang erreicht.

Jørgensen hätte es gern gesehen, wenn das Thema „Kernwaffenfreies Nordeuropa“ auf die Tagesordnung des Nordischen Rates und Ministerrates käme, aber dort sind außen- und sicherheitspolitische Fragen tabu,

worauf in Kopenhagen vor allem die Finnen verwiesen. Deswegen kam Jørgensens Vorschlag für eine nord-europäische Parlamentarierkonferenz. Ein Schritt weiter ging der norwegische liberale Parlamentsabgeordnete Helge Høem. Er meinte, nach den Parlamentswahlen in Schweden und Norwegen im Herbst 1985 sollte 1986 oder spätestens 1987 eine formelle Absichtserklärung abgegeben werden, worin sich die fünf Länder bereit erklären, aktiv und konkret für ein kernwaffenfreies Nordeuropa zu arbeiten.

Schwedens sozialdemokratischer Außenminister Lennart Bodström betonte, seine Regierung könne nicht zulassen, daß das Streben nach einem kernwaffenfreien Nordeuropa anderen Abrüstungsverhandlungen untergeordnet und von ihnen abhängig gemacht würde. Er vertrat gleichzeitig die Auffassung, daß „eine Zone im Norden, die nicht die Ostsee mit einbezieht, fast sinnlos ist“. In diesem Zusammenhang fordern die Schweden zudem, daß die Sowjetunion auf ihrem Territorium „Verdünnungszonen“ einrichtet, das heißt bereits stationierte Nuklearwaffen, die direkt auf Nordeuropa gerichtet sind, abzieht.

Poul Schlüter hatte zuvor erklärt, es bestehe die Gefahr, daß durch die Aufgabe der Kernwaffenabschreckung das Risiko eines Krieges mit konventionellen Waffen wachse.

Der Lenin-Kult irritierte Kinnock

Tschernenko empfing den Labour-Parteichef / Dialog mit Washington Hauptthema

dpa, Moskau

Die Sowjetunion will nach den Worten des britischen Labour-Parteichefs Neil Kinnock „so schnell und so konkret wie möglich“ die Ziele der geplanten sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsverhandlungen über Wetraum- und Atomwaffen abklären. Das erklärte Kinnock gestern nach einem knapp zweistündigen Treffen mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko vor Journalisten in Moskau.

Tschernenko habe keine Vorbedingungen für die Verhandlungen genannt, deren Gegenstand und Ziele der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und sein amerikanischer Kollege George Shultz im Januar bei einem Treffen in Genf abklären sollen. Er habe nicht ausgeschlossen, daß die Gespräche auf verschiedenen „hohen und niedrigen Ebenen“ geführt werden könnten. Auch der Zeitraum sei offengelassen worden, sagte Kinnock. Tschernenko sei „ganz klar in guter Verfassung“ gewesen.

Vor dem Treffen mit Tschernenko war Kinnock, der von Schattenaußenminister Denis Healey begleitet wird, mit Gromyko zusammengetroffen. Ein ursprünglich geplantes Treffen mit Michail Gorbatschow, Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär, fand nicht statt. Das führte in Moskau zu weiteren Spekulationen über die schon länger andauernde Abwesenheit des „zweiten Mannes“ im Kreml.

SAD, Moskau/London
In Leningrad leistete sich Kinnock ein Verhalten, das Sozialisten als

Blasphemie empfinden müßten. In Großbritannien würde man sich über von Majestätsbeleidigung sprechen: Kinnock hat am Geburtsort der bolschewistischen Revolution den Lenin-Kult kritisiert.

Parteifreunde des linken Flügels dahinter werden es ihrem Chef übel vermerken, daß er sich auf der Pilgerfahrt zu historischen Stätten so rasch langweilen konnte. Wegen purer Überforderung durch seine kommunistischen Gastgeber. Daß der Lenin-Kult so gar nicht nach seinem Geschmack war, ließ Kinnock sich bei seiner Führung durch das Smolny-Institut deutlich anmerken. Es war Lenins Einsatzzentrale, als die Bolschewisten 1917 losschlugen.

Erst führte man ihn in den Saal, wo Lenin den Rat der Volkskommissare ins Leben gerufen hatte, als erstes sowjetisches Machtorgan. In dem ehemaligen Ballsaal der Schule für Aristokratentöchter führte man Kinnock zu dem überdimensionalen Porträt von Wladimir Iljitsch. Die russischen Begleiter senkten die Stimme zu ehrerbietigem Flüsterton.

Als er den Saal verließ, sagte Kinnock zu seinem Team: „So ruft man eine Kirche ins Leben.“

Während Denis Healey fleißig fürs private Fotoalbum fotografierte und in lauten Scherzen mit den Fremdenführern seinem Aachener „Orden“ wider die tierischen Ernst: „Ehre macht, verdriekt Kinnock sich zu einer Gruppe Fernsehreporter und seufzte über das, was er da alles über sich ergehen lassen mußte. Seine Pressesprecherin Patricia Hewitt ließ später keinen Zweifel daran, daß Neil Kinnock nur sehr widerstrebend auf Le-

nins Spuren wandelte. Sie sagte: „Er hält von dem Lenin-Kult ganz und gar nichts.“

Als eine Führerin zu einem Vortrag über das schier übermenschliche Arbeitsvermögen Lenins ansetzte, drehte Kinnock ihr den Rücken zu. Die Dame schnurrte ab: „Lenin wachte immer mitten in der Nacht auf, erledigte Telefonate und gab Instruktionen.“ Kinnock zu seinem Stab: „Da hatte er wohl eine Wette laufen.“

Als einer Delegation gar die seltene Ehre zuteil wurde, in das Arbeitszimmer und die Aufenthaltsräume Lenins während der ersten Revolutionsmonate einen Blick zu werfen, ließ Kinnock sich seine Verärgerung über die Vergötterung des Revolutionsgründers noch deutlicher anmerken. Die Führer zeigten auf die einfache, eiserne Bettstatt Lenins, auf Fotografien seiner revolutionären Mitstreiter (wobei Trotzki abwesend war). Kinnock zu einem britischen Fernsehkameramann: „Das nächste Mal die Krippe von Bethlehem.“

Auch Denis Healey ließ es bei dem Besuch des Schreins der Oktoberrevolution an Ehrerbietung fehlen. Er zeigte im Smolny-Institut auf ein Gemälde und fragte: „Sagen Sie, ist der da nicht Tjotski? Seit wann darf man seinen Namen nicht mehr nennen?“ Der arme Führer war peinlich berührt; er verstummte.

Kinnock und Healey ließen sich ihren Blick nicht trüben. Auch dadurch nicht, daß man sie wie übermüdete Besucher verwahrloste und sie mit ihren Frauen in dem hohen Parkettionären vorbereiteten Zirkelraum einquartierte.

Für Privatversicherte zahlt sich kostenbewußtes Verhalten aus.

Voraussetzung für eine Beitragsrückerstattung ist, daß keine Leistungen in Anspruch genommen wurden. Obwohl die privaten Krankenversicherungen selbstverständlich auch kleine Rechnungen bezahlen, übernehmen viele Versicherte diese Beträge selbst, weil sie auf die Rückerstattung nicht verzichten wollen.

Auch moderne Selbstbeteiligungstarife fördern ein kostenbewußtes Verhalten und tragen damit zur Beitragsstabilisierung bei. Menschen, die bewußt gesund leben und sich gesund ernähren, finden in der privaten Krankenversicherung einen guten Partner.

Der private Krankenversicherungsschutz kann individuell gestaltet werden.

Seine Fortschrittlichkeit, Flexibilität und Leistungsfähigkeit werden zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Broschüre anfordern (kostenlos). – Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 51 10 40, 5000 Köln 51. Informationen erhalten Sie auch über Bildschirmtext *19078 #.

Die privaten Krankenversicherungen

Praktizierter Fortschritt





Jugendlich inszenierter Prolog: Szenenbild aus der neuen ZDF-Serie mit O. Koritzke, S. Riedel und A. Fröhlich FOTO: RÖHNERT

Leben im Internat: „Eine Klasse für sich“

Plauderei um Probleme

Da hat also Peter M. Thouet 28 Geschichten ersonnen, die das Vorabendprogramm des ZDF zieren sollen. Streng nach klassischen Vorstellungen der Einheit von Zeit und Ort geformt, vereint die Produktion Schüler und Schülerinnen eines Internats – Laien und Schauspieler – in der stets gleichbleibenden Halle des Internatsgebäudes. Da raufen sie, da lachen sie, da bereiten sie ihr Schulfest vor – es ist ein munteres Kommen und Gehen, ein schnissiges jugendliches Leben. Man beginnt sofort, Spaß an den jungen Menschen zu haben, man nimmt auch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß hier kein Durchhänger geduldet wird, daß das Handwerk dieser Filmemacher den goldenen Boden verdient: Sauber, auf Nut und Feder gefügt, läuft der Film ab.

Bis dann, nach zwei Folgen, das Bild sich verwandelt. Was als jugendliche Unbeschwertheit sich auf den Bildschirm gedrängt hatte, gerät mehr und mehr zu einer riskanten Leichtfertigkeit im Umgang mit Problemen; was als jugendlich inszenierter Prolog über die Rampe strahlte, entpuppt sich mehr und mehr und immer ärgerlicher als ein hübsches Tarnnetz, hinter dem sich ein geradezu trivialer Umgang mit den Problemen verbirgt, die den jungen Menschen in diesem Serienspiel Sorgen bereiten.

Da ist zum Beispiel ein junges Mädchen von einer sogenannten (nicht namentlich bezeichneten) Ju-

gendsekte angeworben worden. Niemand erfährt, warum sie sich scheinbar plötzlich zu Meditationsübungen veranlaßt sieht, niemand erfährt, warum sie (genauso plötzlich) in die wohlbehütete Internats-Welt zurückkehrt. Daß da ein Problem stecken könnte, geht offenbar den Filmautoren nicht auf. Und wenn, so ist ihnen das Problem offenbar nur Gegenstand einer kleinen Plauderei am

Rande. Ich spreche von der Redlichkeit, die hier fröhliche Defizite feiert.

Solche Beispiele liefert die Serie genug. Auf die Leichtfertigkeit angesprochen, die das oberflächliche Verwursten fragwürdiger Lebenserscheinungen aufzeigt, meinen die Verantwortlichen, in einer Spiellänge von 25 Minuten könne man Probleme nicht vertiefen und gewiß auch nicht lösen. Das heißt, daß die Programmhersteller voll bewußt der schreienden Unzulänglichkeit des Vorhabens waren, als sie trotz des minimalen Zeitangebots sich an so schwierige Dinge wie Alkoholismus oder Jugendseksen wagten. Da gilt keine Entschuldigung.

Die Serie heißt doppeldeutig: „Eine Klasse für sich.“ Wäre man nicht einer klassischen Freudschen Fehlleistung sicher, könnte man geradezu an snobistische Zynik denken. Aber wer wird schon? VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Rettung für den Wiener Krimi

Schon lange nicht mehr dürfen die Krimi-Liebhaber mit solcher Spannung auf einen Kriminalfilm gewartet haben, wie auf den Tatort „Der Mann mit den Rosen“ (ARD) mit dem neuen Wiener Oberinspektor Hirth, gespielt von Kurt Jaggberg. Es ging darum, ob die neue Formel aus Wien den Abstieg des österreichischen Krimis aufzuhalten vermag.

Unsere Nachbarn hatten lange Zeit mit den frühen Kottan-Filmen und den frühen Streifen mit dem Tatort-Oberinspektor Marek alias Fritz Eckhardt die besten deutschsprachigen Krimis produziert. Dann stach sie der Hafer – sie ließen sich gehen, und zwar auf typisch österreichische Weise: Sie haben das Gewürz des „Wiener Schmäh“, das in feiner Dosis unentbehrlich ist, sackweise gestreut, so daß beide Serien in Plumpheiten und fade Witzelein versankten.

Nun, Jaggberg hat es, zusammen mit Regisseur und Drehbuchverfasser Kurt Jurek geschafft. Die beiden haben den Wiener Krimi gerettet. „Der Mann mit den Rosen“, eine Geschichte von drei ineinandergeschlungenen Morden, ist noch kein Meisterwerk. Aber es ist der erste wirklich gute Kriminalfilm, der seit langer Zeit aus Wien gekommen ist. Die Handlung ist spannend, die Regie und Kameraführung perfekt, schauspielerisch bleibt alles, bis in die Nebenrollen hinein, glaubhaft. Vor allem aber: der Schmäh bleibt fein dosiert. Nichts wird mehr zu Tode geritten.

Jaggberg, der als Bezirksinspektor Wirtz der Gehilfe von Marek-Eckardt war, sollte sich nicht ärgern, daß Eckhardt diesen Namen nicht freigab.

und er sich nun als Oberinspektor Hirth nennen muß. Diesen Namen wird man sich merken, denn Jaggberg hat als Oberinspektor an menschlicher Fülle sehr gewonnen und ist wirklich ein „Kommissar“.

ARMIN MOHLER

Probleme mit dem Verruchten

Am Sonntagabend boten unsere Öffentlich-Rechtlichen tatsächlich ein Kontrastprogramm: Während das Erste „Tatort“-Spannung verhielt, erschütterte in den Dritten Eberhard Fechner's „Majdanek-Prozess“. Und die Mainzer tischten ein Heideunde-Weis-Special auf: Geld oder Leben.

Vier heitere Geschichten mit der exzellenten österreichischen Schauspielerei sollten uns ein besonderes Fernsehvergnügen bereiten – so die Ansage. Nun ja – im Fluge verging die Stunde zwar nicht, doch verplätschte sie sich leidlich unterhaltsam in artigen Episoden. Daß deren Witz und Originalität eher dünn waren, kann man Frau Weis nicht anlasten.

Gutgelaunt und mit bemerkenswert viel Mut zur Häßlichkeit gab sie ein altjüngferliches Mädchen. Schlüpfte in die Rolle der vernachlässigten Industriellengattin, wechselte dann hinüber zur attraktiven Mutter eines unscheinbaren Teenagers.

Nur das Verruchte scheint ihr nicht so passend auf den zierlichen Leib geschnitten („Traumfrau“ Gitta). Das muß Partner Robert Atzorn als verliebter Chiropraktiker auch erkannt haben – und entschied sich folglich für das normale Geschöpf unter der glamourösen Hülle.

CORNELIA REISER



Das neue, gebührenpflichtige französische Fernsehprogramm Canal Plus hat durch eine Gerichtsentscheidung bewirkt, daß eine Radiobastler-Zeitschrift von den Zeitungskiosken zurückgezogen wird. Die Zeitschrift erläuterte in einem

Artikel, wie ein Hobby-Bastler das Programm von „Canal Plus“ empfangen kann, ohne die Monatsgebühren in Höhe von umgerechnet 40 Mark zu zahlen. Gegen diesen Betrag erhalten die Abonnenten von „Canal Plus“ einen Decoder, der ihnen ein einwandfreies Bild gewährt. Die Zeitschrift „Radio-Plans“ hatte in einem ausführlichen Artikel verraten, wie man diesen Decoder selbst herstellen kann. SAD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
Nur über die Sender der ARD	Deutscher Spielfilm (1939)
10.00 Tagesschau und Tagesthemen	12.40 Tagesschau
10.25 Erste umhelfen	12.55 Presseschau
11.10 Menschen vom Variété	13.00 Tagesschau
16.00 Tagesschau	16.00 heute
16.10 Gottlieb-Sachen	16.04 Pinxten
Wie kann ich mich bloß befreien?	16.20 Schüler-Express
Keine Angst vor Aggressionen	Magazin für junge Leute
Aggressionen gab es immer	MacWürger und Co.
schon. Sie wurden und werden un-	17.00 heute / Aus den Ländern
terdrückt, ausgelobt, tabuisiert je	17.15 Tele-illustration
nach den gesellschaftlichen Spiel-	17.45 Wala Mama ist Hase!
regeln, je nach Sicht- und Al-	Trickreiches mit Bugs Bunny
terszugehörigkeit. Leonore Paurat	Anschl. heute-Schlagzeilen
zeigt in ihrem Film, wie Jugendlie-	18.20 Eine Klasse für sich
che, die über ihre häusliche oder	zweiteilige Fernsehserie. Geschich-
auch ihre soziale Umgebung vor-	ten aus einem Internat von Peter
belastet sind, mit Aggressionen	M. Thouet
umgehen in einer Gesellschaft,	19.00 heute
die ihnen wenig Chancen für ein	19.30 Das Geheimnis des Nikola Tesla
sinnvolles Leben läßt.	Jugoslavischer Spielfilm (1980)
16.55 Spaß am Dienstag	Mit Peter Bazovic, Orson Welles
17.00 Tagesschau	u. a.
17.50 Tagesschau	Regie: Krsto Papic
Darw. Regionalprogramme	Der Film schildert entscheidende
20.00 Tagesschau	Stationen im Leben des amerika-
20.15 Was bla ich?	nischen Physikers kroatischer Her-
Heiteres Beraterat mit Robert	kunft, Nikola Tesla (1856-1953).
Lembke	21.15 WISO
21.00 Passagen	Zur Person: Toni Frank – Glück und
Rechtsunsicherheit in der Partei-	Glas. Wie ein mittelständischer
entfremdung? / „Versuch“	Unternehmer Markterfolge pro-
Transport von Strafgefangenen /	grammiert / Tips: Mietkauti – Ein
Alliierte Rechte in Berlin	leidiger Zankapfel / Asien:
Moderation: Peter Götter	Wachstumsmarkt der Zukunft
21.45 heute	Moderation: Friedhelm Ost
Drama um Miss Elie	21.45 heute-journal
Während J. R. in Clayton Farlow's	22.00 Das blaue Band
Vergangenheit herumtschnüffelt	Französischer Spielfilm (1977)
und dabei ein lang geheutes Ge-	Mit Brigitte Fossey, Jacques Ser-
heimnis aufdeckt, gerät Miss Elie	rez u. a.
in große Gefahr ...	Regie: Jean-Charles Tacchella
22.30 Tagesschau	Woll beide ihre Unabhängigkeit
23.00 Tagesschau	lieben, kommen Mathias, ein ei-
Leitung: Dieter Zilligen	genbrüderlicher Junggeselle, und
Die neue Ausgabe des „Kultur-	Louise, eine lebenslustige Kran-
welt“-Magazins stellt heute ein	kenschwester, prima miteinander
neues Buch über den Grusel-	aus. In der Abgeschlossenheit des
spezialisten Alfred Hitchcock vor,	Landeslebens entwickelt sich eine
vergleicht abenteuerliche und	glückliche Beziehung. Doch das
klassische Reiseberichte, nimmt	Verhältnis zu den Einheimischen
verschiedene Okean-Ratgeber un-	gestaltet sich nicht ganz einfach.
ter die Lupe und zeigt ein inter-	23.45 heute
view mit dem österreichischen	
Schriftsteller Thomas Bernhard.	
0.00 Tagesschau	



John Pierpont Morgan (Orson Welles) wird für den Physiker Tesla zu einem wichtigen Förderer (Das Geheimnis des Nikola Tesla - ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Leit Hedman aus Argentinien
20.45 Rückblende
Vor 30 Jahren gestorben: Wilhelm Furtwängler
21.00 Formel Eins
21.45 Hier zu leben ist eine Schule für sich
Zwei Afrikaner in Düsseldorf
22.15 Drei vor Mitternacht
Fressen wir uns tot?
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Farnum
Türkenangst und Deutschlandliebe
21.15 Task Force Police
Barlows Probleme
22.05 Ich und Du
Heute: Keine Liebe ohne Krise
23.05 Schock dem Weltmeister
23.55 Nachrichten

HESSEN

19.00 Formel Eins
19.45 Nachrichte – slawisch oder nicht?
20.00 Fisch zu wien
Fernsehspiel
21.50 Drei aktuell
21.45 Kulturkaleender
22.15 Deutschland am 1500 – gesehen
von Albrecht Dürer
23.00 Vor vierzig Jahren
Nippon News vom 9. November
und 15. Dezember 1944

SÜDWEST

19.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendnachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.50 Abendnachrichten
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Heute in ... - Zeitsch - Gespräche
über eine Sehnsucht
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Kultur-Kaleender
21.00 Landespiegel
Quo vadis, SPD?
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Prozess
3. Teil: Urteile
22.45 Äthiopien
Hunger im Zeichen der Dürre
23.30 Science Report
23.45 Nachrichten

BAYERN

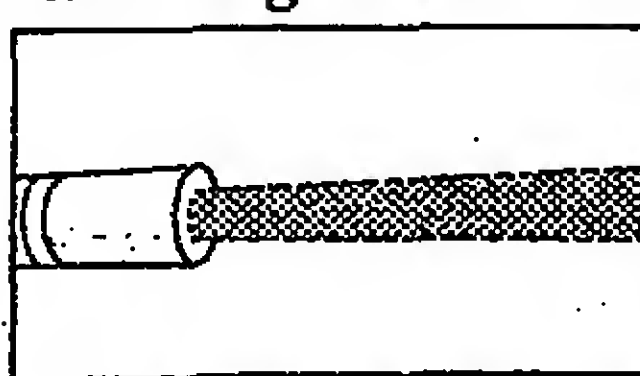
19.00 Der Prozess
3. Teil: Urteile
20.50 Erdweg
20.45 Die Sprechstunde
Mit Nadeln oder Tabletten gegen
Kopfschmerzen?
21.30 Rundschau
21.45 Die streitbare Eva
Portrait der Südtiroler Politikerin
Eva Klotz
22.50 Z. E. N.
22.55 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Anders?

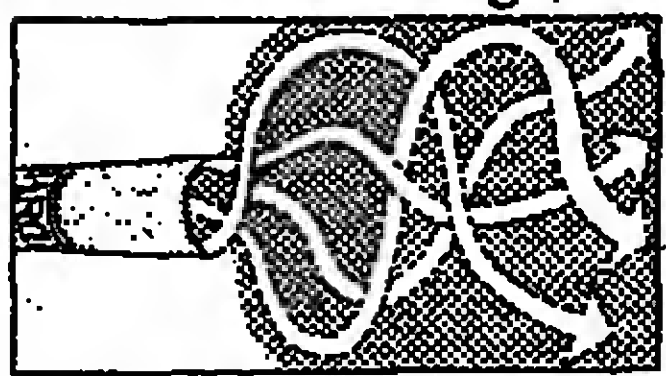
Neu. Die erstaunliche Barclays:
Kräftige American Blend – bei nur 1 mg Kondensat und 0,2 mg Nikotin (Durchschnittswerte nach DIN)

Ganz anders.

Die neue Barclays ist tatsächlich ganz anders: Sie ist die erste Kräftige, die eine Leichte ist! Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die erstaunlich niedrigen Werte einen wirklich angenehmen, leichten Rauchgenuss. Überzeugen Sie sich selbst.



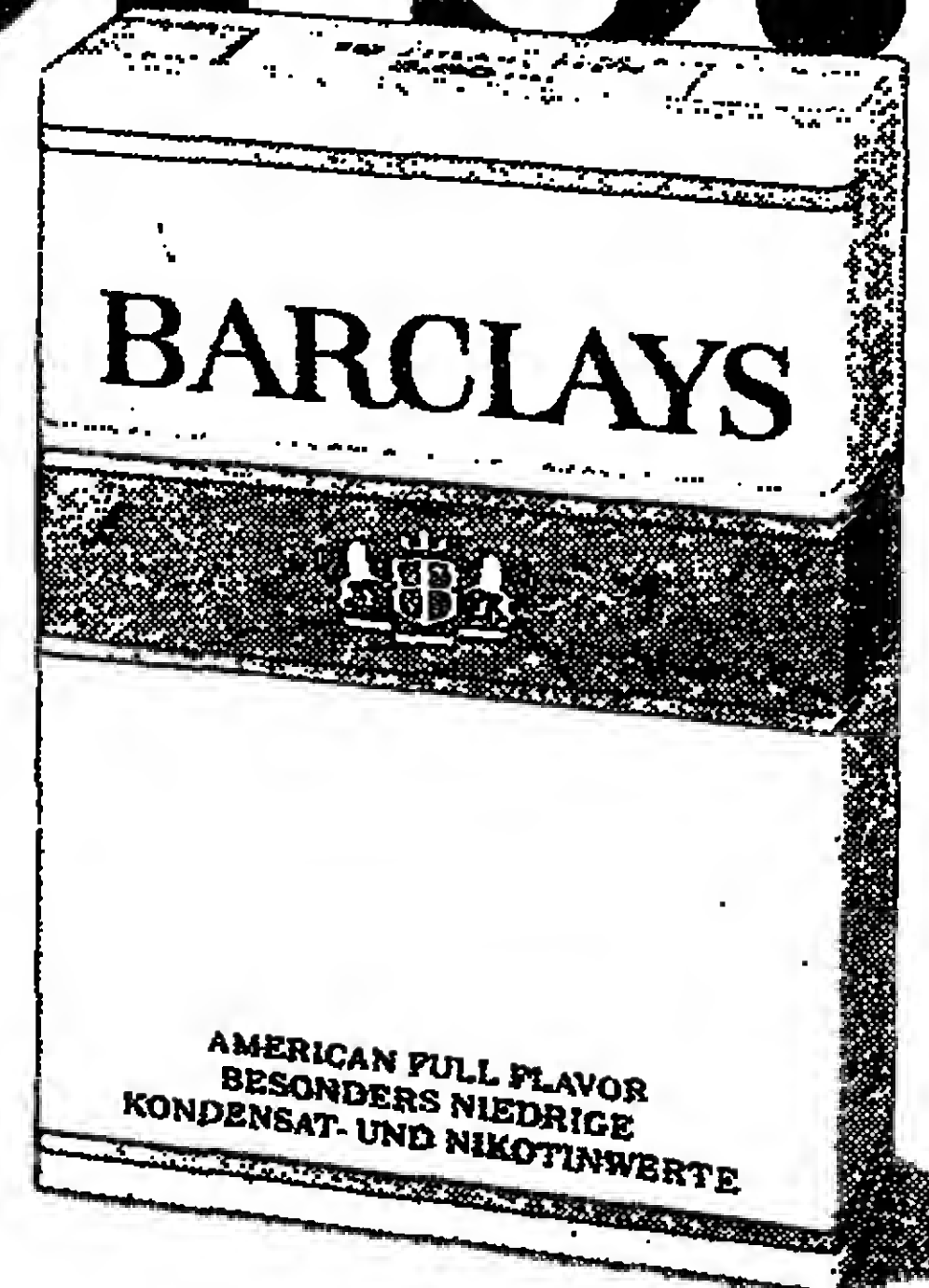
Bei herkömmlichen, ventilierten Filterzigaretten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Strahl an den meisten Geschmacksnerven vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie strömt die Luft durch vier seitliche Kanäle bis zu fünfmal schneller als der Rauch. So wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum stark verwirbelt und spricht dort sämtliche Geschmacksnerven an. Ergebnis: Mehr Geschmack.

Barclays.

Die erste Kräftige, die eine Leichte ist



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Folge der Richtlinien

„Wo man zu faul oder zu modern“ ist, Orthographiefehler auch in der Biologie- oder Sozialkundearbeit anzustreichen, da färbt das auch auf den Deutschunterricht ab.“ Zu dieser Aussage in Ihrem Kommentar „Ja, das Schreiben...“ in der WELT vom 15. November möchte ich einige kurze Anmerkungen machen.

● Wer ist überhaupt „man“? Eine solche grobe Verallgemeinerung, die einerseits von der Öffentlichkeit schnell auf alle Lehrer übertragen wird, von der sich andererseits aber auch kein Lehrer persönlich angesprochen fühlt, sollte einem Journalisten Ihres Blattes nicht unterlaufen.

● Was heißt hier, „man“ sei „zu faul“ bzw. „zu modern“, orthographische Fehler auch in anderen Fächern anzustreichen? Und was verstehen Sie genau unter „anstreichen“? Wir Lehrer sind zwar gehalten, Rechtschreibfehler in den Arbeiten zu verbessern, allerdings dürfen sich diese, außer in Deutsch, nicht in der Note niederschlagen. (Das gilt sogar für Übersetzungen aus der Fremdsprache ins Deutsche!) Hauptsache ist doch, der Schüler hat das Richtige gemeint!

● Diese in meinen Augen bedauerliche Unterbewertung der deutschen Sprache in anderen Fächern führt wohl weniger auf den Deutschunterricht ab, wie Sie es darstellen, als umgekehrt die mangelnde Deutschkenntnis und die mangelnde Ausdrucksfähigkeit im Deutschen ihren Niederschlag auch in allen anderen Fächern finden.

Doch woher sollen entsprechende Fähigkeiten im Bereich der Rechtschreibung kommen, wenn z. B. die entsprechenden Grundschul-Lehrpläne diesbezüglich in den letzten Jahren auf Druck der Öffentlichkeit hin „entfrachtet“ wurden? Der seit September 1982 gültige Lehrplan für das Land Bayern, das bildungspolitisch gesehen sicher weit davon entfernt ist, das Schlußlicht unter den Bundesländern darzustellen, enthält z. B. einen nach Jahrgangsstufen gegliederten Grundwortschatz von 985 (!) Wörtern, „der die schriftlich am häufigsten gebrauchten Wörter der deutschen Sprache umfaßt“, wozu natürlich auch „ich, du, er, sie, es, und, oder, ja, nein“ etc. gehören. Bei Diktaten darf im wesentlichen nur

dieser Wortschatz verlangt werden, wobei weiterhin wichtig ist zu wissen, daß es sich bei Diktaten in den meisten Fällen nicht um Fremdwörter handelt, sondern um „Nachschriften“, um bekannte und bereits mehrfach geübte Texte!

Ist es angesichts solcher Lehrpläne und solcher Schulpraxis nicht vielmehr erstaunlich, was unsere Schüler, Lehrlinge und Studenten letztlich doch noch im orthographischen Bereich an Leistungen erbringen? Vielleicht sollte „man“, d. h. diejenigen, die (zu Recht) Klagen führen über den Stand der Rechtschreibung bei unseren Jugendlichen, eher bei den Verantwortlichen in den Ministerien den Hebel ansetzen, um Veränderungen zu bewirken, als immer nur „der Schule“ die Schuld zu geben. Schließlich hat jede Gesellschaft die Schule, die sie verdient...

Mit freundlichen Grüßen
R. Sonnabend, Oberstudienrätin
Erlangen

Höchste Zeit

Sehr geehrte Damen und Herren, täglich liest man in den Zeitungen über die Spendenaffäre, wobei immer nur die FDP und die CDU beschuldigt werden. Ich habe noch von keinem Prozeß gelesen, der gegen Angehörige der SPD gemacht worden ist. Es wird also höchste Zeit, die Spenden an die SPD zu untersuchen, ganz gleich, ob diese von der Industrie, Gewerbe oder von den Gewerkschaften erfolgt sind. Ohne Spenden kann auch die SPD nicht existieren.

Die Beiträge an die Gewerkschaften sind steuerbegünstigt. Die Mittel, die die Gewerkschaft erhalten hat, können auch nur steuerbegünstigt ausgegeben werden. Da die Unterstützung einer Partei nach den letzten Prozessen nicht steuerbegünstigt war, so muß untersucht werden, ob Zahlungen der Gewerkschaft an die SPD nicht auch eine Steuerhinterziehung sind. Dies wäre die Aufgabe der Bonner Staatsanwaltschaft, die damit beweisen könnte, daß sie nicht parteipolitisch gebunden ist.

Mit freundlichem Gruß
E. von Wicken,
Monheim

Neuer Warenkorb

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Ihrem Artikel über die Neuordnung des Warenkorb zur Ermittlung der Lebenshaltungskosten möchte ich folgendes bemerken: Meiner Meinung nach haben „Luxusgüter“ und „Modartikel“ (Skateroller, Videorecorder) nichts in dem Korb zu suchen, da kein Mitbürger derartige Dinge zwingend benötigt. Außerdem verfälschen diverse Artikel den Index nach unten, da sie in den letzten Jahren viel billiger wurden.

Im Index sollten nur zwingend erforderliche Güter und Kosten, um die keiner herumkommt, enthalten sein, z. B. Grundnahrungsmittel, Mieten, Strompreise, Wassergeld, Fahrkarten, Versicherungen, Behörden- und Bankgebühren, Post-Leistungen, Kleidung, eventuell noch bestimmte Getränke, Benzin, Kreditzinsen. Da viele Institutionen und Firmen in den letzten Jahren bei den vorstehenden Produkten teilweise kräftig zugelegt haben, können bei einem so ermittelten Index erstaunliche Preissteigerungen heraus.

Wie wäre es z. B. als Gegenstück mit einem monatlichen Preisindex der WELT in Ihrem Wirtschaftsteil, auf obiger Basis ermittelt?

R. Meyer,
Schwarzenbek

Wort des Tages

„Leben wie Religion gehen aus einem Wechsel zwischen dem Ewigen und dem Vergänglichen hervor. Wir brauchen etwas Ständfestes, ein Element der Sicherheit. Es muß für uns etwas da sein, das wir empfangen und geben können – etwas, das zu gleicher Zeit begrenzt und unerschöpflich ist.“

Paul Claudel; franz. Autor und Diplomat (1868-1955)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zeilen sind, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Sensibel wie ein Bagger

Sehr geehrte Herren, unter der Überschrift „Wie kommen Christen in Eifers Armee?“ hat die WELT eine Debatte der Synode der EKD beschrieben. Als deren Mitglied bin ich – wieder einmal – betroffen.

Der Berliner Synodale und Friedensforscher Prof. Th. Ebert hat mit der obigen Fragestellung den Soldaten des letzten Krieges den Vorwurf der Anpassung gemacht und hiermit nicht nur die Frage nach der Anpassung in heutiger Zeit verbunden, sondern auch die „operative Umsetzung“ von Bekenntnissen in Taten gefordert; alles, wie ich meine, ein klassisches Beispiel für politische Agitation in der Kirche.

Mit freundlichen Grüßen
B. von Vietsch,
Seeborn-Jugendheim

Sehr geehrte Damen und Herren, als Krieger (Infanterie) des letzten Weltkrieges und als gläubiger Christ bin ich gewohnt, daß mich Jungtheologen mit der Sensibilität von Räumhagern hinterfragen. Sie können sich dabei auf ihren (kirchlich bescheinigten) „Betroffenheitsvorsprung“ berufen. Aber wer darauf entgegnet, etwa mit einem privaten Alibi, der geht unter sein Niveau. So wahr mir alle uns vor Gott verantworten müssen – diese sind unsere Richter nicht!

Wenn der Bruder Theodor Ebert (Jahrgang 1937) über die „operative Umsetzung von Bekenntnissen in Taten“ meditieren möchte, die er bei uns Kämpfern so vermisst, so bietet sich – „aktuell auf unsere Zeit übertragen“ – die jährliche Ausrottung einer mittleren Großstadt auf dem Wege der Abtreibung an, damit er daran Anstoß nehme.

Geht es um innere Wahrhaftigkeit als Richtschnur christlichen Handelns, so war Bruder Ebert ja schon Zeitgenosse der Celler Theologienkonferenz und ihrer Verlautbarungen.

Wir kämpfen nur darum, mit Hilfe des kirchlichen Machtapparats mitwirken zu können an der Zerschlagung des Kapitalismus... Wir werden daher jeder für sich versuchen, in die Kirche einzusickern. Wir werden die Kirchenleitungen belügen, so wie sie das schwarze Rock ein Roter steckt – ein Wolf im Schafspelz. Wir wollen die Kirche nicht reformieren, sondern revolutionieren. Wir sind linke Theologen, die sich zusammenschließen, um in der Kirche Raum zu schaffen

für ihre revolutionär politische Tätigkeit. Sozialisten aller Landeskirchen, vereinigt Euch!

Ich weiß, Bruder Ebert, in der EKD gilt so was als „heiliger Unruhe“. Man kann es aber auch als abgründige Verlogenheit betrachten, daß Kirchenmänner diesen Etikettenschwindel treiben und sich dennoch Kritik an anderen anmaßen.

Daß der deutsche Soldat ein Killer bzw. Mörder war, hält ihm die eigene Kirche seit Jahrzehnten vor – es bleibt sich ziemlich gleich, ob Theodor Ebert sich dafür entschuldigt oder nicht. Kritische Theologie und Psychoanalyse haben gemeinsam, daß sie mit dem Kunstgriff des Hinterfragens aus jeder menschlichen Tugend eine Infamie machen können.

Aber vielleicht hört man auf die Stimme eines Außenstehenden wie Arthur Koestler:

Wer je in einer Armee gedient hat, kann bezeugen, daß gegen den Feind gerichtete Aggressionsgefühle im trostlosen Einerlei des Krieges kaum eine Rolle spielen. Soldaten hassen nicht... Entweder sie kämpfen aus Resignation, weil sie keine andere Wahl haben, oder mit Begeisterung für König und Vaterland, die wahre Religion, die gerechte Sache – nicht von Haß, sondern von Loyalität getrieben... Die Tragödie des Menschen liegt nicht im Übermaß an Aggression, sondern im Übermaß an Hingabebereitschaft.

Als Synodaler mag Ebert diese Hingabebereitschaft aus Loyalität verurteilen – Koestler war immerhin kein Christ, sondern Jude – er darf sich damit trösten, daß dieses Laster im Raum der EKD im Schwinden begriffen ist.

Die Kirchenaustritte beweisen es.
Dr. Johannes Hufschmidt,
Jahrgang 1918
Solingen 1

Sehr geehrte Herren, wie kann ein Staat, der eine derartige Diskriminierung gefälliger und lebender ehemaliger Soldaten straflos zuläßt, ohne sich öffentlich von einer derartigen Äußerung zu distanzieren, erwarten, daß sich überhaupt noch jemand bereut, in der Zukunft mit der Waffe in der Hand sein Vaterland zu verteidigen.

Hochachtungsvoll
Dr. D. Mojer,
Hamburg 1

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Personalien

EHRUNGEN

Der Theologe Professor Helmut Thielicke ist in der Hamburger Hermann-Ehlers-Akademie mit dem diesjährigen Hermann-Ehlers-Preis ausgezeichnet worden. Mit dieser Auszeichnung soll die „beherzte wie überzeugende Verteidigung“ der christlichen Grundordnung durch das literarische und wissenschaftliche Werk des 75jährigen geehrt werden. Wie Stiftungsvorsitzender Kai-Uwe von Hassel zur Begründung für die Preisverleihung schreibt, habe Thielicke nicht zuletzt in seinen Predigten in der Hamburger Hauptkirche St. Michaelis mit „Sachkompetenz und Leidenschaft“ zu Fragen der persönlichen Lebensführung und des Zusammenlebens Stellung bezogen. Ohne Rücksicht auf seine eigene Person habe sich der Theologe dem nationalsozialistischen Regime widersetzt. Nicht geringer sei sein Einsatz gegen den heutigen Mißbrauch des christlichen Glaubens. Wie der frühere Bundestagspräsident weiter schreibt, habe Thielicke mit seiner theologischen Arbeit starken Einfluß auf die evangelische Kirche gewonnen, wobei die Auslegung der Heiligen Schrift das Zentrum der Arbeit bedeutet habe.

*

Der peruanische Botschafter in Bonn, Enrique Fernandez de Baredes, hat im Auftrag des Staatspräsidenten seines Landes, Fernando Belaunde Terry, den langjährigen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Düsseldorfer Messgesellschaft Nowea, Kurt Schoop, mit dem Rang eines „Comendador“ des Peruanischen Verdienstordens „al merito por servicios distinguidos“ ausgezeichnet. Mit der Verleihung wurden die Hilfe Schoops, heute Mitglied des Aufsichtsrates der Nowea, beim Aufbau des peruanischen Messewesens sowie seine Verdienste für den Ausbau der deutsch-peruanischen Wirtschaftsbeziehungen gewürdigt.

GEBURTSTAG

Hans Walter Wild, seit 1958 Oberbürgermeister der Festspielstadt Bayreuth, wird am Dienstag, 27. November, 85 Jahre alt. Der gebürtige Würzburger kam 1933 nach seinem zweiten juristischen Staatsexamen

zur Stadt Bayreuth. 1956 wurde er unter Oberbürgermeister Hans Kollwagen zum Rechtsrat, Finanz- und Polizeireferenten ernannt. Nach seiner Wahl zum berufsmäßigen Oberbürgermeister behielt er das Amt des Stadtkämmerers bis heute bei. Die fünfte und letzte Amtsperiode des SPD-Mitglieds endet am 30. April 1988. Der Jubilar gehörte von 1962 bis 1982 dem Bezirksrat von Oberfranken an. Als einer der dienstältesten Oberbürgermeister Bayerns ist Wild seit 1958 auch im Vorstand des Bayerischen Städteverbandes aktiv.

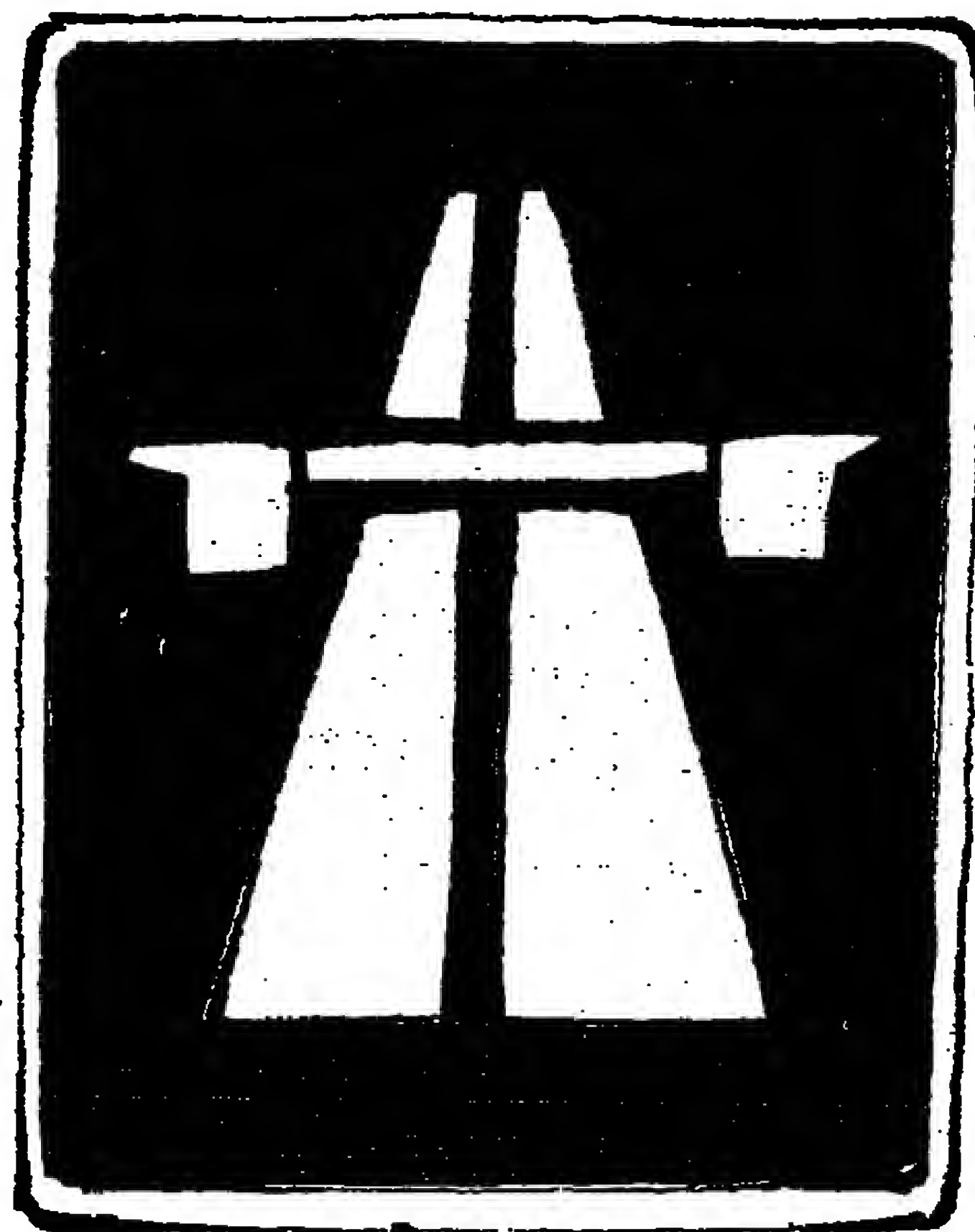
VERANSTALTUNG

Die im April gegründete Deutsch-Zimbabwische Gesellschaft mit Sitz in Bonn hat ihre erste öffentliche Veranstaltung in Bremen ausgerichtet: Ihre Ehrenpräsidentin ist Annemarie Renner, Vizepräsidentin des Bundestages. Der Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Bernhard Cridder, schiederte vor rund 40 Gästen aus Kreisen der Wirtschaft, Banken und Kaufmannschaft die katastrophale wirtschaftliche Lage seines jungen Staates. Cridder: „Trotz aller Anstrengungen wuchs unsere Wirtschaft nicht – ein Alptraum.“ Schwer zu schaffen machte insbesondere eine Dürrezeit von drei Jahren. Allein die notwendige Getreidezufuhr führte zu einer Devisenbelastung von über 250 Millionen US-Dollar. Das Präsidiumsmitglied der Deutsch-Zimbabwischen Gesellschaft und Gastgeber, der Bremer Außenhandelskaufmann Martin Stärken, sagte: „Das Ziel unserer Gesellschaft liegt in der Erweiterung der Basis für eine Zusammenarbeit in allen Bereichen zwischen unseren Ländern und Völkern. Daß bisher nur ein relativ geringes Investitionsvolumen aus der Bundesrepublik zu verzeichnen ist, sollte nicht als negatives Zeichen gewertet werden. Langfristige Engagements im Ausland brauchen Zeit.“ Präsident Wolfgang Beitz, Generalsekretär der Otto-Brennik-Stiftung, berichtete über die ersten Erfolge der neuen Gesellschaft: Mit ihrer Hilfe wurden 100 arbeitslose deutsche Lehrer nach Zimbabwe vermittelt. Die ersten 27 von ihnen reisen schon Ende dieses Jahres.

**Viele Kunden kommen zu uns,
weil sie das schnelle Geld wollen.**

**PostGiro. Sozusagen die Autobahn
des Geldverkehrs.**

Das Postgirokonto ist auf den Zahlungsverkehr spezialisiert. Ausschließlich. Es ist sehr preisgünstig. Es ist sehr schnell. Schnell, wenn die Überweisung auf ein anderes der über 4 Millionen Postgirokonto gehen soll. Das dauert nur ein bis zwei Tage. Selbstverständlich wird aber auch jede Überweisung auf ein Bank- oder Sparkassenkonto zügig abgewickelt. Überweisungen ins Ausland sind ebenfalls möglich. Sie kosten keine besonderen Gebühren, wenn sie für ein Postgirokonto bestimmt sind. Schnell ist das Postgirokonto für Sie auch, wenn Sie postwendend durch den tagesaktuellen Kontoauszug zu Hause erfahren, was sich auf Ihrem Konto bewegt hat. Aber das ist nicht alles. Wenn Sie sich einen Postgirokontoauszug ansehen, dann wird Ihnen auffallen, daß es dort nur eine Spalte mit Datumsangabe gibt. Das heißt: Im Augenblick einer Guthaben-Buchung können Sie auch schon über das Geld verfügen. Das ist nicht überall selbstverständlich. Sie müssen also nicht erst das Datum der Wertstellung abwarten, wenn Sie Überziehungszinsen vermeiden wollen. Diese zeitgleiche Buchung und Verfügbarkeit erleichtert kostensparende und prompte Planung sehr. Das wissen kluge Geschäftsleute zu schätzen. Und Privatleute auch, wenn sie es wissen. Natürlich leistet ein Konto, das auf den Zahlungsverkehr spezialisiert ist, alles, was im Zahlungsverkehr verlangt wird: Überweisungen, Ellüberweisungen, Scheckzahlungen, Zahlungen per eurocheque und Scheckkarte, Daueraufträge, Zahlungen per Lastschrift, Massenüberweisungen im Datenträgeraustausch und Ein- und Auszahlungen von Bargeld überall bei der Post. Mit einem Postgirokonto kommt jeder besser vorwärts. Der Privatmann, der ein schnelles Konto braucht. Die Wirtschaft, die im Zahlungsverkehr rationalisieren will. Wenn ein Service sehr spezialisiert ist, kann er natürlich auch sehr rationell und damit sehr kostensparend organisiert werden. Alles ist zentralisiert bei nur 13 Postgiroämtern. Sehr günstige Gebühren sind die Folge. Das ist ganz im Sinne des Gesetzgebers. Denn ein zügiger, kostensparender Zahlungsverkehr für alle ist für die Volkswirtschaft genauso wichtig wie etwa der Straßenverkehr für alle. Deshalb hat die Post diese Aufgabe übernommen. Nur für Sie.



PostGiro. Das clevere Konto. Post

FUSSBALL / Noch Fragezeichen hinter Magath

Rummenigge fühlt sich keineswegs als Rächer

Sid, Hamburg. Schon seit der Auslosung fiebern die Fans dem UEFA-Pokalspiel zwischen dem Hamburger SV und Inter Mailand (ab 18.55 Uhr live im ZDF) entgegen. Manager-Günter Netzer hätte für die morgige Begegnung im Volksparkstadion leicht 100.000 Karten absetzen können. Nachfragen gab es aus ganz Europa.

Sorgte der italienische Traditionsclub bereits für großes Interesse, so wurde die Begegnung durch das Mitwirken von Karl-Heinz Rummenigge nochmals aufgewertet. Und ausgerechnet der frühere Münchner soll eine italienische Fußball-Schmachtilge sein.

Der zu Saisonbeginn für zehn Millionen Mark nach Mailand gewechselte Deutsche soll Juventus Turin rächen. Die Italiener erwarten von ihm, daß er die 0:1-Niederlage im Europapokalfinale von 1983 in Athen gegen den Hamburger SV ausmerzt.

Gleich nach der Auslosung hatte Juventus-Boss Gianni Agnelli seinen Kollegen von Inter Mailand, Ernesto Pellegrini, angerufen und gefordert: „Jetzt muß euer Deutscher uns gegen den Hamburger SV rächen.“ Doch Rummenigge will von dieser Rolle nichts wissen. „Ich werde mich wie immer voll und ganz für Inter einsetzen, aber ich fühle mich keineswegs als Rächer“, erklärte er.

Rummenigge weiß, daß die Hamburger in Italien einen guten Ruf genießen. „Nach dem Erfolg von Athen ist der HSV hier eine berühmte Mannschaft.“ Und auch das, was die Mailänder vom HSV in dieser Saison gesehen haben, verlangt ihnen Respekt ab. Nach dem Betrachten einer Video-Aufzeichnung des Hamburger Bundesligaspiels gegen den 1. FC Köln (3:1) gab Rummenigge die einhellige Meinung seiner Kameraden wieder: „Die Hamburger sind gerade zur rechten Zeit stark geworden.“ Die Bemerkung fiel allerdings noch vor der 2:4-Niederlage der Hamburger im Düsseldorfer Rheinstadion.

Daß ihn die 81.000 Zuschauer im Volksparkstadion als Fahnenflüchtigen auspfeifen könnten, glaubt der ehemalige Bayern-Star nicht. „Ich habe eigentlich nie Probleme mit dem

STANDPUNKT / Zynismus

Olympia braucht keine Profisportler.“ Der englische Weltrekord-Läufer Sebastian Coe hat dies gesagt. Das ist ebenso erstaunlich wie peinlich. Denn kein anderer hat die Kommerzialisierung in der Amateursportart Leichtathletik so vehement vorangetrieben wie er.

Sebastian Coe war es doch, der schon 1981 für ein Salär von rund 70.000 Mark in Brüssel zum Weltrekord antrat. Er war es doch, der zusammen mit seinem Vater Peter und der amerikanischen Werbeagentur McCormack die Vermarktung seiner Fernduelle mit seinem englischen Landsmann Steve Ovett via amerikanisches Fernsehen in schwindelerregende Höhen trieb. Er war es doch, der die Veranstalter der großen Sportfeste finanziell entlastete, weil er die Geldgeber für seine Rennen gleich mitbrachte. Er war es doch, der Werbeverträge von atemberaubender Höhe abschloß, um immer nur lächelnd im englischen Fernsehen aufzutreten. Er war es doch, der den englischen Leichtathletik-Verband veranlaßte, ihm ein stattliches Salär dafür zu garantieren, damit er auch hin und wieder mal zur Elite-Großbritanniens im Nationaltrikot antrete.

Kein Leichtathlet war bei der Nutzung seiner Geschäftsbilder so gewitzt wie Coe. Da gab es zum Beispiel die raffinierte Variante, daß der Amateur Sebastian Coe nichts verdiente, sein Vater aber kassierte.

Nun sagt jener smarte Geschäftsmann: „Olympia braucht keine Profisportler.“ Gehen wir mal davon aus, daß Coe dieses im vollen Bewußtsein der Lage gesagt hat und nicht, weil er vielleicht mal ein paar Runden schon zu viel gelaufen ist, dann ist dies der blanke Zynismus, eine Heuchelei, die sich in ebenso schwindelerregenden Höhen bewegt wie seine Gagen.

K. Bl.

SCHACH / Große Pleite des deutschen Teams

Stärkere nicht dabei: Großmeister vergrault

LUDEK PACHMAN, Bonn. Die bisherigen Resultate der deutschen Mannschaft bei der Schach-Olympiade in Saloniki können kaum Begeisterung erwecken. Nach dem blamablen 23.-30. Platz in Malta 1980 und dem 15. Rang in Luzern 1982, wird es wohl auch diesmal kein Endresultat geben, das dem einstigen hervorragenden Ruf des deutschen Schachsports gerecht würde. Nach dem 2:2 gegen Indien rangiert das deutsche Team auf Platz 25.

Gründe? Die deutsche Mannschaft tritt in Saloniki ohne zwei Großmeister an, die in der Vergangenheit stets zu ihren unentbehrlichen Stützen gehörten und deren Leistungen auch heute noch höher einzustufen sind, als die von mindestens vier Mitgliedern der aktuellen Mannschaft.

Lothar Schmid wollte in Griechenland mitspielen, wurde jedoch aus der Mannschaft herausmanövriert. Zwei Mitglieder der Nationalmannschaft wollten nämlich auf ihre Teilnahme verzichten, falls Schmid aufgestellt werden würde. Schmid hat danach seine Anmeldung zurückgezogen, doch einer seiner beiden Kritiker - Helmut Pfleger - ist jetzt in Saloniki nicht als Spieler, sondern nur als Reporter dabei.

Falls nun der Deutsche Schachbund die Nichtnominierung von Lothar Schmid als „Mißverständnis“ bezeichnen sollte, ist dies keine Erklärung, sondern eher ein Geständnis, weil man es nicht wagt, mit voller Autorität von den Spielern die notwendige Disziplin zu verlangen.

Wolfgang Unzicker, der zweite in Saloniki fehlende Großmeister, hat sich gegen seine Teilnahme entschieden, wobei seine Erfahrungen aus Luzern die wichtigste Rolle gespielt hätten. Auch er kann sich mit Recht über ein unkollegiales Benehmen seiner Kollegen - vor allem des jüngsten Mitglieds der Mannschaft aus dem Jahre 1982, Eric Lobron - beschweren. Wenn ein sonst so hervorragender Spieler ein einziges Mal in der Mannschaft ein Formtief erlebt, darf es doch kein Grund dafür sein, seine Qualitäten sofort völlig in Frage zu stellen.

Unzicker und Schmid habe ich selber in vielen Kämpfen - auch in Mannschaftskämpfen - als recht un-

HANDBALL

Essen legte Protest ein

sid/dpa, Essen. Der deutsche Vizemeister TUSEM Essen kündigte beim Internationalen Handball-Verband (IHF) gegen die 17:23-Niederlage bei Proleter Zrenjanin im Achtelfinale des IHF-Pokals Protest an. Nach dem 21:16-Sieg im Hinspiel waren die Essener durch diese Niederlage aus dem Wettbewerb ausgeschieden.

Der Bundesligaklub wirft den beiden ungarischen Schiedsrichtern Szendrey und Szombely vor, das Spiel in der mit 4000 Zuschauern ausverkauften Halle zwölf Sekunden zu früh abgepfiffen zu haben. Dadurch konnte der Treffer von Frank Gersch zum 18:23 - die Essener wären damit im Viertelfinale gewesen - nicht an-

OLYMPIA

Willi Daume warnt vor Fernsehen

dpa, Lausanne

Vor der ökonomischen Abhängigkeit als einer „tödlichen Gefahr“ für die olympische Bewegung hat Willi Daume in Lausanne gewarnt. In einer Rede beim Symposium „Medien, Sport und Olympismus“ (SISMO 84) sprach der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland über „Zukunftsperspektiven von geradezu Orwell'schen Dimensionen“.

In seinem Resümee zum Abschluß des vierstägigen Treffens erklärte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch: „Die olympische Bewegung benötigt Geld. Geld ist wichtig.“ Es gebe jedoch eine Grenze, die nicht überschritten werden dürfe: „Der Sport muß gemanagt werden durch Sportmanager und nicht durch Manager der Wirtschaft oder der Kommerzialisierung.“

In Anspielung auf die Forderung der amerikanischen kommerziellen Fernsehens auf Verschiebung im Programm der Olympischen Spiele 1988 in Seoul sagte Daume: „Und wie wird diese Entwicklung weiter eskalieren? Hat das Fernsehen zunächst einmal eine solche Machtposition aufgebaut, wird es möglicherweise weitere Forderungen geben, z. B. in der Begrenzung der Sportarten für Olympische Spiele, also nur die sehr telegenen Disziplinen wären erwünscht.“

Wenn der olympische Sport nach der politischen auch noch in eine solche ökonomische Abhängigkeit gerate, „braucht man nicht mehr viel Phantasie, um das Ende der Olympischen Spiele vorauszusagen“. Samaranch erklärte, daß neben dem internationalen Leichtathletikverband auch die Schwimmer und Turner in Seoul beim traditionellen Zeitplan bleiben wollen. Georges Croes, Vize-Präsident von ABC, hat die Kritik Daumes „eine Verteufelung“ genannt.

TENNIS

Schropp überraschte angenehm

sid, Melbourne

Einen gelungenen Auftakt erlebten die deutschen Teilnehmer bei den 73. Internationalen Offenen Tennismeisterschaften von Australien. Mit Myriam Schropp, Steffi Graf, Hans-Dieter Beutel, Boris Becker und Andreas Maurer erreichten gleich fünf Spieler in Melbourne die zweite Runde.

Die erfreulichste Leistung bot dabei die 18-Jährige Myriam Schropp. Die Heidelbergerin, Nummer 70 der Welttrangliste, besiegte die Französin Catherine Tanvier, die 43. Plätze über ihr eingestuft ist, mit 6:4, 7:5.

„Eine Chance rechnet man sich immer aus, aber an einen so glatten Sieg hätte ich vorher nicht zu denken gewagt“, erklärte Myriam Schropp nach dem Spiel. Vor der nächsten Begegnung, wo sie auf die Amerikanerin Chris Evert-Lloyd trifft, bleibt sie allerdings realistisch. „Gegen Chris wird wohl niemand von mir eine Sensation erwarten, da kann ich ganz locker aufspielen“, sagt sie selbstbewußt.

Einen klaren Sieg verbuchte auch die 15-Jährige Steffi Graf (Heidelberg). Die Siegerin des Demonstrations-Turniers bei den Olympischen Spielen in Los Angeles bezwang die Amerikanerin Sandy Collins sicher mit 6:2, 6:4. Als erste der deutschen Damen ist dagegen die Augsburgerin Petra Kappeler ausgeschieden. Sie unterlag der Linkshänderin Iva Budarova aus der CSSR mit 2:6 und 1:6.

Von den deutschen Herren schied neben dem Stuttgarter Damiir Kerec, der gegen den Briten Stephen Shaw mit 3:6, 5:7, 4:6 verlor, auch Eric Jelen in der ersten Runde aus. Der Neusser unterlag dem früheren deutschen Meister Hans-Dieter Beutel (Hannover) mit 6:4, 6:7, 4:6, 2:6.

Ohne Mühe setzte sich Boris Becker (Leimen) mit 6:3, 6:1, 6:3 gegen Rick Meyer (USA) durch, und auch Andreas Maurer war bei seinem Sieg über den Südafrikaner Carl Limberg (6:2, 6:3, 3:6, 6:3) nie gefährdet.

SPORT-NACHRICHTEN

Pokalspiel vorverlegt

München (dpa) - Das DFB-Pokalspiel zwischen Titelverteidiger FC Bayern München und Waldhof Mannheim, das für den 22. Dezember vorgesehen war, wird bereits am 4. Dezember (20 Uhr) im Münchner Olympiastadion ausgetragen. Am 22. Dezember findet das letzte Bundesligaspiel des Jahres zwischen Waldhof Mannheim und dem 1. FC Köln statt.

Rote Karten

Düsseldorf (sid) - Durch zwei rote Karten am 17. Spieltag der Zweiten Fußball-Bundesliga erhöhte sich die Zahl der Platzverweise in dieser Saison auf 17. Am vergangenen Wochenende wurden Flad (BW Berlin) und Philipowski (St. Pauli) vom Platz gestellt.

Tötsch Slalomsieger

Sansicario (dpa) - Der Italiener Oswald Tötsch gewann überraschend in Sansicario bei den World Series des ersten Spezialslalom der Weltmeisterschafts-Saison 1984/85. Der Italiener siegte vor dem Jugoslawen Bojan Krizaj und dem Bulgaren Petar Popangeloff.

Hente Bundesliga

Düsseldorf (sid) - Um den Anschluß an Tabellenführer Bayern München geht es heute im Nachholspiel der Bundesliga zwischen Bayer Uerdingen und dem 1. FC Kaiserslautern. Das Spiel beginnt um 20.00 Uhr.

Sport in Zahlen

FUSSBALL

Zweite Liga: Solingen - Duisburg 1:1 (0:1), Wattenscheid - Köln 4:1 (2:1), Oberhausen - Saarbrücken 2:1 (0:1).

VOLLEYBALL

Bundesliga, Männer, 10. Spieltag: Paderborn - Berlin 3:1, München - Passau 3:2, Fort. Bonn - Friedrichshafen 3:2, Gießen - Leverkusen 3:2, vorgezogenes Spiel: Hamburg - Friedrichshafen 3:0. - Damen: Stuttgart - Münster 0:3, Lohhof - Oythe 1:3, Augsburg - Langenhorn 3:0, Schwerte - Feuerbach 0:3, Vilsbiburg - Rüsselsheim 2:3, Vilsbiburg - Münster 1:3.

RAISPORT

Sechstagerrennen in Gent, Endstand: 1. Frank/Oersted (Dänemark) 353 Punkte, 2. Tournou/de Wilde (Belgien) 332, 3. Clark/Doyle (Australien/England) 326.

EISHOCKEY

Bundesliga, 18. Spieltag: Schwenningen - Düsseldorf 3:2, Rießersee -

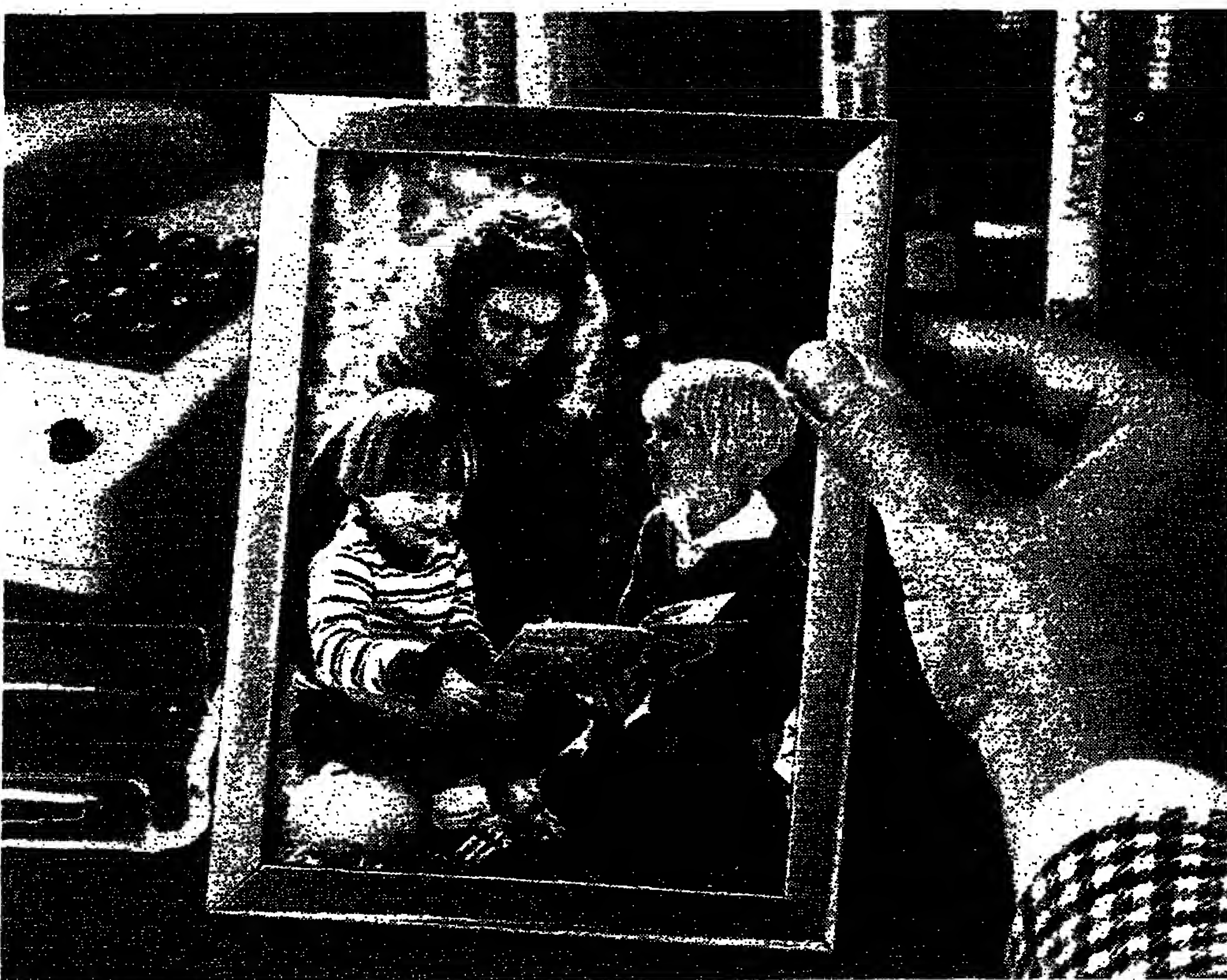
Mannheim 1:6, Köln - Kaufbeuren 6:6, Landshut - Rosenheim 2:7, Iserlohn - Essen-West 3:4. - Tabelle: 1. Rosenheim 99:48 Tore/228 Punkte, 2. Köln 85:56/25:11, 3. Mannheim 101:69/23:13, 4. Landshut 80:73/22:14, 5. Schwenningen 65:71/21:15, 6. Kaufbeuren 66:76/19:17, 7. Düsseldorf 72:70/18:20, 8. Iserlohn 72:80/14:23, 9. Rießersee 56:81/10:26, 10. Essen-West 45:141/2:34.

SCHACH

Olympiade in Saloniki, 7. Runde, Herren: Deutschland - Indien 2:2 (Kindermann - Thipany 1:0, Hecht - Bavi-Sekhar 1:0, Ostermeier - Anand 0:1, Lau - Mitbrakuth 0:1). - Damen: Deutschland - Schottland 3:0 (Hund - Milligan 1:0, Fischdick - Coull 1:0, Voklarova - McLure 1:0).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette, 6 aus 45: 13, 26, 36, 40, 41, 43, Zusatzspiel: 31. - Rennquoten: Rennen A: 7, 12, 15. - Rennen B: 28, 29, 26. (Ohne Gewähr).



Unser VR-Vorsorgeplan* macht Ihre Lebensplanung zukunftsicher.

Sie wollen Ihre Familie sichern, für bestimmte Lebenssituationen finanziell vorsorgen? Dazu gibt es für Sie jetzt bei uns ein neues Konzept: unseren VR-Vorsorgeplan. Sie können damit die Vorteile, die zwei bewährte Wege der Eigenvorsorge bieten, gemeinsam nutzen:

- die ertragreiche Geldanlage bei uns,

- den gezielten R + V Versicherungsschutz für Ihre Familie.

Sagen Sie uns, welche Vorsorgeziele Sie haben, und Sie bekommen von uns den ganz persönlichen VR-Vorsorgeplan, den Sie brauchen. Wir beraten Sie gern - auch wenn Sie noch nicht Kunde bei uns sind.

* mit R + V Versicherungsschutz mit Bonus bis zu 40% auf die eingezahlten Beträge

Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Washington schließt ein Moratorium aus

AFP, Washington

Die Möglichkeit eines Moratoriums für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa hat der Sicherheitsberater von US-Präsident Ronald Reagan, Robert McFarlane, ausgeschlossen. Damit wies er Spekulationen zurück, wonach sich die USA nach der Ankündigung des Treffens der Außenminister Shultz und Gromyko Anfang Januar in Genf zu verschiedenen Konzessionen an die Sowjetunion bereit erklärt haben sollen. McFarlane stellte klar: Ein solches Nachstrichmoratorium wäre „nicht zufriedenstellend und keine Lösung“. Nach seiner Auffassung verfügen die Sowjets bei den Mittelstreckenwaffen gegenwärtig noch über einen Vorsprung im Verhältnis von 10:1. Die USA seien um Ausgeglichenheit bemüht. Um dies zu erreichen, gebe es mehrere Möglichkeiten. Washington werde sich flexibel zeigen, und wenn die Sowjets ebenfalls guten Willen bekundeten, bestünden gute Hoffnungen für einen Fortschritt. Nach den Angaben des Sicherheitsberaters hat der bisherige amerikanische Delegationsleiter bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen, Paul Nitze, gute Aussichten, als Sonderberater von Außenminister Shultz bei den Verhandlungen ernannt zu werden. Allerdings seien noch andere Politiker im Gespräch.

Sinowatz sprach in Moskau mit Tichonow

dpa/AP, Moskau

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz und Außenminister Leopold Gratz sind gestern zu zweitägigen politischen Gesprächen aus Weißrußland in Moskau eingetroffen. Am Flughafen wurden sie von Ministerpräsident Nikolai Tichonow und Außenminister Andrej Gromyko begrüßt. Nach Gesprächen mit Tichonow, bei denen es nach österreichischen Angaben auch um die neutrale Stellung des Landes in der gespannten internationalen Lage geht, wird Sinowatz möglicherweise vor dem Rückflug auch von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko empfangen. Am Wochenende hatte Sinowatz in der weißrussischen Stadt Schlopin ein von „Vost Alpine“ errichtetes Kompaktstahlwerk eröffnet.

Dem Osteuropa-Korrespondenten der WELT mit Sitz in Wien, Carl Gustaf Ström, der Sinowatz auf seiner Moskau-Reise begleiten wollte, ist die Einreise in die UdSSR verweigert worden. Die österreichische Presseagentur APA, die über den Vorgang berichtete, machte keine Angaben über die Begründung der Ablehnung der Einreise. Als einer der Gründe für die Absage des Polen-Besuches von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war die Weigerung Warschaws genannt worden, Ström die Einreise zu gestatten.

Rumänische KP: Kampfkraft verbessern

AP, Bukarest

Der in der vergangenen Woche zu Ende gegangene Parteitag der Kommunistischen Partei Rumäniens hat das Zentralkomitee aufgefordert, für die Verbesserung der Ausrüstung und Ausbildung der Streitkräfte Sorge zu tragen. Die Empfehlung ist in einer Entschließung enthalten, die gestern von der rumänischen Nachrichtenagentur Agerpres veröffentlicht wurde.

Angeht es um die komplizierte internationale Lage beauftragte der Parteitag das ZK, sich der Fortentwicklung der Streitkräfte, einer Verbesserung der Kampfkraft und der politischen Ausbildung zu widmen. Die Streitkräfte müßten mit der notwendigen Gefechtsausrüstung ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgabe erfüllen könnten, die revolutionären Errungenschaften, die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes unter allen Umständen zu verteidigen, hieß es in der Resolution.

Die rumänische Regierung hatte vor zwei Jahren ungeachtet sowjetischer Forderungen nach Ausbau der Verteidigung die Steigerung ihrer Militärausgaben bis zum Jahr 1985 bei 3,3 Prozent – so die offiziellen Angaben – eingeführt. Eine direkte Forderung nach Erhöhung des Verteidigungshaushaltes enthielt die Parteitagresolution nicht.

IG Bergbau: Aus unserer Kasse keine Spenden an Parteien

Gewerkschaftstag in Dortmund mit Appellen an Bundeskanzler Kohl eröffnet

GÜNTHER BADING, Dortmund Mit einem Bekenntnis zur Verantwortung der Gewerkschafter für den Erhalt des demokratischen Staatwesens hat der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, gestern in Dortmund den 13. Gewerkschaftskongress seiner Organisation eröffnet. Unter Hinweis auf die Diskussion um die Parteispenden sagte Schmidt, der in den Wahlen am Mittwoch ein letztes Mal kandidieren wird, aber schon im kommenden Jahr aus Altersgründen ausscheiden möchte, „Wir haben zu sehen, daß als Folge von Fehlverhalten einzelner sich Mißtrauen gegen unseren Staat, gegen seine Organe und gegen die Parteien, die ihn tragen, dort breit macht, wo Zutrauen hingehört.“

Seine Gewerkschaft habe nie Spenden an politische Parteien geleistet, sie werde auch nie welche leisten. Zwar sei man sich der Bedeutung und der „Unverzichtbarkeit“ von Spenden bewußt. Aber: „So wichtig Geld auch sein kann, die wichtigste Aufgabe bleibt doch immer, mit Wahrheit, Klarheit, Wahrhaftigkeit und Vorbildlichkeit um die Zuneigung und Hinwendung der Bürger zu ihrem, unserem Staat, seinen Trägern und Repräsentanten zu werben.“

Schmidt fügte hinzu: „Weder unser Staat noch unsere Parteien stehen zur

Disposition.“ Das Problembewußtsein dürfe in der Einheitsgewerkschaft nicht zur Resignation führen.

Der IG-Bergbau-Vorsitzende richtete an Bundeskanzler Helmut Kohl, der an der Eröffnungsfest teilnahm und ein Grußwort an die 300 Delegierten richtete, die Aufforderung, sich gegen die Verwirklichung der Pläne in der CDU/CSU-Fraktion einzusetzen, die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes zu ändern. Die Unionsfraktion möchte, unterstützt von der FDP, einen Mindesteinstimmungsrecht im Betriebsverfassungsgesetz verankern, der auch anderen als den DGB-Gewerkschaften zu Einfluß verhelfen könnte. Außerdem sollen Sprecherausschüsse für die leitenden Angestellten gesetzlich verankert werden.

Schmidt bot indirekt auch hier Gesprächsbereitschaft der DGB-Gewerkschaften an. Er hat Kohl, diese geplante Novellierung zu verhindern, und gemeinsam mit dem DGB und seinen Gewerkschaften eine „neue, zeitgerechte Novellierung“ des Betriebsverfassungsgesetzes auf den Weg zu bringen.

Neben dem Bundeskanzler und seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt nahmen auch SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel und

der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau an der Eröffnungsfest des Gewerkschaftskongresses teil.

Die 300 Delegierten werden sich hauptsächlich mit Fragen der Wirtschafts- und der Tarifpolitik, aber auch mit allgemeinpolitischen Anliegen zu befassen haben. Zentrales Thema des Leitantes des Gewerkschaftsvorstandes ist die Sicherung des Friedens. In dem Antrag Nr. 1 heißt es, die ernste Sorge um den Weltfrieden sei nicht unbegründet. „Insbesondere die anhaltende sowjetische Besetzung Afghanistans, der Krieg am Persischen Golf, die Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern der Erde sowie die nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen gespannte Situation aufgrund der beiderseitigen Stationierung neuer Waffensysteme zeigen, daß der Frieden in der Welt bedroht ist.“

Zur Zusammenarbeit mit der „Friedensbewegung“ heißt es in dem Leittrag, inhaltliche Übereinstimmung in Grundfragen oder Einzelaspekten bedeuten noch keine organisatorische Einheit. Insbesondere gelte für alle Gewerkschafter das Prinzip der Gewaltfreiheit als „absolute Vorbedingung“ für die Teilnahme an Aktionen.

Warum stockt die Ausreise aus Rumänien?

BERNT CONRAD, Bonn

Die Ausreise von Rumänien ist von neuem ins Stocken geraten. Seit Mitte Oktober sind durchschnittlich nur noch zehn deutsche Auswanderer pro Tag aus Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen: zwei Tage lang war die Ausreise sogar völlig gestoppt. Demgegenüber hatte die Ausreisenzahl von Juli bis Anfang Oktober täglich bei 40 bis 50 gelegen. Dies bestätigte gestern das Auswärtige Amt.

Offiziell sind der Bundesregierung von der rumänischen Regierung noch keine Gründe für die jüngste Entwicklung genannt worden. In Bonn werden zwei Motive für möglich gehalten:

1. Es handelt sich um eine Repräsentation als Antwort auf die Ausweisung von fünf rumänischen Diplomaten, die des Terrorismus beschuldigt werden.

2. Die rumänischen Behörden haben möglicherweise das Personal in bestimmten Passbüros ausgewechselt, um die von der Bundesregierung wiederholt kritisierte Korruption bei der Erteilung von Ausreisegenehmigungen zu bekämpfen.

Den ersten großen Ärger hatte es Anfang 1983 gegeben, als die Regierung in Bukarest von allen Ausreisewilligen eine „Ausreisegenehmigung“ verlangte. Bundesminister Genscher erreichte im Juni 1983 eine Aufhebung. Im Gegenzug erklärte sich Bonn bereit, die Pauschalsumme für jeden Auswanderer zu erhöhen und sich an der Umschulung Rumäniens zu beteiligen. Schon zwei Monate später mußte Genscher wieder nach Rumänien, weil bekannt geworden war, daß von den Ausreisewilligen teilweise hohe „Schmiergelder“ verlangt wurden. Diese Praxis ist jedoch bis in dieses Jahr hinein nicht ab, so daß Ceausescu bei seinem Besuch in Bonn von Bundeskanzler Kohl damit konfrontiert wurde.

Spenden der Commerzbank

cd, Frankfurt

Die Commerzbank sieht keinen Anlaß, für ihre seit dem Wiederaufschwung 1988 geleisteten 53,7 Millionen Mark Spenden Steuern zu zahlen, da sie kein Unrechtsbewußtsein habe und auch kein Ermittlungsverfahren laufe. Dies erklärte der Vorstandsvorsitzende Walter Seib auf Anfrage bei einem Pressegespräch. Im einzelnen hat die Commerzbank gespendet: 30,3 Millionen Mark für gemeinnützige und karitative Zwecke, 12,1 Millionen Mark für wissenschaftliche Zwecke und 11,3 Millionen Mark für staatspolitische Zwecke. Außerdem hat die Commerzbank-Stiftung ihre Erträge voll und ganz als Spenden für gemeinnützige, karitative und wissenschaftliche Zwecke verwendet.

NATO: Ergebnisse brauchen ihre Zeit

Fortsetzung von Seite 1

wärig ein ehemaliger Außenminister Großbritanniens, vorher ein langjähriger Außenminister der Niederlande. Das zeigt den ganzen Unterschied zwischen NATO und Warschauer Pakt.“

Das nächste Thema entlockt Lord Carrington ebenfalls Heiterkeit mit dem Unterton des Erstaunens über so viel Naivität: Wie würde Europa ohne die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik aussehen?

„Die Bundesrepublik Deutschland ist das Kernstück der NATO. Ohne sie wäre West-Europa nicht zu verteidigen. Ich glaube, die Grundlage Ihrer Frage ist überhaupt nicht gegeben. Aber Sie haben mich ja gefragt, was würde geschehen, wenn die Bundesrepublik die NATO verließ. Das wäre sehr schlecht für uns alle, und die Konsequenz wäre mehr oder weniger der Zusammenbruch der NATO. Es wäre eine Illusion zu glauben, ein Zusammenbruch der NATO würde uns in eine Zuschauerrolle gegenüber den Supermächten bringen. West-Europa ohne NATO und außerhalb des Einflusses der Vereinten Staaten würde unter hohem Risiko stehen, nicht unbedingt im Hinblick auf eine Invasion über die Grenze des Mittelabschnitts, aber im Hinblick auf machtvoll Vorstöße der Sowjetunion, um den Kontinent politisch

und in jeder anderen Hinsicht zu dominieren.“

Zu dem Einwurf, daß viele Menschen den Neutralismus für einen Ausweg halten, sagt Carrington: „Ich glaube, es wäre eine Katastrophe, wenn das geschehen würde. Ich hoffe, daß die Menschen, die jetzt vielleicht so denken, sich daran erinnern, daß wir mit der Allianz seit 40 Jahren Frieden in Europa haben. Was mir Sorgen macht ist, daß es Menschen in West-Europa gibt, die glauben, man könnte eine Art Schiedsrichterrolle zwischen den USA und der UdSSR übernehmen. Doch wir alle sind ein Teil der westlichen Allianz und hier, den Amerikanern zu helfen. Wenn wir der Ansicht sind, die Amerikaner machen es nicht richtig, dann müssen wir sie beeinflussen, auf den richtigen Weg zu kommen.“

Carrington greift die „Friedensbewegung“ an, die er „Protestbewegung“ zu nennen bevorzugt. „Wir sind die Friedensbewegung“, sagt er. Der Ablauf der Ereignisse der zurückliegenden Jahre habe es mit sich gebracht, daß der NATO-Doppelbeschluss die Schlagzeilen, das Fernsehen und den Rundfunk in den westlichen Ländern beherrscht habe. Damit sei das militärische Element der NATO überproportional in den Vor-

dergrund gerückt, der Eindruck erweckt worden, die NATO sei „militaristisch“. Dies aber sei falsch. Die NATO habe zwei Säulen. Eine politische und eine militärische. Er wünsche das ins Hintertreffen gelange politische Element der westlichen Allianz als Generalsekretär wieder an seinen angestammten Platz zu stellen. Das Ziel der Allianz sei und müsse bleiben, stabilere Beziehungen zwischen Ost und West zu schaffen.

Schließlich der Hinweis auf europäische Kritik an Präsident Reagans strategischer Verteidigungsinitiative, mancherorts als „Krieg der Sterne“ bezeichnet.

Lord Carrington entgegnet: „Was die Amerikaner sagen, ist, daß die Sowjetunion auf diesem Gebiet Forschung betreibt und bereits einige militärische Fähigkeiten besitzt. Es wäre äußerst unvernünftig, wenn hier keine Forschung betrieben und der Sowjetunion gestattet würde, ein Monopol aufzurichten. Ich denke, es wird noch viele Diskussionen unter den Alliierten geben, ehe man eine eventuelle Entscheidung in die Praxis umsetzt. Das Thema wirft Fragen auf, nicht nur hinsichtlich des Weltrechts, auch im Hinblick auf den konventionellen Krieg und Atomwaffen, die mit nichtballistischen Systemen ins Ziel gebracht werden können.“

(SAD)

Lafontaine fordert von Grünen Klarheit

Für ihn kommt nur Koalition in Frage / Karl Schiller als Wirtschaftsberater genannt

DW/geo, Saarbrücken Die Grünen im Saarland haben die Absage ihres Bundesvorstandes an eine Koalition mit der Saar-SPD unter Führung des Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine scharf kritisiert. Auf einer Landesmitgliederversammlung in Saarbrücken mißbilligten sie in einem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag die „unter Umgehung der Basisgremien“ der Partei vor etwa zwei Monaten verkündete Koalitionsabsage ihres Vorstandes.

Dies sei „eines Repräsentanten der Grünen nicht würdig“ gewesen. Eine endgültige Entscheidung über ihr Verhältnis zur SPD im Saarland wolle die Grünen aber erst auf einer gesonderten Landesmitgliederversammlung Anfang Januar treffen.

Für Lafontaine ist eine Koalition mit den Grünen nach den Landtagswahlen am 10. März durchaus denkbar. Der Saarbrücker Oberbürgermeister, der wiederholt betont hatte, daß die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen nicht in Frage komme, nannte auf dem SPD-Landesparteitag am Wochenende für eine rot-grüne Zusammenarbeit allerdings Bedingungen. Ein Bündnis zwischen beiden Parteien, so betonte Lafontaine, komme nur in Frage, wenn die Grünen bereit seien, in einer echten Koalition Regie-

ungsverantwortung zu übernehmen. Die Grünen seien gefordert, ihre Rolle im parlamentarischen System zu definieren.

Für den Fall einer Alleinregierung der SPD stellte er sein „Schattenkabinett“ vor: Hierarch soll der Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, Umweltminister werden und der frühere Berliner Umweltsenator Reinhard Überhorst Wirtschaftsminister. Die gesamte politische Verantwortung für den Stahlbereich einschließlich des weiterhin vom Zusammenbruch bedrohten Unternehmens Arbed-Saarstahl behält sich Lafontaine selbst vor. Der frühere Bundesminister Karl Schiller soll dabei möglicherweise als Berater dienen. Für die übrigen Ministerposten sind Brunhilde Peter (Sozialministerin), Dieter Breitenbach (Kulturminister), Hans Kasper (Finanzminister), Friedel Lappe (Innenminister) und Arno Walter (Justizminister) vorgesehen.

Publizistischen Flankenschutz soll offenbar eine der SPD nahestehende Zeitung leisten, deren Gründung Lafontaine ankündigte. Die Neugründung der Zeitung ist im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Kritik an der „Saarbrücker Zeitung“ zu sehen. Der SPD-Landesvorsitzen-

der wiederholt „einsseitige Berichterstattung“ vorgeworfen.

Auch auf dem Parteitag bezichtigte er die „Saarbrücker Zeitung“ mit ihrer Monopolstellung im Saarland, sie habe die Regierungskoalition aus CDU und FDP „unter Naturschutz gestellt und die Opposition totgeschwiegen“. Lafontaine teilte mit, daß bereits eine Gesellschaft gegründet worden sei, die sich der neuen Zeitung, die kein Parteiblatt werden dürfe, annehmen werde. Unter dem Titel „Saarländische Allgemeine Zeitung“ werde sie spätestens im nächsten Jahr erscheinen. 40 Prozent des Startkapitals seien bereits aufgebracht.

Als Gastredner hatte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt zur bundespolitischen Bedeutung der Landtagswahl ausgeführt, daß es eine starke Ermunterung für die gesamte deutsche Sozialdemokratie sei, wenn Lafontaine die Wahl gewinne. Dies sei auch ein „Beginn der Umgruppierung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik“. Zuvor hatte Lafontaine vor den Delegierten ausgeführt, ein politischer Neubeginn an der Saar werde nur gewährleistet sein, wenn die SPD die absolute Mehrheit erreiche, was sie bei der Kommunalwahl im Juni dieses Jahres rein rechnerisch schon geschafft habe. (WELT v. 26.11.)

GROSSARTIG!

WERTE NUR CH... GESCHMACK FULL FLAVOUR

KING SIZE

MURATTI

NO. 1

0,1/1

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,1 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DBP)

TEXTILIEN
Suchen großen Posten preiswerter Jeans, Blusen, Kleider, Unterwäsche und andere Konfektionskleidung für Gebiete ohne Güterbeschränkung, sofortige Lieferung. Bitte Antwort in Englisch per Telex an: TLX: 33 777 megatz, Schweden.

Junger Konstrukteur
sucht Unternehmen
(Maschinenbau) mit freien Produktionskapazitäten für verkaufsfähiges Produkt.
Tel. 02 71 / 33 18 66

Von der Haushaltsgeräte- bis zur Spartelektronik entsprechen unsere Schalter den verschiedenen Märkten der Bauteile und Baugruppen für automatische Schaltung. Wir suchen einen qualifizierten
Exklusiv-Vertreter
Wir bieten guten Gehalt, Firmenwagen und Spesen.
F. C. I. Paris, 101, Av. de Gal Lorraine, 75014 Paris, F.

HANDELSVERKEHR
Interessante Handelsvertretung für Verbrauchartikel im EDV- und B2B-Bereich. Auftr. uml. 2 11365 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 04, 4300 Essen.

Spätes, Handelsvertreter
übernimmt noch Vertretungen in Industrie u. Handwerk in Rhein-Wein-Oldenburg. Zuschriften unter D 11304 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 04, 4300 Essen.

Weine aus Frankreich
Lebensfähiges, in Weltweit in besten Lagen u. gebohrt. Qualität nicht zu überbieten.
Importeur: G. Weinmann, Wein- und Spirituosen-Handel, Gastronomie etc. 24, Nordstr. 2, 50404 Deutschland.
F. C. I. Paris, Rue de la Gare, 101, av. de Gal Lorraine, 75014 Paris, F.

Wir suchen für den Vertrieb unseres Artikels, chemische Reinigungsgewässer, eine erfahrene
Verkaufsorganisation
die im gesamten Bundesgebiet bestmöglich eingesetzt werden kann.
Offerten an:
Hilmar-4, Bonhoefer-Str. 1, 4000 Düsseldorf, F.R.G.

Freitag, 27. November 1984
Nr. 278

Die Zeit ist reif

Die Zeit ist reif für eine neue Phase der Integration der europäischen Wirtschaft. Die Europäische Gemeinschaft (EG) steht vor der Aufgabe, die Integration der europäischen Wirtschaft zu vertiefen. Die EG-Kommission hat eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die die Integration der europäischen Wirtschaft vertiefen sollen. Diese Maßnahmen betreffen die Harmonisierung der Steuern, die Liberalisierung des Handels und die Förderung der Investitionen. Die EG-Kommission ist der Meinung, dass diese Maßnahmen notwendig sind, um die Integration der europäischen Wirtschaft zu vertiefen und die Wettbewerbsfähigkeit der EG zu stärken.

Ein Novum

Das ist die Meldung der Hannover Rechtsschutzversicherung. Sie ist die erste ihrer Art in der Geschichte der Rechtsschutzversicherung. Sie ist eine Versicherung, die den Rechtsschutz für die Hannover Rechtsschutzversicherung garantiert. Die Hannover Rechtsschutzversicherung ist eine Versicherung, die den Rechtsschutz für die Hannover Rechtsschutzversicherung garantiert. Die Hannover Rechtsschutzversicherung ist eine Versicherung, die den Rechtsschutz für die Hannover Rechtsschutzversicherung garantiert.

Eine Daueraufgabe

Von HEINZ HECK

Für die heute beginnende Haushaltsdebatte liefert das Sachverständigenrat zahlreiche Anregungen. Seitens sind in letzter Zeit die Forderungen der Wirtschaft nach steuerlicher Entlastung auch der Investitionen von unverdächtigster Seite so nachdrücklich unterstützt worden.

Zugleich haben die Weisen der Bundesregierung hinsichtlich weiterer Korrekturen des Lohn- und Einkommensteuertarifs unter Entscheidungswang gestellt. Die Tarifkorrektur ist bei einer progressiv gestalteten Einkommensteuer eine Daueraufgabe. Um die Steuerquote konstant zu halten, müssen die Steuersätze von Zeit zu Zeit erniedrigt werden, weil das Steueraufkommen schneller wächst als das Sozialprodukt.

Die Weisen gehen in ihren Anregungen über das vom Kabinett verabschiedete Steuerreformmodell hinaus und knüpfen an die ersten Überlegungen des Finanzministers an, durch Umschichtung im Steuersystem mehr Finanzmasse für eine spürbare Senkung der Grenzsteuersätze zu gewinnen.

Stoltenberg kann sich damit auf doppelte Weise bestätigen fühlen. Denn die Professoren unterstützen auch seine Gratwanderung zwischen Steuerentlastung und Verringerung des Haushaltsdefizits. Spätestens bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts im Januar wird die zwischen CDU einerseits und CSU/FDP andererseits kontroverse Frage der Entlastungsschritte wieder eine Rolle spielen. Das Gutachten unterstützt die Steuerreform in zwei Schritten 1986 und 1988, während CSU und FDP auch gegen den Widerstand der überwältigenden Bundesratsmehrheit (und damit ohne Aussicht auf Erfolg) an konjunkturellen Gründen den neuen Tarif bereits 1986 einführen wollen.

Mit einer zusätzlichen Erhöhung von Verbrauchsteuern (wie vom Rat vorgeschlagen etwa der Mehrwert- oder auch der Tabaksteuer) wäre in der Tat der zusätzliche Handlungsspielraum für die Reform in einem Schritt zu gewinnen. Doch erscheint es nicht ratsam, diese ungefahr ein Jahr lang geführte Debatte erneut aufzurollen. Nicht nur, weil der Gesetzgeber unter zusätzlichen Termindruck geriete, sondern auch deshalb, weil das ständige Hin und Her zu einer totalen Verunsicherung in der Öffentlichkeit führen würde. Die Diskussion über einen Ersatz für die verfassungswidrige Zwangsanleihe liefert in diesen Tagen unerfreuliche

chen Anschauungsunterricht, welche Verwirrung entsteht, wenn die Bundesregierung in einer so wichtigen Frage nicht rasch entscheidet.

Aber auch bei der nächsten Tarifentlastung (schließlich ist es eine Daueraufgabe) - 1990 oder wann immer - sollte die Kompensation mit einer Mehrwertsteuerrhöhung wohl bedacht werden. Der inzwischen erreichte Satz von 14 Prozent ist bereits leistungsfähig und begünstigt die Schattenwirtschaft, die man durch ständige Tarifreformen gerade trocknen will.

Lieber sollte sich die Bundesregierung den Rat der Weisen zum Thema Subventionsabbau zu Herzen nehmen. Es gehört sicher zu den größten Versäumnissen der neuen Koalition, dass die Ankündigungen gerade hier keine Taten gefolgt sind und zum Beispiel Stoltenbergs Abbauschlüsse über rund drei Milliarden Mark jährlich schon zu den Akten gelegt wurden, bevor die Koalition sie richtig erörtert hatte. Man darf allerdings bezweifeln, dass in dieser Legislaturperiode - spricht: bis zur Bundestagswahl - hier noch mutige Schritte folgen.

Indessen könnte die Bundesregierung wenigstens die im Gutachten empfohlene Umstellung von „verdeckter Subventionierung durch die Förderung mit Steuervergünstigungen“ auf offene Subventionen in Form von Finanzhilfen in Angriff nehmen - erst recht deshalb, weil es sich mit Sicherheit um ein zeitraubendes Vorhaben handelt.

Der strategische Reiz dieser Umstellung liegt auf der Hand: „Während die Finanzhilfen in den Haushaltsplänen Jahr für Jahr veranschlagt und vom Parlament bewilligt werden müssen, wirken subventionellen Steuerermäßigungen - sind die Gesetze erst einmal geändert - automatisch und unaufällig fort. Diese verdeckten Vergünstigungen entziehen sich damit einer ständigen Überprüfung in einem stärkeren Ausmaß als offen ausgewiesene Subventionen.“

Diese für alle Subventionsempfänger unbarmherzig klingende Diagnose sollte in keinem Jahresgutachten fehlen. Der Vorschlag zur Umstellung könnte zum Beispiel vom Haushaltsausschuss, der den Finanzminister seit dem Regierungswechsel 1982 in seinem Sparkurs wirkungsvoll unterstützt, aufgegriffen werden. Denn auch hier handelt es sich - wie bei der Tarifkorrektur - um eine „Daueraufgabe“.

COMMERZBANK / Für die Weltwirtschaft wird ein weiteres gutes Jahr erwartet

Seipp: Eine Ergänzungsabgabe wäre ein Signal in die falsche Richtung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gegen eine Auflockerung des Konsolidierungskurses in der Finanzpolitik und gegen die Forderung, die verunglückte Investitionsabgabe durch eine Ergänzungsabgabe zu ersetzen, sprach sich der Vorstandsvorsitzende der Commerzbank, Walter Seipp, aus. In der Haushaltskonsolidierung sieht er den Schlüssel zu den inzwischen erreichten drei positiven Rahmenbedingungen: Fast-Preisstabilität, Leistungsbilanzüberschuss und Zinsrückgang. Diese drei Errungenschaften dürften nicht schon wieder in Frage gestellt werden.

Der Bankier plädierte für eine weitere Reduzierung der Staatsquote, damit die private Initiative wieder größeren Raum erhalte und zugleich der „Untergrundwirtschaft“ der Anreiz genommen werde. Am nachhaltigsten lasse sich die Staatsquote durch eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs senken, womit die Kreditaufnahme reduziert werde. Daneben müsse man das Problem des zu hohen Staatseinkommens auch von der Steuerseite her angehen. Allein schon deshalb wäre eine Ergänzungsabgabe ein Signal in die falsche Richtung.

Bei der geplanten großen Steuerreform sollte nach Seipps Auffassung an der Zwei-Ebenen-Lösung festgehalten werden. Würde alles auf das Jahr 1986 konzentriert, käme es zu einer sehr drastischen Unterbrechung des Konsolidierungskurses, was an den Finanzmärkten neue Irritationen auslösen könnte. Ohnehin erfordere die konjunkturelle Entwicklung aus heutiger Sicht nicht einen solchen Kraftakt.

Positiv beurteilt der Commerzbank-Chef die Konjunkturerwartung in der Bundesrepublik. In seiner Langfristprognose erwartet die Bank

allerdings für unwahrscheinlich hält.

Tendenziell sinkende Zinsen seien meist auch ein guter Nährboden für die Aktienbörse, und zwar besonders dann, wenn eine Konjunkturerholung zugleich Gewinnsteigerungen verspreche. Diese seltene Kombination habe sich zwar größtenteils schon in den Börsenkursen niederschlagen; dennoch sieht die Commerzbank noch weiteren Kurssteigerungsspielraum besonders bei den großen Standardwerten.

Auf der internationalen Finanzszenen, wo sich das Schuldensystem der Entwicklungsländer entschärft hat, erwartet Seipp, dass das reichste Land der Welt wegen des Leistungsbilanzdefizits bis 1990 zur größten Schuldernation wird. Man müsse damit rechnen, dass die USA bis dahin 400 bis 500 Milliarden Dollar ausgeben, wodurch das Zinsniveau weltweit relativ hochgehalten werde. Auch die relativ niedrige Ersparnisbildung in Europa und der mit der Investitionsgüterkonjunktur wachsende Kapitalbedarf wirke in diese Richtung. Eine Kollisionsgefahr drohe hinsichtlich des Finanzbedarfs der Schwellenländer, sobald diese bei einer Normalisierung ihrer Situation wieder Netto-kapitalimporteure werden. Eine Normalisierung der amerikanischen Handelsbilanz wird in den nächsten Jahren nach Seipps Einschätzung angesichts der hohen Konkurrenzfähigkeit Ostasiens besonders zu Lasten Westeuropas gehen.

AUF EIN WORT



Wir sind der Meinung, daß wir in den Wettbewerbsprozeß zwischen Gas und Öl nicht eingreifen sollten. Nach allen Vorausschätzungen hat das Gas die Chance, seinen Anteil am Primärenergieeinsatz auszubauen.

Dr. Dieter von Würzen, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft
FOTO: JUPP DACHINGER

Korea: Hohe Wachstumsraten

dpa/VWD, Bonn
Die Republik Korea gehört mit einem Wirtschaftswachstum von 9,3 Prozent 1983 und guten Aussichten für eine ähnliche Zuwachsraten in diesem Jahr zu den erfolgreichsten Entwicklungsländern der asiatisch-pazifischen Region. Diese Ansicht vertritt das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn anlässlich der deutsch-koreanischen Wirtschaftsgespräche, die gestern in Seoul begannen und bis zum 28. November dauern. Die Bundesrepublik ist für Korea der wichtigste europäische Handelspartner. 1983 exportierte Korea Waren im Wert von 2,2 Milliarden Mark, vor allem Textilien (38 Prozent), Schuhe und Lederwaren (19 Prozent) in die Bundesrepublik. Die deutschen Ausfuhren (Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse) lagen 1983 bei 1,4 Milliarden Mark.

ENERGIEMÄRKTE

Künftiger Bedarf an Kohle geringer als vorhergesehen

JAN BRECH, Hamburg

Die Marktzugänge für Kohle, der an Reserven bedeutendsten fossilen Energie, bleiben gut, sind allerdings erheblich nüchterner einzuschätzen als noch vor einigen Jahren. Nach einer jüngsten Schätzung der Shell-Gruppe dürfte sich die Nachfrage von heute rund drei Mrd. Tonnen Steinkohleeinheiten bis zur Jahrhundertwende auf vier bis fünf Mrd. Tonnen erhöhen. Dieser Bedarf liegt beträchtlich unter der noch vor etwa fünf Jahren prognostizierten Entwicklung. Im Zeichen des rapiden Anstiegs der Ölpreise hatte die Weltkohlestudie von 1980 eine Nachfrage von sechs bis sieben Mrd. Tonnen im Jahr 2000 vorausgesehen.

Für die künftige Nachfrage wird vor allem die Entwicklung von Kesselhohe entscheidend sein, auf die rund 80 Prozent des Gesamtverbrauchs entfallen und die überwiegend zur Stromerzeugung eingesetzt wird. Konkurrenz durch schweres Heizöl und Erdgas sind in diesem Bereich kaum zu erwarten. Der Bau ölbeförderter Kraftwerke ist in fast allen Industrieländern erheblich gebremst worden. In der Bundesrepublik ist der Anteil von Öl an der Stromerzeugung auf rund 2 Prozent zurückgegangen. Ob Kohle seinen derzeitigen Anteil von 35 Prozent an der weltweiten Stromerzeugung wird halten oder ausbauen können, hängt von der Entwicklung der Kernenergie ab.

Die Entwicklung von Koks, deren jährlicher Absatz etwa 80 MILL. t beträgt, ist untrennbar mit der Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie verbunden. Der Einsatz von Koks wird dabei von zwei gegenläufigen Trends bestimmt: Während neue Herstellungsverfahren den Kohlebedarf je Tonne Stahl verringern, hat die Preisentwicklung dazu geführt, daß im Hochofenprozeß schweres Heizöl zunehmend durch Koks ersetzt wird.

US-HAUSHALTSSANIERUNG

Steuererhöhungen sind nach wie vor nicht geplant

rt, Washington
Von US-Präsident Ronald Reagan werden in dieser Woche erste Entscheidungen über weitreichende Einsparungen im Haushalt erwartet. Aus Regierungskreisen verlautete, der Präsident werde die Kürzungsvorschläge mit dem Ziel prüfen, das im laufenden Etatjahr auf 210 Mrd. Dollar anschwellende Etatdefizit bis 1986 auf 165 bis 170 Mrd. Dollar zu begrenzen.

Bis 1989 soll dann der Fehlbetrag im Haushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes oder rund 100 Mrd. Dollar zurückgeführt werden. Reagan stehe aber zu seinem Wahlversprechen, nicht auf Steuererhöhungen zurückzugreifen. Allerdings müßten wohl Abstriche beim Wachstum der Verteidigungsausgaben vorgenommen werden. Im laufenden Haushalt wird dieser Etat auf rund 294 Mrd. Dollar steigen.

Die Haushaltsplaner werden Reagan den Angaben zufolge ferner

vorschlagen, die Subventionen für die Landwirtschaft zu kürzen, die Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge der Kriegsveteranen zu reduzieren und die Pensionen im öffentlichen Dienst zu begrenzen. Zudem wird erwartet, daß das Finanzministerium noch in dieser Woche den Plan zur Steuerreform vorstellt. Hier sollen vorrangig bestehende Steuergesetze so formuliert werden, daß sie nicht mehr umgangen werden können.

In Washington herrscht allerdings bei zahlreichen Beobachtern Skepsis darüber, ob Reagan Anfang kommenden Jahres einen Etat vorlegen kann, der sich nur auf Ausgabenkürzungen stützt und den Kongreß nicht herausfordert. Der jetzt laufende Etat war zunächst mit einem Fehlbetrag von rund 170 Mrd. Dollar geplant worden. In Regierungskreisen wird es für denkbar gehalten, daß selbst die revidierte Schätzung von 210 Mrd. Dollar noch übertroffen wird.

IFO-ANALYSE

Investitions-Finanzierung über Leasing geht zurück

INGE ADHAM, Frankfurt

Erstmals seit 20 Jahren wird in diesem Jahr der Anteil der über Leasing finanzierten Investitionen an den gesamten Bruttoanlage-Investitionen steigen. Zu diesem Ergebnis kommt das Ifo Institut München in seiner neuesten Untersuchung über die Entwicklung des Leasing. Danach wird in diesem Jahr die Leasing-Quote bei etwa 7,1 Prozent liegen; im vergangenen Jahr machte sie noch 7,6 Prozent aus.

Ifo veranschlagt den Rückgang bei der Investition über Leasing insgesamt auf 2,7 Prozent gegenüber 1983, das würde einem Volumen von 18,2 Mrd. DM entsprechen. Dabei fällt das Minus bei den Finanzierungsleasing-Gesellschaften mit 3,2 Prozent kräftiger aus als bei der Herstellerleasing-Gesellschaft (minus 2 Prozent). Die Anlagenvermietung befindet sich in diesem Jahr noch in einer Konsolidierungsphase, folgert Ifo.

Als Ursache für diese Entwicklung bei insgesamt freundlichem Investitionsklima sieht der Bundesverband Deutscher Leasinggesellschaften (BDL), dem 53 Unternehmen angehören, vor allem die Veränderungen im Immobilienbereich, wo eine gewisse Sättigung des Marktes mit gewerblichen Immobilien unverkennbar sei; zusätzlich drücken sinkende Preise im Computerbereich auf das Volumen. Dazu kommt eine hohe Eigenfinanzierungsquote bei den Unternehmen, die ebenso wie sinkende Zinsen

nachteilig auf das Leasinggeschäft wirkt.

Das Vermietvermögen der BDL-Gesellschaften machte am Jahresende 44 Mrd. DM aus (zu Anschaffungskosten), bezogen auf das gesamte Finanzierungsleasingvolumen von gut 53 Mrd. DM entspricht dies einem Marktanteil von gut 80 Prozent.

Trotz der Abschwächung des Wachstumstempos in 1983 und 1984 sind die Leasinggesellschaften für die weitere Entwicklung optimistisch. Denn die Wirtschaftsprognosen signalisieren für das kommende Jahr ein kräftiges Wachstum der Ausstattungsinvestitionen, an dem man partizipieren will. Bereits jetzt zeige das neu abgeschlossene Vertragsvolumen (das sich in den von Ifo erfaßten bilanzierten Neuzugängen noch nicht niederschlägt) einen wieder positiven Trend.

Zu einer Sonderentwicklung kam es im vergangenen Jahr, wie die Ifo-Untersuchung zeigt, bei der Herstellerleasing, die bei einer Steigerung von 8,2 Prozent auf 18,7 Mrd. DM für alle Leasing-Investitionen um 36,5 Prozent gewachsen ist. Dies ist freilich allein Folge der intensiven Werbung für das private Autoleasing, die die privaten Haushalte mit einem Anteil von elf Prozent an die vierte Stelle aller über Leasing investierten Bereiche rücken ließ. Nach wie vor am stärksten ausgeprägt ist die Finanzierung über Leasing beim verarbeitenden Gewerbe (33 Prozent) gefolgt vom Handel (18 Prozent).

WIRTSCHAFTS JOURNAL

MBB-Aufsichtsrat: Kein Beschluß zu Krauss-Maffei

München (rt) - Die Zukunft der von zwei rivalisierenden Industrie-Gruppen umworbenen Panzerschmiede Krauss-Maffei bleibt weiter ungewiß. Der Aufsichtsrat des Luft- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blom GmbH (MBB) faßte gestern keinen Beschluß zu dem geplanten Kauf der Krauss-Maffei AG vom Fliet-Konzern. Er beschloß lediglich eine Kapitalerhöhung von 378 auf 600 Mill. DM. Gleichzeitig wurde aus dem Aufsichtsrat der Industriewerke Karlsruhe Augsburg AG (IWA) das Interesse des Karlsruher Unternehmens an Krauss-Maffei bekräftigt. In unterrichteten Kreisen hieß es, daß nicht mehr mit einer Entscheidung in diesem Jahr zu rechnen sei.

Dollar steigt weiter

Frankfurt (rt) - Der Dollar hat sich zum Wochenanfang an den europäischen Devisenmärkten erneut kräftig verteuert. In Frankfurt stieg der amtliche Mittelwert auf 3,0547 DM um rund vier Pfennig von 3,0140 DM am Freitag, dem höchsten Niveau seit Ende Oktober. Nach Angaben von Händlern verkaufte die Deutsche Bundesbank 24,15 (Freitag 37,35) Mill. Dollar zur Stützung des DM-Kurses. Weiterhin gebe es keine eindeutigen Gründe für die anhaltend hohe Nachfrage nach der US-Währung. An den Finanzmärkten wird allgemein weiterhin mit fallenden Zinsen in den USA gerechnet, nachdem die US-Geldmenge M-1 in der jüngsten Berichtswoche um 1,3 Mrd. Dollar gefallen war.

Beiträge werden gesenkt

Hannover (dos) - Die erste Beitragssenkung in der Geschichte der Rechtsschutzversicherung wird die Hannover Rechtsschutz Versicherungs-AG (HRV), eine Tochtergesellschaft des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie, mit Wirkung vom 1.1.1985 vornehmen. Nach Angaben der HRV ermäßigen sich die Beiträge in der Verkehrs-Rechtsschutzversicherung für Pkw um 12 Prozent auf 99 (112) DM je Fahrzeug. Begründet wird dieser Schritt mit der seit mehreren Jahren verbesserten

Rettenungspläne

Paris (VWD) - Die verschiedenen Pläne zur Rettung von Creusot-Loire liegen inzwischen beim Handelsgericht in Paris vor, das darüber in den nächsten Tagen entscheiden soll. Die Übernahme-Vorschläge von Usinor und Framatome sehen jeweils einen Abbau der Belegschaft von derzeit 9800 auf 7200 Mitarbeiter vor. Der Vergleichsverwalter hat einen Vorschlag unterbreitet, der eine Kapitalerhöhung von 1,5 Mrd. Franc und die Entlassung von 2000 Mitarbeitern vorsieht. Der Rettungsplan eines Direktors der Gesellschaften unterstützt wird, zielt lediglich auf einen Personalabbau von 1700 Mitarbeitern ab.

Geschäftsklima verbessert

Bonn (VWD) - Das Geschäftsklima im Handel hat sich nach der Jahresmitte 1984 wieder aufgehellt. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskassen (DIHT) bei Unternehmen des Groß- und Einzelhandels prägten aber noch große Unterschiede in der Umsatzentwicklung und teilweise starke Umsatzschwankungen das Bild. Für 1985 werde mit keiner wesentlichen Änderung der Situation gerechnet. Diese verhaltene Konjunkturerwartung spiegelt auch die relativ niedrige Investitionsneigung des Handels wider.

Technologiekäufe geplant

Peking (VWD) - Die Volksrepublik China werde in den kommenden Jahren etwa 14,2 Mrd. Dollar aus ihren Hartwährungsreserven für den Kauf ausländischer Technologie ausgeben, berichtete die Tageszeitung „China Daily“. Das Land habe entschieden, daß es Zeit sei, seine Devisenreserven auszugreifen. Die chinesischen Devisenreserven haben sich nach Angaben des Blattes bis zum vergangenen Juni auf insgesamt 16,48 Mrd. Dollar erhöht, verfügbare mit zwei Mrd. Dollar zum Jahresende 1980.

Die Marke Ihres Erfolges.

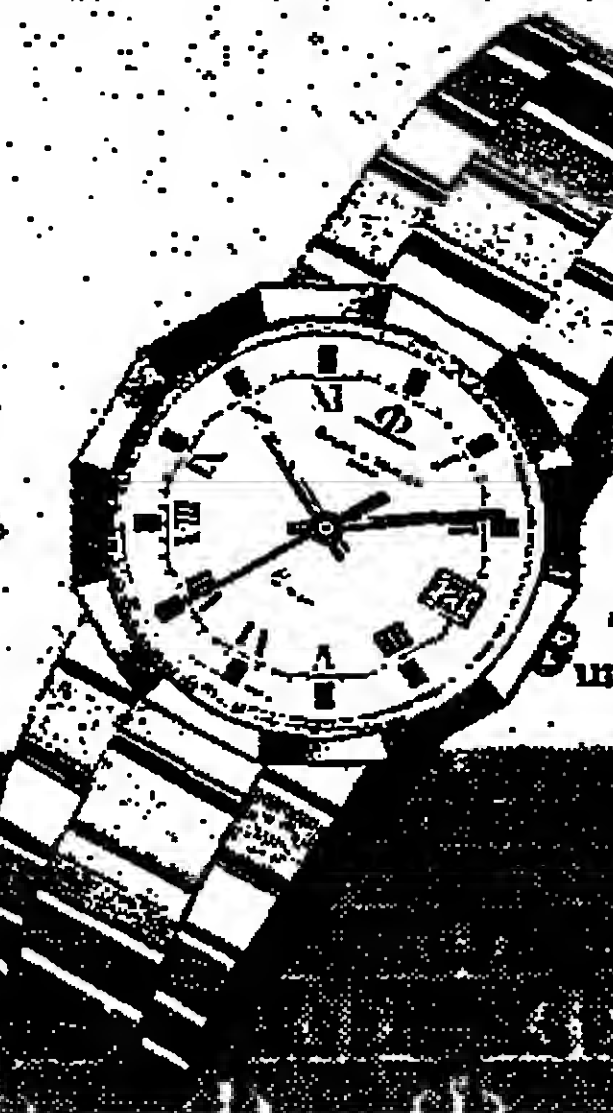
BAUME & MERCIER
GENEVE
1830



Quarz, wasserdicht,
Wolfmarktblat-Gold.
3 Größen für Damen
und Herren



Quarz, wasserdicht,
Stahl-Gold,
als Damen- und
Herrenuhr



Quarz, wasserdicht,
Stahl, Stahl-Gold oder Gold,
4 Größen für Damen
und Herren

Verkaufsnachweis und Farbbroschüre erhalten
Sie durch:

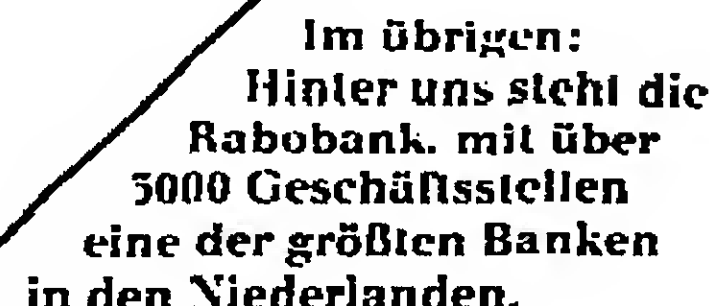
BAUME & MERCIER GmbH
Postfach 639/W - 6050 Offenbach/Main

Die Kommission unterstreicht die Notwendigkeit „klarer politischer Engagements“ zur Entwicklung der Kernenergie. Die Erfahrung habe gezeigt, daß in diesem Fall auch die erforderlichen beträchtlichen finanziellen Mittel bereitgestellt würden.

Die EB (Bilanzsumme 14 Mrd. Franc) ist aus der Verstaatlichung der Banque Rothschild hervorgegangen. Nachdem das Defizit 1983 auf 88 Mrd. Franc reduziert werden konnte, ist 1984 erneut ein „erheblicher Verlust“ prognostiziert. Die USA sind ein Bank von mittlerer Größenordnung, übernimmt im Rahmen des Transaktionsbankens von der EB deren Tochter „E. D. Dugunthank“. Sie verfügt damit über eine Bilanzsumme von sechs Mrd. Franc. Für 1983 hatte die Compagnie Commerciale einen Verlust von sechs Mrd. Franc ausgewiesen. Zur Sanierung der EB werden insgesamt 430 Mrd. Franc bereitgestellt, davon 300 Mrd. Franc für die Aufstockung der Rückstellungen. Der Staat gewährt der Bank ein zinsloses von 100 Mrd. und ein Beteiligungs-Darlehen zu Vorzugsbedingungen von 230 Mrd. Franc.

Außerdem könnten die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem fernöstlichen Inselreich zusätzlich belastet werden. Freilich befürchten die japanischen Hersteller auch, daß sie in Verbindung mit der drohenden Steuernachzahlung einen erneuten Imageverlust in der IISA hinnehmen müssen.

Düsseldorf (P.) – Die 814 Hersteller von klassischen Kurzwaren (Nadeln, Reißverschlüssen, Knöpfen, Haken, Schnallen und Ösen sowie Klammern, Hohlbohrern, Schellen und Kontaktstiften) haben 1983 mit ihren 31 200 Mitarbeitern über 3,5 Mrd. DM Umsatz erwirtschaftet. Auch im 1. Halbjahr 1984 sei die Entwicklung, wenn auch nach Produkten unterschiedlich, zufriedenstellend gewesen. Negativ hat sich die Abhängigkeit von der Bau- und Automobilbranche ausgewirkt, stellte der Fachverband Verbindungs- und Befestigungstechnik (VBT) fest.

[illegible]

Verlag: Walter de Gruyter Verlag AG, 2000 Hamburg
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Kozjak
Ausgaben: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Löffel
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich A. von

هكذا من الاصل

Dienstag, 27. November 1984 - Nr. 278 - DIE WELT

TECHNOLOGIE / Potential reichlich vorhanden

Umsetzen bereit Probleme

Die Bundesrepublik verfügt über ein großes Potential an Forschung und Technologieangeboten, doch vor allem die mittelständische Wirtschaft hat noch Probleme mit der Umsetzung des vorhandenen Wissens in marktreife Produkte. Als Gründe dafür nannte Hans-Trautmannsberger von der AMK Berlin vor Journalisten die Schwierigkeit bei der Kontaktaufnahme zu Experten von Wissenschaft und Forschung, Schwierigkeiten bei der Finanzierung oder der Markteinschätzung. Dabei bestimmen neue Technologien und Innovationen immer mehr die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten.

Berlin steht in dieser Woche ganz im Zeichen neuer Technologien. Bis zum 30. November findet im Rahmen der "Technologie und Innovationswoche Berlin 1984" im Internationalen Congress Centrum (ICC) und auf dem Messegelände das Technologieforum Berlin '84 statt. Dieses Forum versteht sich als Bindeglied zwischen Praxis und Forschung und will vor allem kleineren und mittleren Be-

trieben Hilfestellung auf dem Weg zum technologie-orientierten Unternehmen geben. Die vierstägige Veranstaltung gliedert sich in einen Kongress, zu dem bisher mehr als 350 Anmeldungen vorliegen, und eine Fachausstellung, zu der rund 1200 Besucher erwartet werden.

Im Rahmen der Technologie-Woche finden im ICC auch das II. Internationale Symposium Technologie-Management (27. und 28. November), die 4. Internationale Konferenz Electronics - Mikroelektronik in Westeuropa (29. November) und ein Workshop "Joint Ventures mit neuen Technologien mit Ländern der Dritten Welt" (30. November) statt. Parallel dazu präsentieren vom 27. bis 30. November auf der Messe "Big Tech '84" im Berliner Innovations- und Gründerzentrum mehr als 60 Technologieunternehmen Neuentwicklungen und Dienstleistungen. Ein Workshop Management von Gründerzentren (29. und 30. November) rundet die Veranstaltung ab. Im Rahmen der Technologie-Woche wird auch der Innovationspreis des Landes Berlin vergeben.

KALI-CHEMIE / Kräftiges Wachstum im Ausland

Wieder gutes Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, Hannover Die mehrheitlich zur belgischen Solvay-Gruppe gehörende Kali-Chemie AG, Hannover, dürfte im Geschäftsjahr 1984 die guten Ergebnisse des Vorjahres noch übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, entwickelte sich das Geschäft in den ersten neun Monaten 1984 zwar in den einzelnen Produktbereichen unterschiedlich. Die Sparte Chemikalien indes, mit einem Anteil von zwei Dritteln am Gruppenumsatz wichtige Säule des Unternehmens, verzeichnete einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Auch die Ertragslage, so heißt es, habe sich in diesem Bereich gut entwickelt.

Innerhalb der Gruppe erhöhte sich der Umsatz im Berichtszeitraum um 13 Prozent auf 1,17 (1,04) Mrd. DM. Davon entfielen auf das Auslandsgeschäft 674 (574) Mill. DM (plus 17 Prozent) und auf das Inland 497 (462) Mill. DM (plus 8 Prozent). Das "besonders gute Auslandsgeschäft" habe zu einer Festigung der Position auf Teilmärkten geführt.

In der Chemikalien-Sparte verlief das Geschäft mit anorgansischen Industriechemikalien und chemischen Spezialitäten besonders gut. Im Pharmabereich nahm der Umsatz zwar leicht zu; das Ergebnis entsprache aber noch nicht den Erwartungen. Weitere Fortschritte in der Produktentwicklung habe Kali-Chemie in der jüngsten Sparte, der Biotechnik, erzielt.

Weiter verbessert hat sich die Auslastung der Produktionsanlagen innerhalb der AG. Der Anstieg des Exportgeschäfts hatte dabei entscheidende Bedeutung. Vom AG-Umsatz in Höhe von 472 (391) Mill. DM entfielen auf das Auslandsgeschäft 253 (233) Mill. DM und auf Exporte 219 (158) Mill. DM (plus 39 Prozent). Neben erhöhten Ausgaben für Sachanlagen (22 nach 13 Mill. DM) sei auch verstärkt in Beteiligungen investiert worden. Noch keine Stellung bezieht der Vorstand zu den Dividendenaussichten. Für 1983 waren 20 (15) Prozent auf 125 Mill. DM Grundkapital gezahlt worden.

COMMERZBANK / Eine Aufstockung der Dividende wird in diesem Jahr wohl nicht in Erwägung gezogen

Die innere Stärkung hat diesmal Priorität

CLAUS DERTINGER, Frankfurt Spekulationen auf eine Dividendensteigerung der Commerzbank erscheinen unrealistisch. Zwar wollte Vorstandsvorsitzender Walter Seipp vor Ablauf des Geschäftsjahres noch keine definitive Dividendenerklärung abgeben. Doch die Ertragsentwicklung bis Ende Oktober und die Absicht des Vorstands, bei der Gewinnverwendung der Risikoversorge - vor allem für Auslandsengagements - und damit der inneren Stärkung Priorität einzuräumen, spricht dafür, daß es bei der nach dreijähriger Pause in diesem Jahr wieder aufgenommenen Ausschüttung von sechs Mark bleibt, die ohnehin schon etwas aggressiv erschien.

Seit dem diesjährigen Tief im April hat sich der Ertrag kontinuierlich verbessert. In den ersten zehn Monaten war das Teilergebnis (Zins- und Provisionsüberschuss) abzüglich Personal- und Sachaufwand sowie Sachanlagenabschreibungen mit 527 Mill. DM um 8,2 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat (575 Mill. DM). Damit hat sich der Rückstand gegenüber der ersten

Jahreshälfte (14,9 Prozent) fast halbiert. Bei einer Steigerung des Zinsüberschusses um 0,8 Prozent auf 1,514 Mrd. DM und des Provisionsüberschusses um 3,9 Prozent auf 522 Mill. DM erwirtschaftete die Commerzbank zwar 33 Mill. DM mehr Ertrag, gleichzeitig erhöhte sich jedoch der Aufwand um 80 Mill. DM (5,6 Prozent).

Annähernd parallel habe sich das Gesamtergebnis einschließlich der Eigenhandelsgewinne entwickelt, sagte Seipp, so daß die Bank dem vorjährigen Rekordergebnis voraussichtlich recht nahe komme und etwas besser abschneide als erwartet. Etwas günstiger als bei der AG sei die Ertragsentwicklung im Konzern gewesen, der wieder mehr als eine Milliarde Betriebsergebnis erzielen werde.

Für die Commerzbank ist 1984, so Seipp, nach Abschluß der Konsolidierungsphase zum Startjahr eines neuen, aber vorsichtigen und auf das Kundengeschäft konzentrierten Wachstums geworden, das sich in einem Anstieg der Bilanzsumme um 5,3 Prozent auf 70,4 Mrd. DM und des

Geschäftsvolumens um 5,5 Prozent auf 72,7 Mrd. DM spiegelt. Die 2,6prozentige Erhöhung des durchschnittlichen Geschäftsvolumens in den ersten zehn Monaten konnte den ertragsdrückenden Effekt des Zinsspannenrückgangs von 2,64 auf 2,59 Prozent leicht überkompensieren.

Trotz Geschäftsausweitung, die von einer Zunahme der Kundenforderungen von 37 auf 39,1 Mrd. DM getragen wurde, steht eine Barkapitalerhöhung 1985 nicht zur Diskussion. Den Eigenkapitalbedarf auch zur Anpassung an die Konzernkonsolidierungsvorschriften glaubt die Bank aus der Ausübung von Optionsrechten decken zu können, woraus bis 1988 ein Zufluß von 675 Mill. DM als gesichert gilt. So bereite auch die Rückführung der "Überbelegung" des Konzernkapitals mit derzeit dem 22fachen des Kreditvolumens auf das 18fache, die bis Ende 1987 zur Hälfte erfüllt sein muß, keine Probleme.

Bei der Refinanzierung hat sich die Bank verstärkt auf Kundeneinlagen (45,1 nach 41,7 Mrd. DM) und Schuldverschreibungen (4,7 nach 4,2 Mrd.

DM) gestützt und dabei die Politik der längerfristigen Fundierung fortgesetzt. Bei gleichzeitiger Reduzierung der Bankengelder von 15,5 auf 13,9 Mrd. DM und Aufstockung der Forderungen an Banken von 15,4 auf 16,6 Mrd. DM hat sich der Interbank-Status inzwischen aktiviert. Der Rentenbestand, der zunächst abschnoll, blieb trotz Wiederauffüllung um 1,6 Mrd. DM seit Ende März noch mit 4,6 Mrd. DM unter dem Stand vom Jahreswechsel (4,9 Mrd. DM).

Als geschäftspolitische Highlights nannte der Commerzbankchef neben einer Verbesserung der Bilanzstruktur - auch durch sechs Kapitalmarktoperationen mit 1,2 Mrd. DM Gegenwert - und verstärkten internationalen Aktivitäten vor allem die Erweiterung der Produktpalette durch einen langfristigen Sparplan, der vom nächsten Monat an auch mit Versicherungsschutz angeboten wird, sowie den Ausbau des Privatkreditgeschäfts um 1,2 auf 12,3 Mrd. DM, das entscheidend zum Wachstum des Inlandskreditvolumens beigetragen hat.

PFAFF

Besseres Ergebnis ist möglich

dpa/VWD, Kaiserslautern

Der Nähmaschinenkonzern G. M. Pfaff AG, Kaiserslautern, erwartet, die bisher erzielten Umsatz- und Ertragsverbesserungen halten und das Jahr 1984 zufriedenstellend abschließen zu können. Nach einem Zwischenbericht des Unternehmens stieg der Umsatz in den ersten neun Monaten um 12 Prozent auf 645 (575) Mill. DM. Davon entfielen 437 Mill. DM (plus 14 Prozent) auf Industriemaschinen und 208 Mill. DM (plus 8 Prozent) auf Haushaltsmaschinen.

Der Auslandsanteil erhöhte sich auf 69 (68) Prozent. Höhere Industriemaschinenverkäufe wurden vor allem im Inland und in Übersee mit Schwerpunkt USA erzielt. Die anhaltende Marktschwäche in Lateinamerika soll durch Mehrumsätze in Fernost ausgeglichen werden. Die Ergebnislage im Auslandsgeschäft bleibt den Angaben zufolge durch Kursverluste beeinträchtigt. Beschäftigt wurden Ende September 8157 Mitarbeiter, das waren 107 weniger als noch vor Jahresfrist.

NAMEN

Dr. Wilhelm Peter Engels, Geschäftsführer der Gebr. Finger GmbH & Co. KG, Köln, wird am 29. November 65 Jahre und scheidet aus dem Unternehmen aus. Sein Nachfolger ist Hans Willi Klein.

Dr. Leo Heinlein, Geschäftsführer der Joh. A. Benckiser GmbH, Ludwigshafen, tritt zum Jahresende in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Dr. Olaf Gempt, der zum 1. März 1985 in die Geschäftsführung des Chemieunternehmens eintreten wird.

KONKURSE

Anschluß-Konkurs eröffnet: Freiburg i. Br.: Heinz Heyer, Inh. d. Heinz Heyer Ausrüstungen f. Technik u. Wissenschaft, Neuenburg.

Vergleich beantragt: Aachen: Christiane Mathar, Würselen; Beckum: Kronit-Work Raestrup GmbH & Co. KG, Oelde; Raestrup Beteiligungsges. mbH, Oelde; Berlin Charlottenburg: Klaus-Dieter Kios Bauges. mbH; Cloggenburg: Hans Witte, Kaufm., Inh. d. Hans Witte Fleischgroßhandel, Essen i. O.; Tübingen: I. E. Gehring GmbH u. Co., Bodelshausen; 2. Watzel Verwaltungsges. mbH, Bodelshausen.

EURO PARFUMS / Schweizer Kette plant zunächst zehn neue Geschäfte

Vorstoß auf den deutschen Markt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Mit ihrer Strategie, auf Markenparfums und Kosmetika großzügige Rabatte (von 20 bis 60 Prozent) auf die empfohlenen Verkaufspreise zu gewähren, stößt die in der Schweiz tätige Euro-Parfums-Kette nunmehr auch auf den deutschen Markt vor. Mit Gründung der Euro Parfums Handels GmbH, Stuttgart, wurde zugleich in der baden-württembergischen Metropole dieser Tage eine erste Verkaufsstelle eröffnet. Weitere Verkaufsstellen sind für Freiburg, Ludwigschafen, Mannheim, Heidelberg und Ulm vorgesehen. Für die nächsten zwölf Monate ist in Süddeutschland die Eröffnung von insgesamt acht bis zehn Geschäften geplant. In einer zweiten Phase sollen in zwei bis drei Jahren auch nördlich der Main-Linie Verkaufsstellen errichtet werden.

Geschäftsführer Silvio V. Denz, dem (zusammen mit zwei Algeriern) die 1980 in der Schweiz gegründete Stammfirma Parfumerie 2000 S. A.,

Chene-Bourg bei Genf, gehört, skizziert seine Philosophie so: Einkauf großer Mengen - er führt ein Vollsortiment aller großen und weltbekannten Parfums-Marken - hoher Umsatz, bescheidene Gewinnspanne und aufgrund verbraucherfreundlicher Preise große Nachfrage. Umgesetzt wird dieses Konzept in der Zusammenarbeit mit Franchise-Partnern. Auf diese Weise ist in der Schweiz eine Kette von nunmehr 23 Läden entstanden. Für seine Gruppe (zu der er auch die Großhandelsfirma Alhodo AG und die in der deutschen Schweiz tätige Import-Parfumerie AG zählt) schätzt Denz den Marktanteil in der Schweiz bei Parfums auf etwa 25 Prozent.

Denz verweist auf die allgemein rauen Gepflogenheiten im Handel mit Markenparfums. Es gebe da Bezeugungen, empfohlene Verkaufspreise, in der Schweiz sogar Preisbindung, auch die Nichtbelieferung mit bestimmten Produkten bis hin zum Lieferboykott. Dies habe dazu geführt, daß sich der Handel neue Wege

zur Beschaffung von Markenparfums suchen mußte. Er kaufe seine Artikel bei Groß- und Einzelhändlern in den verschiedensten Ländern ein. Selbstverständlich werde völlig gesetzestreu importiert. Trotzdem und deshalb sei es möglich, großzügige Rabatte auf die empfohlenen Verkaufspreise zu gewähren. Dem häufig kommenden Vorwurf, Euro Parfums könne nur deshalb so preisgünstig anbieten, weil billige, überalterte Ware eingekauft würde, begegne er, Denz, damit, daß noch nie ein Fall von Lieferung solcher Ware nachgewiesen worden sei.

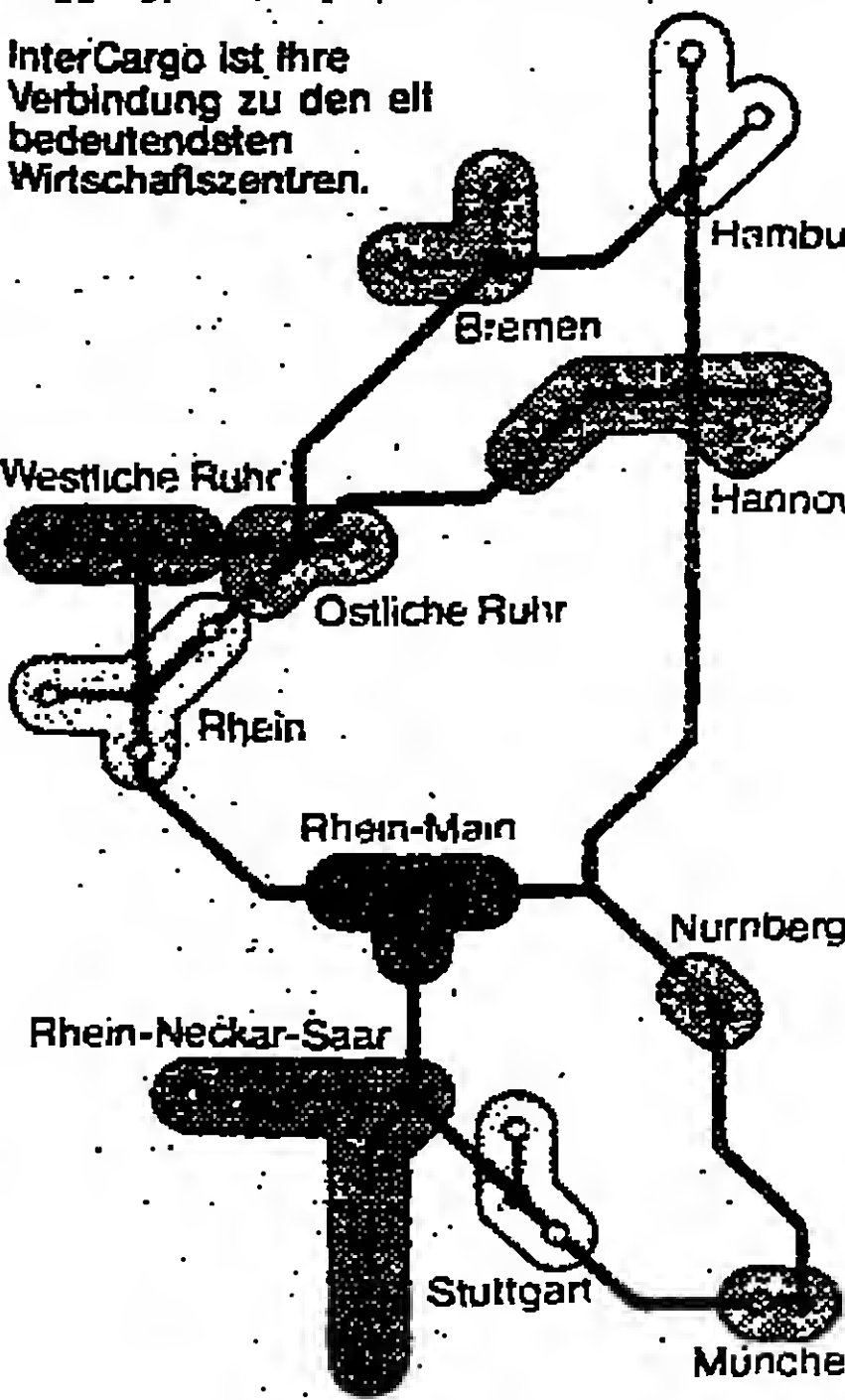
Nachdem in der Schweiz die Expansionsmöglichkeiten an Grenzen stießen, nehme Euro Parfums mit Hilfe des Franchising-Konzepts nunmehr den deutschen Markt ins Visier. Trotz Discount-Praxis handle es sich bei den Geschäften keineswegs um Billigpräsentation. Den Umfang seiner Lieferungen an die Franchise-Partner schätzt Denz auf jährlich etwa 50 Mill. sfr.

WIE ES DIE GÜTERBAHN GESCHAFFT HAT, VÖLLIG NEUE ZÜGE ANZUNEHMEN.

Dieses Jahr hat sich bei der Güterbahn eine Menge verändert. Was genau, erfahren Sie hier. Und natürlich sagen wir Ihnen dabei gleich noch, was Sie davon haben.

WIE INTERCARGO DIE GÜTERBAHN VERÄNDERT

InterCargo ist das neue Transportsystem der Güterbahn. Und InterCargo ist ihre Verbindung zu den elf bedeutendsten Wirtschaftszentren.



zwar das schnellste und zuverlässigste, das es je gab. Wie es funktioniert, ist schnell erklärt: 88 Züge verbinden über Nacht die elf bedeutendsten Wirtschaftszentren.

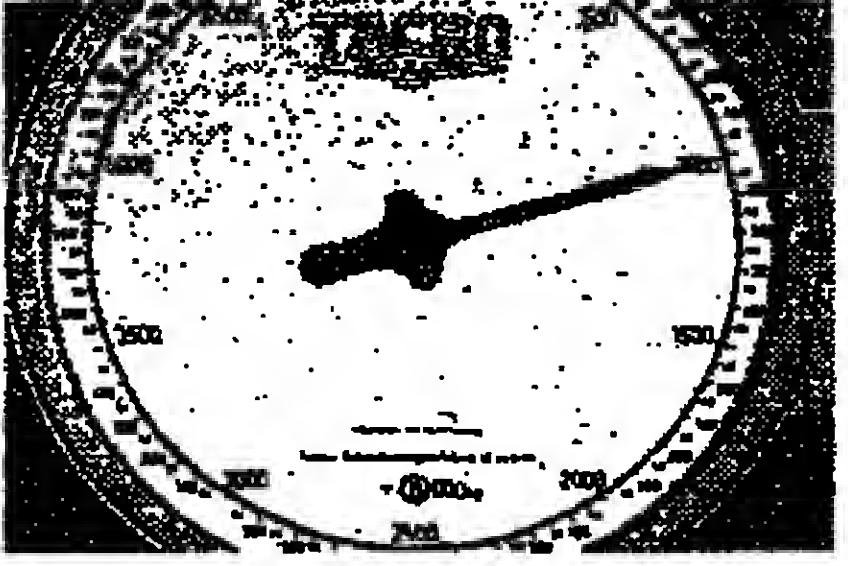
Mit sage und schreibe 100 km/h. Dabei lassen sie sich von nichts und niemand aufhalten. Im Gegenteil. Zwischen 21 Uhr und 5 Uhr haben die InterCargo-Züge durchgehend Vorfahrt. Und dadurch schafft es die Güterbahn, daß Güter, die am späten Nachmittag abgeholt werden, in der Regel bis spätestens 9 Uhr morgens am Ziel bereitstehen. Leichtverderbliche Waren kommen sogar noch früher an. Nämlich zu den marktüblichen Zeiten. Was Sie davon haben, ist offensichtlich: Ihre hochwertigen Güter sind künftig noch schneller dort, wo sie sein sollen. Denn das Nachtprogramm der Güterbahn läuft durchgehend für Sie. Und Sie sind immer schnell dabei,

wenn irgendwo gute Geschäfte gemacht werden.

WIE SIE MIT DER PARTIEFRACHT BESSER FAHREN

Bei der Partiefracht sind die Sendungen etwas kleiner, aber dafür ist das Netz etwas größer. Denn Sie haben zwischen insgesamt 26 Partiefrachtbahnhöfen und den

dazugehörigen Einzugsgebieten über Nacht Anschluß von Haus zu Haus. Ab einer Tonne sind Sie mit von der Partie. Es darf natürlich gerne mehr sein, solange die Sendung den Güterwagen nicht ganz ausfüllt. Abgeholt wird die Partiefracht bringt alles ab einer Tonne über Nacht ans Ziel.

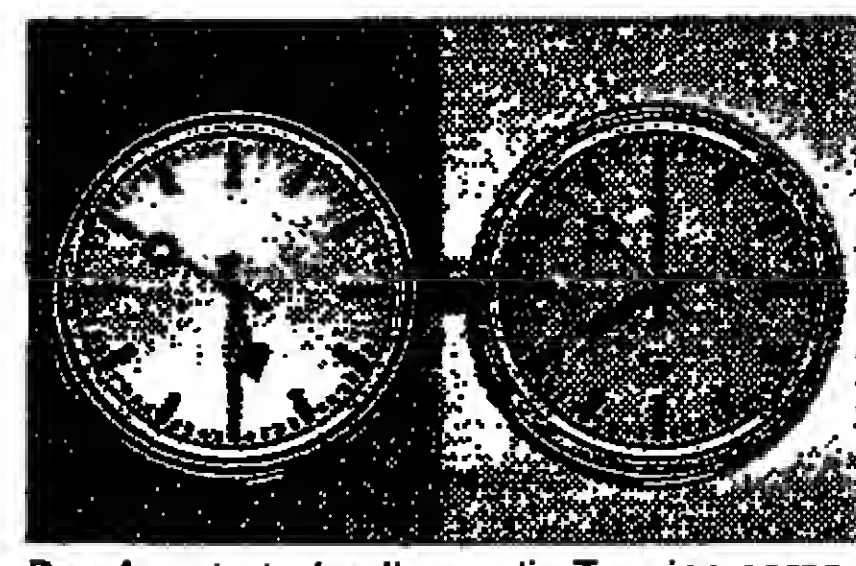


das Gut auf jeden Fall per Lkw. Über Nacht kommt es ans Ziel. Und von dort geht es gleich im Lkw zum Empfänger.

BEIM TERMINDIENST GIBT IHNEN DIE GÜTERBAHN Sogar GARANTIE

Der Termindienst ist immer dann für Sie interessant, wenn Sie eine Sendung bis 80 kg von heute auf morgen ans Ziel bringen wollen. Dann fahren Sie damit am besten zu einem der 60 Termingutbahnhöfe und geben die Sendung dort bis 17.30 Uhr auf. Daß Ihre Ersatzteile,

Werkzeuge oder Medikamente am nächsten Morgen um 8 Uhr am Zielbahnhof sind, bekommen Sie dabei garantiert. Wenn Sie wollen, wird die Sendung auch zugestellt. Das dauert aber auch nicht lange: höchstens zwei Stunden, und ebenfalls garantiert. So, jetzt kennen Sie die neuen Züge, die die Güter-



Das Angebot, das Ihnen die Termine garantiert: der Termindienst.

bahn angenommen hat. Drei ideale Systeme, mit denen Sie praktisch jede Sendung über Nacht ans Ziel bringen. Und Sie können außerdem - bei aller Geschwindigkeit - davon ausgehen, daß Ihnen die Transportkosten nicht davonlaufen.

JETZT SOLLTEN SIE ABER AUCH ETWAS TUN

Am besten, Sie sprechen gleich einmal mit dem zuständigen Kundenberater bei Ihrer Generalvertretung. Denn er kann Ihnen noch viel mehr zu den einzelnen

Themen sagen. Und er macht das gerne. Ein Anruf bei ihm lohnt sich aber auch dann,



Die Zusammenarbeit mit der Güterbahn hat sich schon für viele bezahlt gemacht.

wenn Sie nur kleine Sendungen verschicken wollen. Oder wenn Sie eine passende Lösung für ein ganz spezielles Transportproblem suchen. Probieren Sie es doch einfach selbst einmal aus. Sie wären schließlich nicht der erste, der mit der Güterbahn besser fährt.



Verpassen Sie nicht den Anschluß an die neuen Züge der Güterbahn.

Gut fährt besser mit der Güterbahn. **DB Die Bahn**

Inlandszertifikate

13705	D. Boboc	331	(4356)	Adriatic	95,45	70,90	72,82
21367	Dagund	3624	(2366)	Aegean	88,23	84,03	83,93
9791	Gross	661	(110)	Achæria	91,45	90,90	91,90
5884	Hesse-Hoernar	661	(110)	Aegia Kapl.-Fds.	36,75	34,99	34,96
5884	Hesse	661	(110)	Aegia Westsch.-Fds.	50,27	42,81	47,84
5885	KPZ	1399	(2552)	AGI Fonds	170,70	170,70	170,70
210	Rebs	339	(2552)	Algerien	124,70	120,63	119,87
318	Saunders	1047	(1048)	Alfa Kapital Fds.	23,31	21,61	21,61
4718	Ströberg	519	(216)	Albanien Rentenfonds	24,56	24,49	24,49
5671	Frankfurt	35,14	(216)	Amsterd. Rentenf.	37,97	34,35	34,35
				Arctica			130,02

[illegible][illegible]

Paris

[illegible]

Bleibt in der Kiste

Bü. - Diesmal ist Peter Ludwig, der Sammler und Mäzen, bestimmt nicht schuld, oder doch nur indirekt. In Köln gibt es Krach, nicht grün sind sich im Moment (auf rein sachlichem Gebiet) selbstredend der Direktor des Wallraf-Richartz-Museums, Rainer Budde, und der kommissarische Direktor des neuen Museums Ludwig, Siegfried Gohr. Es geht um den demnächst bezugsfertigen Neubau für die beiden Museen unter einem Dach. Man kelt sich um den rechten Anteil am „Platzvolumen“.

Zwar war ursprünglich einmal „definitiv“ davon die Rede gewesen, daß den klassischen Sammlungen künftig ein Drittel, der modernen Sammlung alias Sammlung Ludwig zwei Drittel des Neubaus zur Verfügung stehen sollten. Aber das hat sich inzwischen durch die Anlage des Neubaus gleichsam automatisch korrigiert. Man war nämlich von den Etagen ausgegangen: Erdgeschloß und zweiter Stock für Ludwig, die erste Etage für Wallraf. Auf Quadratmeter Ausstellungsfläche gerechnet, brachte das aber im Endeffekt ein Verhältnis von 60 zu 40 zugunsten der klassischen Sammlung.

Nach einem neuen Nutzungsplan wurde das daraufhin herumgedreht. Einen großen Raum, einstmalig gedacht vor allem für die Riesenformate von Rubens und Murillo, soll Budde nun noch an Gohr abtreten. Die Wallraf-Richartz-Kustoden sehen dadurch vor allem ihre Bestände des 19. Jahrhunderts, an die sich Kölns Museumsbesucher kaum mehr erinnern können, so lange liegen sie schon im Keller, ernst in die Depotkiste verwiesen: Monet, Cézanne, Gauguin, Liebermann, Munch - Werke mit einem bescheidenen Wert von 60 Millionen Mark. Nach den neuen Überlegungen, so räumt Budde, sei das Wallraf-Richartz-Museum dann nur noch ein Forschungsinstitut.

Wer die Bestände der Sammlung Ludwig sichtet, der ist geneigt, Budde und den Seinen recht zu geben. Allzu viel davon ist in seinem Wert noch durchaus unstritten; es ist noch keineswegs klar, ob alles davon tatsächlich ins Museum gehört. So kann man sich eigentlich nur noch mit der Erkenntnis der Restauratoren trösten: Im vollklimatisierten Depot ist die Kunst am allerbesten aufgehoben.

München zeigt „Shogun“ - Eine Japan-Ausstellung, die man dreimal sehen muß

Ein Schwan kam nach Edo

Ein prächtiger Helm liegt auf der goldenen Landmasse Japans. Mit diesem Symbol wirbt Münchens Haus der Kunst für die Ausstellung „Shogun“. Es ist jedoch keine martialisches Veranstaltung. Vielmehr werden Kunstschätze und Lebensstil eines japanischen Fürsten der Shogun-Zeit vorgeführt, wobei das eine im Untertitel der Gipfel des Unterstatements ist. Denn hier geht es um die Tokugawa, Japans mächtigste Familie zwischen 1603 und 1868.

Ursprünglich war der Shogun der vom Kaiser ernannte, Großmarschall zur Unterwerfung der Barbaren im Norden des Inselreichs. Gegen Ende der Heian-Zeit (894-1192) trug diesen Titel dann der Statthalter des Kaisers, der die militärische und zivile Oberhoheit über ganz Japan ausübte. Unbeschränkter Herrscher waren allerdings erst die Tokugawa-Shogune, die nach langen Bürgerkriegszeiten und einer Dreißigjahresperiode ohne Shogun durch Tokugawa Ieyasu mit militärischen Erfolgen über konkurrierende Familien, aber auch durch geschickte Taktiken und Plakieren die Macht gewannen.

Obwohl das Shogunat im Prinzip eine Militärdiktatur war, die sich auf den eigenen Clan und auf einen abgestuften Kreis von Vasallen stützte, bescherten die Tokugawa Japan immerhin 265 Jahre des Friedens. Dazu trug eine strenge Gliederung der Gesellschaft mit Privilegien, die der Shogun jederzeit entziehen konnte, ebenso bei, wie das Verbot, Waffen zu tragen. Davon waren nur die Samurai ausgenommen, die zwar ihrem Lehnsherrn, dem Daimyo, Loyalität schuldeten, aber über die der Shogun die höchste Befehlsgewalt hatte.

Die Ausstellung zeigt Besitztümer der Owari-Linie. Das war eine der drei Familien der Tokugawa, aus denen der Shogun gewählt worden wäre, wenn die Hauptlinie keinen männlichen Erben gehabt hätte. Diese Kunstwerke gehören heute der Owari-Tokugawa-Stiftung in Tokyo, die Teile davon in einem Museum zeigt, das 1935 auf einem Landsitz in Nagoya, dem Mittelpunkt des Owari-Lebens, errichtet wurde. Die Sammlung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Kunstwerke, die während des Tokugawa-Shogunats entstanden, sondern umfaßt auch ältere Arbeiten.

So stehen in einer Vitrine eine Teeschale, die wahrscheinlich im 16. Jahrhundert in Korea entstand, eine Weihrauchdose aus dem China des 17. Jahrhunderts und ein Weihrauchgefäß in Form eines Schwans, das im

18. oder 19. Jahrhundert in Holland gefertigt wurde, einträchtig nebeneinander. Die Holländer waren nämlich die einzigen Europäer, die auf der 1634 im Hafen von Nagasaki künstlich aufgeschütteten Insel Dejima eine Handelsniederlassung unterhalten durften. Für Ausländer war Japan sonst gesperrt.

Die Ausstellung unterscheidet, wie das seinerzeit in Japan üblich war, zwischen „Dingen zum offiziellen Gebrauch“ und „Dingen zum privaten Gebrauch“. In der ersten Kategorie spielen Waffen und Rüstungen eine besondere Rolle. So findet man hier sehr attraktiv auf weißen Tüchern arrangierte Schwerter, auf denen nur bei genauer Betrachtung ein paar Gravuren oder Schriftzeichen zu entdecken sind. Das mag den Besucher befremden, der nicht weiß, daß es sich um hochberühmte Stücke aus dem 13. Jahrhundert handelt, die jeweils einen eigenen Namen tragen. Denn das Schmieden solcher Klingen war eine fast kultische Handlung, die nur wenige Meister beherrschten.

Innen stehen freilich die reichverzierten Schwerter und der Schmuck in den anderen Vitrinen kaum nach. Das Schwert war das edelste Geschenk, das der Kaiser dem Shogun oder der Shogun einem Daimyo überreichen konnte. Dabei handelte es sich allerdings nur um eine Repräsentationswaffe. Im Kampf wurden Lanzen und Bogen bevorzugt - und seit der Schlacht von Nagashino (1615), mit der Ieyasus Aufstieg begann, und deren Verlauf auf zwei Wandschirmen in der Ausstellung geschildert wird - Feuerwaffen. So hatten auch die Rüstungen und der Helm, der das Plakat zielt, vorwiegend zeremoniellen Charakter.

Da es der Münchner Ausstellung - anders als 1981/82 der großen Japan-Ausstellung über die Edo-Zeit in London - weniger um die Präsentation einzigartiger Kunstwerke geht als um einen Eindruck vom öffentlichen und privaten Leben, wurden die einzelnen Arbeiten zu Ensembles zusammengefaßt. So hängen in einer Nische, wie sie zu jedem repräsentativen Raum gehörte, die drei berühmten chinesischen Rollbilder von Wuzhun Shifan aus dem 13. Jahrhundert, die schildern, wie ein Mönch den Zen-Buddismus nach China brachte, gerahmt von zwei chinesischen Bronzefiguren und Weihrauchgefäßen. In einer anderen Vitrine werden ungewöhnliche Kimonos und die Masken für das No-Theater gezeigt, über die jede Residenz verfügen mußte, weil

Aufführungen des No-Theaters zu den Ehrungen gehörten, die einem Gast gebührten.

Besonders reizvoll sind in München die Zusammenstellungen der „Dinge zum privaten Gebrauch“. Da sieht man Frisierkästen, Spiegelständer und viele Dosen und Dosen mit herrlichem Lackdekor. Da werden die verschiedenen Spiele gezeigt, mit denen man sich im Haus vergnügte, die Bretter und Steine für Go und Shogi, die Schläger der Ballspiele Hagio (eine Art Federball) oder Gitcho (eine Polo-Variante) oder die verschiedenen Gerätschaften des Wehrausbaus.

Die Intentionen dieser Ausstellung faßt praktisch die letzte Vitrine mit einem Puppenpaar und der Ausstattung für das Mädchenfest, dem Besitz einer Frau in miniature, noch einmal zusammen. Das reicht von kunstvollen kleinen Regalen über die lackverzierten Tragekörbe für Kleidung bis zu Kimonos und Spielbrettern, die nebenan in Originalgröße stehen.

Obwohl „Shogun“ den kulturell-schichtlichen Aspekt besonders betont, mangelt es nicht an herausragenden Kunstwerken. Prachtvoll die Wandschirme, die Sesshu Toyo und Kano Sanraku zugeschrieben werden, die Gemälde der Kano- und Tosa-Schule, die berühmte Ausgabe der „Geschichten vom Prinzen Genji“ mit den Bildern von Tosa Mitsunori oder die Teeschale „Weißes Tennokur“ (vor 1555), die als eines der ersten beiden erhaltenen Beispiele für eine eigenständige, von chinesischen Vorbildern unabhängige Teekeramik gilt.

Da es sich bei den Hänge- und Querrollen, den Textilien und den Lackarbeiten um sehr empfindliche Kunstwerke handelt, sind nicht alle 273 Stücke, die der Katalog verzeichnet, gleichzeitig ausgestellt. Sie werden nach jeweils vier Wochen ausgetauscht (leider wurde nicht, wie 1981 in London, im Katalog markiert, was wann zu sehen ist).

Auf alle Fälle ist das ein Anreiz, diese Ausstellung mehrfach zu besuchen (was das Haus der Kunst mit einer verbilligten Eintrittskarte für die drei Teile unterstützt). Denn hier kann man eindrucksvoll erleben, auf welchem hohen Niveau sich in Japan die Kunst mit den Zeremonien des Alltags verband und wie in Jahrhunderten des Friedens selbst das Militärische vom Sinn für die Schönheit gefangen genommen wurde. (Bis 3. Februar, Katalog 42 Mark.)

PETER DITTMAR



No-Theater, um den Gast zu ehren: Masao Kojima, eines vornehmen alten Mannes (18. Jhd.)



Als Konfuzius nach Japan kam: Statuette des konfuzianischen Weisen Fu Xi, aus der Münchner Ausstellung „Shogun“

FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Die vollständige Strauss-Sammlung

dpa, München
Über die vollständige Richard-Strauss-Sammlung mit Ersausgaben, Notendruck und Literatur kann jetzt ein neu gegründetes, nach dem Komponisten benanntes Münchner Institut verfügen. Es besitzt eine 3000 Einheiten umfassende Werksammlung, die der Sammler Hans Schneider aus Tutzing am Starnberger See innerhalb von drei Jahrzehnten zusammengetragen hat. Die Münchner Richard-Strauss-Gesellschaft erwarb die Sammlung zusammen mit anderen Spendern für das Institut. Schneider war mit dem Preis von ursprünglich 200 000 Mark auf 160 000 Mark zurückgegangen. Das Richard-Strauss-Institut kann damit nach der Unterzeichnung der Schenkungsurkunde sämtliche Werke des Münchner Komponisten auswerten.

Schwarzafrikanische Filmwoche in Berlin

dpa, Berlin
Eine „Woche des schwarzafrikanischen Films“ veranstaltet derzeit das Berliner Kino Arsenal. Vorgelegt werden 20 Filme, die zwischen 1968 und 1983 gedreht wurden. Die Reihe zeigt sowohl Werke der ersten Regisseure wie Ousmane Sembene und Paulin Soumanou Vieyra als auch Arbeiten junger Filmleute wie Safi Faye und Souleyman Cisse. Anlaß für diese Retrospektive ist der 100. Jahrestag der Kongokonferenz in Berlin.

Senefelder-Preis für fünf Künstler

dpa, Offenbach
Der internationale Senefelder-Preis im Gesamtwert von 20 000 Mark ist in Offenbach an sechs Persönlichkeiten für herausragende Leistungen auf dem Gebiet des Steinendrucks verliehen worden. Jeweils 3000 Mark erhielten Josef Walter Hermann, Sascha Juritz, Pierre Kröger, der Schweizer Ernst Hanke und der Belgier Bard Verbaenen. Der Münchner Fachautor Gerhard Werner nahm die mit 5000 Mark verbundene Auszeichnung entgegen. Damit wurde erstmals seit der Gründung der Stiftung im Jahr 1971 ein Preis auch für wissenschaftliche Arbeiten verliehen.

„Märkisches Stipendium“ 1985 wurde vergeben

dpa, Altena
Die Lyrikerin Ulla Hahn, der Geiger Christian Tetzel und der Bildhauer Erwin Herbst sind die Stipendiaten der „Märkischen Kulturkonferenz“ für 1985. Das jährlich vergeben „Märkische Stipendium“ ist mit 72 000 Mark einer der höchst dotierten Kulturpreise in der Bundesrepublik. Seit 1978 fördert der Märkische Kreis an der Universität Kassel künstlerischen Nachwuchsgleichmaßen mit je 24 000 Mark in den Bereichen Bildende Kunst, Literatur und Musik.

2500 Jahre alter Brief gefunden

AFF, Athen
Einen vor 2500 Jahren aus dem antiken Griechenland in eine Stadt auf der heutigen Halbinsel Krim geschickten Brief haben Archäologen bei Ausgrabungen im alten Kerkitida gefunden. Die acht Zeilen lange Botschaft in ionischem Dialekt fand sich auf einer Amphorenscherbe und war an einen gewissen Apator Nemvini gerichtet. Die Archäologen schließen aus dem Fund, daß Kerkitida seinerzeit eine ionische Kolonie war.

Auftragswerke zum Orchester-Jubiläum

DW, Hannover
Das Niedersächsische Staatsorchester Hannover feiert 1986 sein 350jähriges Jubiläum und ist damit nach München, Dresden, Mannheim und Leipzig das fünftälteste Orchester in Deutschland. Zu seiner Jubiläumssaison hat es Kompositionsaufträge vergeben an Milko Gakelen, Udo Zimmermann, Wolf gang Rihm, Aribert Reimann und Alfred Koppern.

Der Bart der Sphinx

he, London
Ganze 166 Jahre mußte die 4000 Jahre alte Sphinx von Giseh warten, bis sie nun ihren Bart wieder erhält, den ein italienischer Marinekapitän aus dem Wüstensand ausgegraben und dem Londoner British Museum geschenkt hatte. London und Kairo haben eine langfristige Leihgabenvereinbarung getroffen. Die Ägypter erhalten den heißgeliebten Bart zurück, und die Briten bekommen im Gegenzug den Körper des ägyptischen Totengottes Anubis, dessen Kopf das British Museum bereits besitzt. Dieser Leihgaben-Austausch wird in Museumskreisen als Indiz für einen vernünftigen Weg zur Lösung der „Wiedergutmachungsfrage“ angesehen, die durch die Forderung von Ländern besonders der Dritten Welt nach „Rückgabe“ von Museumsschätzen entstand.

Düsseldorf: „Sommernachtsstraum“ unter J. Schaaf

Kleider machen Leute

Die Wirklichkeit: Eine goldene Treppe führt direkt in den Bühnenhimmel. Der Traum: Ein Kunststoff-Deckungel dreht und wendet sich zu silbernen funkelnden Metallkaskaden. Shakespeares „Sommernachtsstraum“ wurde von Zero-Künstler Heinz Mack bereits per Bühnenbild nach Hollywood überführt.

Nachdem Botho Strauß den schönen, bitteren Shakespeare in dieser Theatersaison schon so oft in den geheimnisvollen „Park“ der Gegenwart geschleift hatte, zeigte nun auch Johannes Schaaf in seiner Düsseldorf-Inszenierung des Original-Shakespeare, daß der Stoff, aus dem die heutigen Theatertrüme sind, offenbar doch eher aus Simeleischen Geistern stammt. Viel Pomp, viel Plunder, wenig Liebe.

Schaafs Düsseldorf Shakespeare ist eine Bestätigung für Botho Strauß - freilich eine unfreiwillige: Leidenschaft scheint ein Fremdwort geworden zu sein; und was bei Shakespeare am Rande der Tragik steht, trifft sich zumindest in Düsseldorf höchstens am Rande des Schicksals-Mickel entlang. Da kniet Hippolyta (Marianne Höpke), von Theseus (Daniel Friedrich) der Krieg als Braut erbeutet, vor besagter glühender Treppe gefesselt an einen Opferstein. Die sieht bereits optisch wie große Oper aus. Und dann? Sie wird ihrer Kleider entledigt, der Perücke beraubt - und schon ist eine Barbarin eine angepaßte Dame der Zivilisation geworden.

Und auch die weitere Verwandlung von Theseus in den Elfenkönig Oberon und Hippolytas in Titania geschieht nach dem Motto: Kleider machen Leute. Anderes Gewand, anderer Mensch. Aber eben nur äußerlich. Titania ist im Zauberreich der Elfen im Wesen genauso steif wie als Braut des weltlichen Herrscherbräutigams. Und wenn sie dann, vom Duft der Wunderblume betört, den eselsköpfigen Weber Zettel (Alois Stempel) liebt, sieht das aus, als schmuschte sie mit ihrem Teddy-Bären. Von Leidenschaft, von grotesker Sinnverwirrung keine Spur.

Klar, daß da auch der Esel-Weber keine Identitätsprobleme hat. Er spielt eine Rolle als Tierchen aus der Sesamstraße. Und die Liebespaare? Austauschbar! Hermia (Franziska Weber) ist ein wenig pummeliger als Helena (Suzanne von Borsody), Ly-sander (Volker Matzen) ein bißchen rundwüchsiger als Demetrius (Arpad Kraup). Na, und? Ihre Liebe und ihre Irrungen-Wirungen zeigen sich bestenfalls in ein paar sportiven

Übungen. Man rennt und balgt, es kracht und knallt. Man wälzt sich am Boden und springt in die Höhe. Ist das schon sinnverwirrende Leidenschaft? Bestenfalls Tarzan in Hollywoods Kulissenwald.

Da kann auch der Puck (Hans Schulze) kaum noch seine magisch-doppelbödigen Kräfte entfalten. Schultze hat schöne Ansätze: Mit bösem Lächeln sieht er dem Verwirrspiel zu, das er angerichtet hat. Aber er darf das Ambivalente in seiner Figur nicht entfalten. Ein treuer, etwas tollpatscheriger Diener seines Herrn - mehr ist für ihn nicht drin.

In diesem glamourösen veräußerlichten Konzept wirkt natürlich auch das Theaterspiel der Handwerker bei der Hochzeitsfeier unverstündlich und aufgesetzt. Man sieht eine hilflose Klamotte, kein schmerzhaftes Scheitern. Die blasierten Gäste einer Ausstellungs-Eröffnung machen sich über Laien-Kunst lustig. Das ist kein Shakespeare - das ist wieder bloß Botho Strauß. Und der Schluß ist wieder Oper. Die Paare verteilen sich - mit sportiven Klammern - auf der Gold-Treppe, baden in farbigem Licht. War Zero früher vielleicht auch nur schönes Kunstgewerbe? Beifall für die Akteure, Buhs für Schaaf und Mack.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Marianne Höpke, Suzanne von Borsody und Alois Stempel in der Düsseldorf-Aufführung

Verlegersein in Israel: Ritt über den Bodensee

Holzfrem ist Glückssache

Ausländische Verleger fragen sich oftmals, wie ihre israelischen Kollegen imstande sind, Bücher in einem Land mit einer derart kleinen Bevölkerung (insgesamt vier Millionen) und einem zwar interessierten, aber in seinen Lesegewohnheiten ungemein heterogenem Publikum herauszugeben. In Israel arbeiten etwa 150 Verleger, ein Gutteil von ihnen ist älter als der 36jährige Staat, so etwa der „Massada“-Verlag, der heuer sein 50jähriges Jubiläum feiert. Wie diese Verlage alle existieren können, erscheint rätselhaft.

Nun, ein wichtiger Anreiz zum Kauf neuer Bücher ist die traditionelle Bücherwoche im Spätsommer, bei der alle größeren Verlage allabendlich auf öffentlichen Plätzen ihre gesamte Jahresproduktion zu reduzierten Preisen anbieten. Dabei sieht man die Israelis mit Kind und Kegel zwischen den Bücherständen schlendern und schmökern - auch die Kinder, denn naturgemäß werden bei dieser Gelegenheit auch die neuesten Kinder- und Jugendbücher angeboten und verkauft.

Doch das Verhältnis von Verlegern und Autoren ist in Israel noch gespannter als anderswo. Wegen der knappen Kalkulation zahlen die Buchverleger den Autoren nur sehr geringe Tantiemen. Nur etwa ein gutes Dutzend Autoren kann sich allein von seiner schriftstellerischen Tätigkeit ernähren. Wegen der geringen Zahl der Leser bleiben die meisten Auflagen notgedrungen niedrig und verteuern so den Buchpreis. Man versucht daher, die Kosten durch eine sparsame Machart sowie wie möglich zu drücken. Hard Covers und holzfreie Glanzpapiere sind eine seltene Ausnahme.

Manche Verlage haben ihre Abnehmer in einer Art Lesering organisiert, einem überschaubaren und eingetragenen Personenkreis, der sich verpflichtet, eine bestimmte Anzahl Bücher, oftmals die gesamte Jahresproduktion, abzunehmen. Der Leser fährt dabei auch nicht schlecht, denn er unterläuft so einen Teil der Inflationskosten. Einer der wichtigsten Verlage, die mit diesem System arbeiten, ist „Am Oved“ (Arbeitendes Volk) mit einem festen Leserkreis von 25 000 Abonnenten.

Die stark auseinandergehenden Interessen der israelischen Leserschaft erklären sich nicht nur aus sprachlichen, sondern auch aus ideologischen Gründen. So gibt es beispielsweise drei Verlage der Kibbuz-Bewegung. Obgleich in den Kibbuzen nur rund drei Prozent leben, geben diese Verlage im Lande sogar den Ton an. 80

Prozent der israelischen Buchproduktion werden von „Am Oved“, „Sifria Politit“ (Politische Bücherei) und dem „Kibbuz Hameuchad“ verlegt.

Eine Reihe israelischer Verlage konzentrieren sich ganz oder teilweise auf den verhältnismäßig lukrativen Markt der jüdischen Diaspora. So liefert beispielsweise der J. L. Perez-Verlag, der fast ausschließlich in Jiddisch produziert, 90 Prozent seiner Bücher ins Ausland. Auf dieser Weise stehen dem Verlag genügend Devisen zur Verfügung, um auch un-lukrative Buchprojekte in Hebräisch und Jiddisch zu realisieren.

Einen der größten Zeitschriften- und Buchverlage unterhält die israelische Armee. Vor allem die Soldatenzeitung „Bamachane“ ist im Lande sehr populär - kein Wunder, denn jeder israelische Mann wird bis zum 50. Lebensjahr zu regelmäßigen, wochen- oder monatelangen Wehrübungen herangezogen. Mit den Einnahmen aus „Bamachane“ und Zuschüssen des Verteidigungsministeriums finanziert der Armeeverlag die Zeitschrift „Ma arachot“ (Die Schlachttordnung), die auch im internationalen Vergleich ein hervorragendes Niveau besitzt, sowie eine Bücherreihe, in der namhafte Autoren über nationale und internationale Sicherheitsfragen schreiben.

Die Konkurrenz der elektronischen Medien und Billigzeitschriften setzt den kommerziellen Verlagen auch in Israel zu. Dov Gorfink, der Generaldirektor des „Am-Oved“-Verlages, befürchtet, daß die kommerziellen Verlage ohne staatliche Subventionen ihr Buchprogramm in Zukunft drastisch kürzen müssen. „Wir müssen nach neuen Wegen suchen, um dennoch ein möglichst breites Buchprogramm publizieren zu können, sonst verlieren wir unseren Ruf als Volk des Buches“, sagt Gorfink. Ein Weg hierzu dürfte die enge Zusammenarbeit mit ausländischen, vor allem amerikanischen, englischen und deutschen Verlagen sein. Optimistisch stimmt Gorfink und seine Kollegen die Tatsache, daß die Zahl der israelischen Leser, trotz der ständig steigenden Buchpreise, kontinuierlich zunimmt.

Den meisten israelischen Verlagen ist es im letzten halben Jahrhundert trotz zahlreicher Schwierigkeiten gelungen, zu überleben und sogar zu expandieren. Es ist anzunehmen, daß ihnen dies auch in Zukunft gelingen wird, denn sie haben ein entscheidendes Kapital: die sprichwörtliche, ungeborene Leselust des Volkes des Buches. RUTH SELIGMANN

Verstockt, süßlich? - Bonner „Tage Neuer Musik“

Rihm als Wurmfortsatz

Die Attraktion der Bonner „Tage Neuer Musik“ sollte ein Streitgespräch zwischen Heinz-Klaus Metzger und Wolfgang Rihm werden: der Alt-Avantgardist gegen einen der prominentesten Vertreter der neuen Welt oder auch der „Neuen Süßlichkeit“, wie die Altverstockten sie hässlich kommentieren. Da wäre Musik drin gewesen. Aber dann zog das Schicksal die Zündschnüre aus dem Sprengsatz und Rihms Wurmfortsatz aus dem Verkehr. Mit akuter Blinddarmentzündung war der Komponist am Abend vorher ins Krankenhaus gekommen.

Dabei hatte just zu diesem Zeitpunkt Metzger schon die ersten Minuten geleigt, als er demonstrativ entnervt, die Aufführung von Rihms Klaviertrio „Fremde Szenen“ mitten drin verließ. An den Interpreten kann es kaum gelegen haben: Immerhin waren es Sascho Gavriloff, Siegfried Palm und Bruno Canino, die in Rihms neuer alter Expressivität die halbe Spätromantik fröhliche Urständ feiern ließen. Natürlich auf erstklassigem Niveau.

Um neue alte und alte neue Musik ging es auch sonst in der von Josef Anton Riedl konzipierten traditionsreichen Veranstaltungsreihe, die freilich nach manchem finanziellen Engpaß erst jetzt wieder Trutz zu fassen beginnt. Aus Metzgers Truppe bot ihr „Sprengmeister“, Rainer Riehn, eine Viersperversion mit dem Untertitel „Gegen die Süße der Zeit“, sozusagen als Antwort auf Rihms Ausfälle gegen das elektro-akustische Tonmaterial überhaupt dieses Jahr in Metz. Daß nichts unterhaltsamer sei als ein handgefeilter Streit, das gilt in diesem Falle allerdings nur bedingt. Das Publikum bleibt ratlos zurück, heißt es an einer Stelle bei Riehn; das fiel auf ihn selbst zurück.

Riedls Neue-Musik-Tage probieren insofern auch ein neues Konzept,

als sie die Veranstaltung in die lokale Szene einzubetten versuchten. „Neue Bonner Musik-Initiative“ hieß das Motto, und es wäre voreilig, das als Substanzverlust zu interpretieren. Vielleicht ist Riedls Rezept überhaupt das Rezept, den reisenden Neue-Musik-Zirkus mit den ewig gleichen Akteuren ein paar bescheidene Wurzeln auch abseits seiner Hauptplätze ziehen zu lassen, auch hinsichtlich der Akzeptanz durch ein größeres Liebhaberpublikum.

Die Bonner Akteure waren Musikwissenschaftler und Studenten, die von Morton Feldman handelten und spielten (freilich bejahte Dinge), ein Quartett mit frühem Cage, auch Schüler von Musikschulen und gymnasialen Leistungskursen. Aber auch das Ensemble für experimentelle Musik München mit der Aufführung von Stephan Wunderlich „Musik für Ensemble I“, das verschiedene Klangmaterialien in verschiedenen Ebenen anordnete, oder das trio baso Köln mit einer erdendsten tierischen Unaufrührung („Gamelan-Sound Silence“) des aus der Fluxus-Bewegung kommenden Philip Corner. Ernst albrecht Stieblers „Sequenz II“ (U) setzte Live-Cello in Interaktion mit zwei Cello vom Tonband, was dann Steve Reichs „Vermont Counterpoint“ (DE) mit seinen vertrauten Rhythmusmodellen und einer Flöte gegen zehn spielend überbot.

Zu den wichtigsten Ereignissen zählten der hochvirtuose Harald Lill-meyer mit Giacinto Scelsis indisch inspiriertem „KO-THA“ und einer Gitarre, die Sitar und Tabla in einem war, und Dieter Schnebel mit seinen „Rede-Übungen“. Computergraphik und Live-Elektronik und Florian Tiebeler-Langenscheidts Filmbilder von der Musikszene New York komplettierten ein Unternehmen, dessen Ergiebigkeit noch zu steigern sein dürfte. DIETER SCHÜREN

KULTURNOTIZEN

Eine große Edgar-Degas-Schau präsentiert die National Art Gallery New York bis zum 10. März.

Joseph Viennet, 91jähriger katalanischer Lyriker, ist in Madrid mit dem „Nationalpreis spanischer Literatur“ geehrt worden.

Leopold Sedar Senghor ist neuer Vorsitzender der Internationalen Vereinigung von Autoren und Komponistenorganisationen.

Die Geräuschkollide der Renault-Werke entstand und am 29. November in Billancourt uraufgeführt werden wird.

Emil Nolde's Zeichnungen und Aquarelle zeigt die römische Nationalgalerie für moderne Kunst (bis 30. Januar).

Den Kelten in der Lombardie gilt eine Ausstellung im Pariser Museum von La Villette (bis 19. Dezember).

Johannes Grüze erhält den mit 3000 Mark dotierten „Düsseldorfer Kunstpreis der Künstler“.

